

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Samstag, den 30. Mai 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

60 Jahre Dreiklassenwahlrecht.

III.

Seit dem Jahre 1849 haben die sozialen Verhältnisse in Preußen eine gewaltige Revolution erfahren. Der damalige Agrarstaat mit überwiegendem Handwerk und einer noch schwach entwickelten, wenig konzentrierten Industrie ist längst zum Industriestaat geworden, das Bürgertum hat an ökonomischer Macht das Junkertum weit hinter sich gelassen. Das Bürgertum hätte längst die hinter dem Halbabsolutismus sich verschanzende Junkerherrschaft mit Stumpf und Stiel ausrotten können, wenn es nur den ernstesten Willen dazu besessen hätte!

Aber die Bourgeoisie dachte gar nicht daran, die Macht der Krone und des Junkertums zu brechen. Sie dachte gar nicht daran, an die Stelle des Halbabsolutismus, Feudalismus und Bureaucratismus die Demokratie zu setzen, weil ihr die Herrschaft der Masse des Volkes noch weniger behagte, als das anmaßlichste Junkerregiment. Selbst zur Konfliktzeit anfangs der 60er Jahre, als der Fortschritt der Regierung fortgesetzt das Budget verweigerte, fiel es dem liberalen Bürgertum nicht im Traume ein, an Stelle des Dreiklassenwahlrechts ein demokratisches Wahlrecht setzen zu wollen. Im Gegenteil, weil damals vorübergehend das plutokratische Wahlrecht die Bourgeoisie begünstigte, wiesen fortschrittliche Politiker den Gedanken einer demokratischeren Gestaltung des Wahlrechts als „Verfassungsbruch“ entrüstet weit von sich. So sagte damals von Uruh bei Ueberreichung einer Entschuldung an die fortschrittlichen Abgeordneten Berlins: „Nach dem klaren Inhalt von Artikel 115 der beschworenen Verfassung (Friedrich Wilhelm IV. hatte sich nämlich später den Scherz gestattet, die von ihm selbst gewaltsam oktroyierte Verfassung feierlich zu beschwören) ist die Wahlverordnung vom 30. Mai 1849 ein integrierender Teil der Verfassung geworden. Jede Aenderung der Verfassung im Verordnungswege ist also unzulässig ein Verfassungsbruch.“ Das Drängen der Arbeiter nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht fand selbst bei den entschiedensten Fortschrittsmännern taube Ohren; man behauptete, die Masse müsse für ein solches Wahlrecht erst erzogen werden. Das Mißtrauen gegen die Arbeiterklasse, mehr eine Folge des bösen sozialen Bewusstseins der Bourgeoisie, als der Haltung der Arbeiterklasse selbst, die damals ja noch im Schlepptau des Bürgertums segelte, ließ die Bourgeoisie zu keinem ernsthaften Kampfe gegen das Junkertum kommen. Und weshalb hätte auch das Bürgertum einen solchen Kampf aufgenommen? Es hatte ja die Freiheit, die es meinte, errungen: die Freiheit des Kapitals, die Freiheit der Ausbeutung der Massen. Knapp und klar drückte das Lassalle in seinem „Arbeiterlebensbuch“ mit den Worten aus: „Handelte es sich bei uns heute um die sozialen Freiheiten für die Bourgeoisie, um die es sich 1789 in Frankreich handelte, um die Kapitalfreiheit und alle jenen materiellen Interessen, die mit ihr verbunden sind, nun, unsere Bourgeoisie würde vielleicht dieselbe Energie finden, wie damals die französische. Aber um diese materiellen Fragen handelt es sich nicht mehr. Unsere Regierungen haben sich vorgelesen. Sie haben die soziale Seite der 1789er Revolution von selbst und zum Teil seit langem eingeführt; und die bloß politische Freiheit vermag die Bourgeoisie nicht ins Feuer zu bringen, vermag sie nur zu frommen Wünschen und unschuldigen Redelübungen zu stimmen.“

Die schlappe, undemokratische Haltung des Fortschritts selbst in diesen besten Jahren, die der preussische Liberalismus je erlebt, zwang ja gerade Lassalle, das Proletariat zur Bildung einer eigenen, selbständigen Partei aufzurufen: „Die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands“, sagte er in seinem Antwortschreiben an das Leipziger Zentralkomitee, dies ist es allein, was in politischer Hinsicht seine legitimen Interessen befriedigen kann.“ Aber, hinter der Reaktion stehen Klassen mit der höchsten Energie, die Nadel und Zähne daran setzen; hinter der politischen Freiheit steht keine Klasse, steht nichts als eine Hand voll Ideologen und Geschäftsmenschen.“ Könnte es da jemanden wundern, daß die politische Freiheit seit 15 Jahren Schritt für Schritt von der Reaktion besiegt wurde? Könnte es da jemanden wundern, daß die Bourgeoisie niemals imstande sein werde, ihren Kampf mit dem Militärstaat siegreich auszufechten? „Es ist also gerade das größte Interesse der politischen Freiheit, ein Klassen-Interesse, ein soziales Interesse hinter sie zu werfen, und zwar gerade das Interesse der an Zahl und Kraft so unendlich überwiegenden unbemittelten Klassen.“

Und die politische Aufgabe der zu schaffenden selbständigen Arbeiterpartei schilderte Lassalle so: „Sie überall als eine selbständige und durchaus von ihr (der Fortschrittspartei) getrennte Partei zu fühlen und zu konstituieren, gleichwohl die Fortschrittspartei in solchen Punkten und Fragen zu unterstützen, in welchen das Interesse ein gemeinschaftliches ist, ihr entschieden den Rücken zu kehren und gegen sie aufzutreten, so oft sie sich von demselben entfernt, die Fortschrittspartei eben dadurch zu zwingen, entweder sich

vorwärts zu entwickeln und das Fortschrittsniveau zu übersteigen oder aber immer tiefer in den Sumpf von Bedeutungs- und Machtlosigkeit zu versinken, in welchem sie bereits mitleidig angelangt ist, das muß die einfache Taktik der deutschen Arbeiterpartei gegenüber der Fortschrittspartei sein.“

Jeder politisch interessierte Arbeiter weiß, wie wenig es möglich war, das liberale Bürgertum vorwärts zu treiben. Vielmehr ist die andere Eventualität eingetreten, die Lassalle ja nur zu klar voraus sah: die fortschrittliche, heute freisinnige Bourgeoisie ist immer tiefer in den Sumpf der Bedeutungs- und Machtlosigkeit gesunken, sie ist in der Blockpolitik geendet. Und der Freisinn ist bei alledem noch der radikalste Flügel des Bürgertums, denn der Teil des ehemaligen Fortschritts, der sich zum Nationalliberalismus entwickelte, ist ja berüchtigt als Handlanger des brutalsten Geldprotektums, als unerbittlichster Feind aller Volkswerte. Vollends in der konservativen und in der Zentrumsparthei überwiegen die unreaktionären Elemente des Großgrundbesitzes oder jener nicht minder reaktionären Mittelschichten, die um so weniger von Arbeiterkühn oder politischen Rechten der Arbeiterklasse wissen wollen, als ihr engstirniger Egoismus von jeder Besserstellung des Proletariats eine Verachtlichung der eigenen Lage befürchtet.

So ist es denn nur zu verständlich, daß die Dreiklassenwahlrecht noch heute besteht, nach 60 Jahren einer beispiellosen Machtentwicklung des Bürgertums. Die Bourgeoisie gebraucht eben das Klassenwahlrecht, um die große Masse des Volkes daniiederzuhalten. Die Bourgeoisie hat endgültig auf die Verwirklichung ihrer demokratischen Jugendträume verzichtet, hat sich mit dem Junkertum ausgesöhnt und verbündet, um unter dem gemeinsamen Schutze des Militärstaates das Proletariat nach Herzenslust ausplündern zu können.

Seitdem das Klassenbewußte Proletariat den Sturm gegen die feudale-kapitalistische Zwangsbürgerei des Dreiklassenwahlrechts eröffnet, beginnen auch Freisinn und Zentrum wieder ihre Sehnsucht nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht zu beteuern. Wie wenig Ehrlichkeit hinter diesen Beteuerungen steckt, beweisen freilich ihre Taten. Hat doch der Freisinn bei dem letzten Wahlkampf, der im Zeichen des Wahlrechtskampfes stand, mit den grimmigsten Gegnern des Wahlrechts, den Konservativen, gemeinsame Sache gemacht. Und hat es doch das Zentrum fertig gebracht, noch im Februar dieses Jahres den Antrag auf Neueinteilung der Wahlkreise niederstimmen zu helfen!

Schon im Jahre 1863 rief Ferdinand Lassalle die preussischen Arbeiter zum Kampf für das allgemeine und gleiche Wahlrecht auf: „Es ist eine allgemeine demokratische Volksbewegung und keine bloße Klassenbewegung, zu der ich rufe, nicht wahrer Demokrat wird davor zurückschauen, daß das Los der arbeitenden Klasse durch eine vom allgemeinen Stimmrecht gewählte Versammlung verbessert werden solle. Kein wahrhaft demokratisches Herz wird davor zurückbeben, daß die vereinigte Intelligenz der Gesellschaft durch staatliche Maßregeln den notleidenden Klassen helfen solle. Es ist dies im Gegenteil zulezt der wahre Vorteil aller Klassen. Helfen Sie mir also dieses Banner hochhalten und binnen Jahresfrist wird sich um dasselbe verammelt haben alles, was einen demokratischen Blutstropfen hat in ganz Deutschland.“

Der Optimismus des großen Agitators erfüllte sich nicht. Noch heute, nach 46 Jahren, stehen wir am Anbeginn des Kampfes. Aber eines ist doch erreicht! Nicht mehr nur eine Handvoll Ideologen und Geschäftsmenschen steht hinter der politischen Freiheit, sondern ein Klasseninteresse, das soziale Interesse einer gewaltigen Partei, der stärksten Partei des Landes, des sozialistischen Proletariats. Und die machtvolle Bekundung dieses Interesses hat endlich, nach 60 Jahren Stagnation, die Wahlrechtsfrage in Fuß gebracht. Bereits hat eine Thronrede feierlich die Wahlreform versprochen. Und wenn auch die historischen Erinnerungen unserer beiden ersten Artikel vor jeder Uebersehung einer Verheißung der Krone, bewahren werden — es ist eben Sache des Proletariats den rollenden Stein nicht zur Ruhe kommen zu lassen! Die Geschichte beweist unwiderleglich, daß Fragen des politischen Rechts nur durch die Macht entschieden, daß politische Siege nie ohne opferreiche Kämpfe errungen wurden. Und das preussische, das deutsche Proletariat wird vor der Geschichte nicht den untätigen Rakef auf sich nehmen wollen, daß es sich in der Erkämpfung seiner Rechte, in der Durchsetzung seiner Interessen feiger und lässiger gezeigt habe als andere Klassen!

Bülow und die konservativ-klerikal-polnische Koalition.

Die Frage, die heute nach dem Auszug der Linken aus der Finanzkommission die Wähler aller politischen Richtungen beschäftigt, lautet: Wie stellt sich die Regierung zu den Vorkäufen in der Finanzkommission? Wird Bülow demissionieren und die in den Sumpf gefahrene Karre darin stecken lassen, oder wird er sich nach einigem Widerstreben und faulen Verlegenheitsklärungen in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ unter das

„Kaudinische Joch“ beugen und die Reichsfinanzreform mit der „nationalen“ konservativ-klerikal-polnischen Koalition machen? Die Absicht und Fähigkeit, gegen diese Koalition seine früheren Verheißungen zur Geltung zu bringen, trauen ihm, wie es scheint, selbst jene nicht mehr zu, die noch vor wenigen Monaten in ihm so etwas wie ein staatsmännisches Genie erblickten.

Wir haben gestern im Leitartikel bereits unsere Ansicht ausgesprochen, daß Bülow weder dem Reichstag auflösen, noch zurücktreten, sondern sich schließlich — natürlich nach den üblichen schönen patriotischen Verwahrungen und Beteuerungen — den Beschläffen und Wünschen des konservativ-klerikal-polnisch-antisemitischen Blocks fügen wird. Und diese Auffassung teilt, wie wir sehen, fast die ganze Presse. So schreibt z. B. die „Freisinnige Zeitung“:

„Und die Regierung? Es hat ganz den Anschein, als ob sich die Regierung dem Diktat der Agrarier und des Zentrums fügen wird. Staatssekretär Sydow gab am Freitag zu, daß das Reichshauptamt den konservativen Antragstellern das Material für ihre gesetzgeberischen Vorschläge zur Verfügung gestellt hat. Vertreter der Regierung haben auch zu wiederholten Malen Anträge der Mehrheit verteidigt, als ob es Regierungsvorschläge wären. Das Verhalten des Schatzsekretärs ist um so auffälliger, als vorher von Seiten der Regierung erklärt und im Seniorenkongress mitgeteilt worden ist, daß nach Pfingsten Gesetzentwürfe über die Erhöhung des Kaffeezolls und die Besteuerung von Zündhölzchen dem Reichstage vorgelegt werden sollen.“

Auch die „Frankfurter Zeitung“, die zu berichten weiß, daß Bülow kürzlich mit Wassermann konferiert hat, läßt sich von ihrem Berliner Korrespondenten melden:

„Wenn auch über solche Unterredungen nur vertrauliche Mitteilungen gemacht werden, so wird doch soviel bekannt, daß man sehen kann, der Reichskanzler sieht heute anders zu der Sache als vor vierzehn Tagen. Er scheint sich mit dem Gedanken einer Finanzreform nach konservativ-agrarischem Rezept schon mehr vertraut gemacht haben, und aus der Tatsache, daß er mit Wassermann konferiert, kann man ohne weiteres schließen, daß noch einmal der Versuch gemacht worden ist, zwar nicht die sachliche Kritik, aber den Namen der Liberalen für das Werk der konservativen Agrarier und des Zentrums zu gewinnen. Wohl vergeblich. Nicht nur die Freisinnigen, sondern auch die große Mehrheit der Nationalliberalen, und ihre Anhänger im Lande noch mehr, sind sich bewußt, daß die Entscheidung, die in den nächsten Wochen bevorsteht, sich um mehr und anderes dreht als um einzelne Steuererlasse — daß sie sich dreht um die Frage, ob in Deutschland und Preußen die Konservativen und die Agrarier wirtschaftlich und politisch tatsächlich herrschen sollen. Es kann eine Schicksalsstunde werden für den gesamten Liberalismus.“

Schärfer urteilt die „National-Zeitung“. Sie wirft die Frage auf: Wird Bülow gehen; sind wir ihn los? Sie ist der Ansicht, daß er, wenn er Ehrgefühl besitzt, demissionieren muß:

„Wenn es eine Logik in der Politik gibt, wenn nicht Charakterlosigkeit bei einem Staatsmann zum Prinzip erhoben werden darf, wenn Achtung bei den Zeitgenossen und vor sich selbst noch Vorbedingung für das Vertrauen ist, das jeder Staatslenker braucht, dann allerdings haben die Konservativen richtig gerechnet, dann muß der leitende Staatsmann einem anderen die Geschäfte überlassen.“

Aber hinterher betrachtet das nationalliberale Blatt es selbst als zweifelhaft, ob Bülow diese Konsequenz ziehen und nicht vielmehr versuchen wird, fortzujursten.

Selbst die „Tägliche Rundschau“, die bisher in Bülow Deutschlands größten Staatsmann sah, meint betroffen:

„Der leitende Staatsmann hat die Finanzreform eingeleitet mit einer schönen Rede. Andere schöne Reden haben wir bei Empfängen und anderen feierlichen Gelegenheiten gehört, und schön filiierte Telegramme sind zu Hunderten in diesen Monaten in die Welt geflattert. Aber wo finden wir Taten? Wo eine einzige Tat? Es wird einmal für den Westeten ein Vergnügen sein, des Fürsten Bülow gesammelte Reden zu lesen. Aber nur für den reinen Schmetterling, der dem Klang der Worte lauscht und dem Rhythmus der Perioden. Der tiefere Kunstkenner wird diese Reden unbefriedigt manchmal aus der Hand legen. Denn er wird Goethes gedenken und über dem Worte den Sinn suchen und hinter dem Sinn die Kraft, und wird der Kraft auch nur dann rühmend gedenken, wenn sie sich offenbart in der Tat...“

„Man glaubt nicht mehr an die Unerschütterlichkeit der Entschlüsse. Ja, man glaubt überhaupt nicht mehr an eine Entschlußkraft des leitenden Staatsmannes.“

Andererseits urteilt natürlich das direkt aus der Wilhelmstraße inspirierte Volksblatt des Kanzlers, die „Nordd. Allgem. Ztg.“ Es findet noch immer keinen Grund zur Demissionierung. Es findet, daß die Erhöhung des Kaffe- und Zeezollens, sowie die Steuern auf Zündhölzler und Parfümerien im „Bereich des Möglichen“ liegen, dagegen könnten die vorgeschlagene Röhrenumschmelzsteuer und der Kohlenausfuhrzoll in „dieser Form“ nicht Gesetz werden. Besonders aber befänden gegen die Kofrierungssteuer, die Reichsumsatzsteuer und die Reichsvertragssteuer die stärksten Bedenken. Zudem hielten die verbündeten Regierungen mit Bestimmtheit an der Erbschaftsteuer fest:

„Die verbündeten Regierungen haben es zu Beginn der Finanzreform als den Leitfaden ihres Programms aufgestellt, daß neben

Die Interaktions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 10 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

einer energischen Bekämpfung der Genussmittel der Allgemeinheit auch der allgemeine Besitz zu den Reichskassen in angemessener Weise herangezogen werden müßte. Sie haben zu diesem Zweck eine Verringerung der Erbschaften vorgeschlagen und sind nach wie vor der Meinung, daß dies die geeignetste Maßnahme ist, die für das Reich in Frage kommt."

Und in bezug auf Wilow's Stellung zu den Beschlüssen der Finanzkommission heißt es:

„Ein Teil der Presse hat über die Haltung des Reichskanzlers in diesen Fragen gänzlich unbegründete Anschauungen entwickelt. Der Reichskanzler war in den letzten Wochen fortgesetzt mit Verhandlungen über die Finanzreform beschäftigt. Er hat nichts unberücksichtigt gelassen, um eine Einigung zwischen der Rechten und der Linken herbeizuführen. Seine Stellungnahme zu den einzelnen Teilen der Reichsfinanzreform ist so häufig und so nachdrücklich dargelegt worden, daß eine neue Kluggebung in diesem Sinne wohl kaum nötig sein sollte. Auch die Vorgänge in der Kommission, die er auf das lebhafteste bedauert, können ihn keineswegs zu einer Umkehr seiner ganzen bisherigen Haltung bewegen. Der Reichskanzler wird, wie wir hören, die nächste Gelegenheit im Reichstage benutzen, um seine Stellung vor dem Lande klarzulegen."

Also wieder eine schöne Rede mit leeren Versprechungen. Wie gedankt Wilow sein Versprechen einzulösen? Allen Anschein nach dadurch, daß er den Kaiser als Vorkämpfer zu benutzen beabsichtigt. Für diese Ansicht spricht wenigstens, daß er jetzt mit zwei Personen Rat hält, die beim Kaiser in besonderer Gunst stehen und die zugleich als Vertraute der großen Bankfinanz und des Großhandels gelten: der Geheimrat Wittling und der Direktor Ballin von der Hamburg-Amerika-Linie.

Das Ende der Komödie.

Der erste Teil der Finanzreformkomödie ist angepielt. In einer Dauer Sitzung, die bereits früh um 9 Uhr begann, hat die Finanzkommission, die das Durchschleichen zum Prinzip erhoben, das Arbeitspensum erledigt. Zuerst die Mühlenumsatzsteuer. In der eindrucksvollsten Weise ist den konservativen-reaktionären Steuerministerien vom Regierungssitz aus klargemacht worden, daß eine solche Steuer den kleinen Mühlen nichts nützen kann, die Großbetriebe aber dem Ruin zutreibt. Selbst der Zentrumsmann Gehnter erklärte, für eine solche Steuer mit solchen Sägen nicht stimmen zu können. Umsonst. Die Steuer fand Annahme. Mit derselben Vehemenz ging der Kohlenzoll durch. Die Vertreter der Regierung führten eine Menge der schwerwiegendsten Bedenken an; doch alle Gründe machten nicht den mindesten Eindruck. Ja, der Zentrumabgeordnete Dr. Fleischer brachte es sogar fertig, den Zoll zu verlangen, im Interesse der deutschen Arbeiter, die seiner Ansicht nach darunter leiden, wenn die ausländische Industrie billigeren Kohlen erhält. Der Zoll auf Kohlen, der gegen die Stimmen der Reichspartei Annahme fand, soll dem Reich 25 Millionen Mark bringen. Herr v. Gamp bekam es plötzlich mit geschäftsordnungs-mäßigen Bedenken zu tun. Er verlangte, man solle diese Steuerentwürfe in die Form von Gesetzesvorlagen bringen, die dann im Plenum drei Lesungen zu passieren hätten. Auch er fand keine Gnade, denn auf einen Versuch der Geschäftsordnung mehr oder weniger kommt es nun in der Tat nicht mehr an.

Beim Finanzgesetz lehrte das Zentrum wieder einmal sein partikularistisches Gesicht heraus. Den Einzelstaaten ist in der ersten Lesung die Pflicht auferlegt worden, von den gestundeten Matritularbeiträgen 144 Millionen Mark zu zahlen. Das Zentrum setzte durch, daß diese Last auf das Reich übernommen wird. Zwischen durch proklamierte Herr v. Rheinbaben den Anbruch der Ära der Spar-samkeit, was er sich noch extra von Herrn Sydow bestätigen ließ. Herr v. Gamp allerdings traut diesen Prophezeiungen nicht, und er mag im Recht sein.

In der Nachmittags-Sitzung erklärte Schatzsekretär Sydow, daß die verschiedenen Regierungen auf keinen Fall sich auf ein Gesetz einlassen werden, das den Handelsverkehr schwer treffen würde. Die Regierung hält an der Erbschaftsteuer fest. Das Zentrum versetzte sich aufs Zureden, die Regierung aber blieb fest, sie gibt auch keine Konzession über die Art der neuen Belastung der Wörre.

Die Antikemiten und die Freikonserverativen erklärten darauf, daß sie nicht grundsätzliche Gegner der Erbschaftsteuer sind. Einmütig plätscherten die Reden weiter, bis Abg. Gröber das Wort nahm, der offenbar den Wochenschild der „Nord. Allg. Ztg.“ bereits gelesen hatte und nun laut und erregt dagegen Protest erhob, daß man Steuern ablehnt, weil sie vom Zentrum kommen. Im deutschen Reichstag findet sich, behauptet er, keine Mehrheit für eine Erbschaftsteuer.

Die Bekämpfung der Wertpapiere wird angenommen. Eine Umsatzsteuer stellt Sydow in Aussicht; dagegen werde eine Reichs-Wertzuwachssteuer nicht kommen. Das hinderte die Kommission nicht, die Anträge anzunehmen.

Die Kommission tritt bereits am 12. Juni zur Feststellung der Berichte wieder zusammen, und Mittwoch, den 16. Juni, sollen schon die Steuervorlagen auf die Tagesordnung des Reichstages gesetzt werden.

Sitzungsbericht.

Am Freitagvormittag begann die Finanzkommission ihr Werk bereits um 9 Uhr. Zunächst kommt die Beratung der Mühlenumsatzsteuer an die Reihe.

Abg. Dr. Riefke begründet den Antrag kurz damit, daß er die von ihm und dem Abg. Spitz (Z.) im Plenum zu diesem Gegenstand gehaltenen Reden zur Einverleibung in das Protokoll überreicht.

Abg. v. Gamp schlägt die Annahme eines Gesetzentwurfes vor, anstatt eines Antrages der Kommission. Auf diese Weise muß die Materie drei Lesungen im Plenum passieren. Die Freikonserverativen sind von dem konservativen Antrag überführt, sie werden deshalb gegen den Antrag stimmen. Die Freikonserverativen wollen die kleinen Mühlen durch eine Umsatzsteuer schützen, der konservativen Antrag aber macht eine Finanzannekt für das Reich daraus. — Wenn man die Form eines Gesetzentwurfes wählt, dann kann im Plenum die erste mit der zweiten Lesung verbunden werden, und Kommissionsberatung ist nicht mehr nötig.

Schatzsekretär Sydow ist durch den konservativen Antrag deshalb überführt, weil bis jetzt die Mühlenumsatzsteuer immer lobend als eine wirtschaftliche Maßnahme behandelt wurde. Es sei völlig unzulässig, solche Bestimmungen in das Finanzgesetz einzubringen. Er müsse prinzipiell Widerspruch dagegen erheben, daß diese wirtschaftliche Frage mit der Finanzreform verknüpft werde. Dem Bundesrat würde dadurch die Pistole auf die Brust gesetzt, denn er müsse dann die Vorlage mit dieser Bestimmung annehmen oder die ganze Reform scheitern lassen.

Abg. Gröber will diese Bedenken nicht gelten lassen. Jedenfalls könne erreicht werden, daß mit dem Hineinrücken dieser Steuer in die Finanzreform die Regierung in irgend einer Weise Stellung

nehmen müsse. Diese günstige Gelegenheit dürfe man sich nicht entgehen lassen.

Schatzsekretär Sydow verteidigt noch einmal den ablehnenden Standpunkt der Regierung.

Ein Kommissar des Bundesrats trägt die Bedenken vor, die gegen die geforderte Steuer sprechen. Eine Reihe Vertreter der Einzelstaaten schließen sich dieser Ansicht an.

Abg. Raab (Antik.) bezieht sich natürlich für die Mühlenumsatzsteuer. Im übrigen vertritt er die Auffassung, daß die Finanzkommission die Aufgabe habe, möglichst viele neue Steuern zu beraten und sie dem Plenum zur Auswahl zu unterbreiten.

Schatzsekretär Sydow tritt einer in der Debatte gefallenen Meinung entgegen, wonach man dem Reichstag allein die Verantwortung überlassen solle. Das läme einer Abdankung des Bundesrates gleich.

Ein bayrischer und ein sächsischer Vertreter wünschen, daß wenn der Antrag Gesetz werde, der Ertrag den Einzelstaaten überwiesen werde.

Schließlich wird der Antrag Gamp auf Einbringung eines Gesetzentwurfes abgelehnt.

Es folgt die Beratung der

Kohlensteuer.

Ein preussischer Beheimrat gibt statistische Daten, die gegen diese Steuer sprechen.

Abg. Graf Niebisch ist gegen den Zoll. Das deutsche Grubenkapital wälze die Steuer auf die Arbeiter ab.

Abg. Krosche: Der Preispolitik des Kohlenyndikats muß entgegengetreten werden. Durch Belastung der Kohle könne das Reich enorme Mittel gewinnen. Der Ausfuhrzoll werde die Ausfuhr nicht beeinträchtigen. In England sei die Ausfuhr trotz des Zolles nicht bloß gestiegen, sondern auch die Preise haben sich gesenkt. Die deutsche Grubenindustrie verlaufe im Ausland zu Schmelzpreisen. Möglich kann sie eine Belastung auch ertragen.

Der Ertrag ergibt bei Steinkohlen 19 Millionen, bei Koks usw. 7 Millionen Mark.

Von einem Kommissar des Bundesrats wird aus-einander gesetzt, daß der Export nicht leidet, denn die Gruben müssen exportieren. In den hohen Preisen tragen die sozialpolitischen Lasten mit 1,25 Mk. per Tonne bei. Zahlen müssen bei dieser Steuer die Konsumenten.

Abg. Dr. Fleischer wirft den Preiskonventionen Terrorismus bei der Preisfestsetzung vor. Das schlesische Grubenkapital habe, als die schlesische Textilindustrie schwer dankbar, diese günstig, die hohen Kohlenpreise zu zahlen, gleichzeitig gab es die Kohlen zu billigeren Preisen an die österreichische Konkurrenz ab. Deshalb wollten die Arbeiter den Kohlenzoll!

Abg. Müller-Fulda bestreitet, daß die von der Regierung be-fürchteten wirtschaftlichen Nachteile eintreten.

Der Kohlenausfuhrzoll wird gegen die Stimmen der Freikonserverativen beschlossen.

Es folgt die Beratung des

Finanzgesetzes.

Schatzsekretär Sydow: Jede gesunde Finanzpolitik muß auf dem Grundsatze stehen: keine Ausgaben ohne vorherige Sicherung der Einnahmen. Die Stundung der Matritularbeiträge sei eine bedenkliche Maßnahme gewesen. Die Festsetzung der Höchstgrenze für die Matritularbeiträge sei nötig, damit die Finanzminister wissen, mit welchen Ausgaben für das Reich sie im Höchstmaße zu rechnen haben. Er bittet die Fassung der Regierungsvorlage anzunehmen.

Finanzminister v. Rheinbaben: Die Finanzen der Einzelstaaten hätten sich dadurch ungünstig entwickelt, daß die Ausgaben stärker gestiegen seien als die Einnahmen. Die Einzelstaaten hätten teils ihre Steuern bereits erhöht, teils werden sie das in der nächsten Zeit tun müssen. Die hohen Ueberschüsse der Eisenbahnen gehören der Vergangenheit an. 1908 hätten die preussischen Eisenbahnen 140 Millionen Mark weniger eingebracht, als veranschlagt worden war. Das werde auch dann nicht wesentlich besser werden, wenn die wirtschaftliche Depression überstanden ist, wenn die Ausgaben weiter steigen. Die beste Garantie für eine sparsame Wirtschaft sei die Stärkung der Position des Reichsschatzamtens.

Der Finanzminister in Preußen dürfe nicht überstimmt werden, und wenn der Schatzsekretär nicht nach Willen der Matritularbeiträge aus-schreiben dürfe, dann könne er einzelnen Ressorts erklären, daß sie sparen müßten, weil er nicht genügend Mittel beschaffen könne.

Abg. v. Gamp mißt der Bindung der Matritularbeiträge eine besondere Bedeutung nicht bei; wenn eben in zwei Jahren die Mittel nicht reichen, dann müsse wieder eine Veränderung eintreten. Preußen habe prächtige Bahnhöfe gebaut und dadurch Verschwendung ge-trrieben. Keine neuen Ausgaben ohne höhere Einnahmen — das müsse auch der Leitsatz für die Budgetkommission werden. Wehe! sei viel zurückhaltender als wie der preussische Finanzminister, der den Aktionären mit der Gesellschaftssteuer eine Belastung von 85 Proz. aufbürden wollte. Schon jetzt seien einzelne Ressorts an der Arbeit, wieder neue Forderungen zu stellen. Damit müsse endlich gebrochen werden.

Abg. Erzberger schließt sich der Kritik an.

Abg. Müller-Fulda begründet einen Antrag des Zentrums, 144 Millionen Mark restierende Matritularbeiträge auf das Reich zu übernehmen.

Schatzsekretär Sydow wendet sich dagegen, die ganze schwebende Schuld nach fünf Jahren auf Schapanweisungen zu nehmen. Am besten sei es, man wandle die gestundeten Matritularbeiträge in eine Schuld um, die in 20 Jahren zu tilgen ist.

Die Kommission ist damit einverstanden.

In der

Nachmittags-Sitzung

verhand man gleich die zweiten mit den dritten Lesungen und ar-beitete im Rausch.

In den Beschlüssen ergreift das Wort

Schatzsekretär Sydow: Die Bekämpfung der Wertpapiere, wie die Mehrheit der Kommission sie beschlossen habe, sei eine partielle Vermögenssteuer. Weil aber nur ein Teil des Vermögens betroffen werde, sei die Steuer auch ungerecht. Frei bleibe das Kapital, das in Hypotheken angelegt sei. Die ausländischen Papiere würden von den deutschen Wörren betrieben. Daran könnte das Reich keinerlei Interesse haben. In Frankreich habe sich diese Steuer schlecht be-währt. Man trage sich dort mit der festen Absicht, sie demnächst auf-zuheben. Wenn wir diese Steuer einführen, dann hindern wir die Wörre in der Beschaffung der Mittel für Handel und Industrie.

Abg. Graf Westphal verteidigt diese Steuer damit, daß im Reichstage eine Mehrheit für eine Erbschaftsteuer nicht zu haben sei, weshalb das bewegliche Kapital auf anderem Wege getroffen werden soll.

Finanzminister v. Rheinbaben bestätigt die Ausführungen des Schatzsekretärs.

Schatzsekretär Sydow kündigt eine Steuer an, die eine Belastung der Wörre bringen werde.

Abg. Erzberger redet der Regierung zu, doch zu nehmen, was sie bekommen könne. Andernfalls bestehe die Gefahr, daß die Finanzreform im Reichstag überhaupt keine Mehrheit findet.

Schatzsekretär Sydow: Die Regierung hält an der Erbschaftsteuer fest. Dadurch wird alles Kapital ge-troffen und vermieden, daß dem Geldverkehr Schwierigkeiten ent- stehen.

Abg. Graf Oppendorff findet, daß die Gründe der Regierung absolut nicht stichhaltig sind.

Abg. Wöhme (Antik.) und Abg. v. Gamp wollen die Erbschaftsteuer abwarten und sind eventuell bereit, dafür zu stimmen.

Abg. Gröber findet es eigenartig, daß man Anträge nur des-halb nicht akzeptieren wolle, weil sie von einer bestimmten Fraktion kommen. Man soll nur so forsieren, über das Resultat brauche man sich dann nicht zu wundern. Das Zentrum sei für eine Erbschaftsteuer nicht zu haben. Auch darauf soll man nicht rechnen, daß etwa die Regierung Sulkurs vom bayrischen Pfälzer des Zentrums erhalte. Der deutsche Reichstag würde keine Erbschaftsteuer, wie sie auch geriet sein müge, bewilligen.

Bei der Abstimmung wird der konservativ-reaktionäre Antrag angenommen.

Zu der

Umsatz- und Wertzuwachssteuer

Bemerkung

Schatzsekretär Sydow, daß der ersten Steuer näher getreten werden solle. Der Ertrag werde ein erheblicher nicht sein. Die Denkschrift zur Wertzuwachssteuer werde dem Plenum zugehen. Ihre Durchföhrung sei nicht in Aussicht zu stellen.

Nach einer langen Debatte waren endlich auch diese Steuern erledigt.

Im Handumdrehen wurden ohne Diskussion erledigt: Kasse, Grundsteuer, Kohlen, Mühlenumsatzsteuer und Glahkörper.

Damit hatte die Finanzkommission ihre Arbeiten abends 1/2 Uhr beendet.

Willkomm dem „Hochverräter“!

Genosse Karl Liebknecht, der Beurteilte im Hochverrats-prozess vom 12. Oktober 1907, verläßt am Morgen des 1. Juni die Festung Glauch. Die deutsche Sozialdemokratie bietet dem Kämpfer, der um der Sache des Proletariats willen 1 1/2 Jahre Festungshaft erdulden mußte, herzlichen Willkommensgrüß.

In der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wird der Prozeß, dem Genosse Karl Liebknecht zum Opfer fiel, unergessen bleiben. Als eines der freiesten Zeugnisse deutscher Klassenjustiz wird das Urteil des Reichsgerichts, wird das ganze Verfahren be-wahrt werden in den Dokumenten der deutschen Sozialdemokratie, im Gedächtnis des Proletariats.

Zu Anfang des Jahres 1907 erschien Liebknechts Broschüre: „Militarismus und Antimilitarismus“. Zwei Mo-nate lang blieb sie unbeanstandet, zwei Monate lang wurde sie im Buchhandel verbreitet, in der Presse besprochen — da erfolgte am 28. April die Beschlagnahme auf Antrag des Oberreichsanwals wegen „Hochverrats“. Spät kam er, der Herr Oberreichsanwalt, aber um so eiliger hatte er nun. Schon am 20. April wurde Ge-nosse Liebknecht vor dem Untersuchungsrichter vernommen. Man begriff die Eile, wenn man weiß, daß das Verfahren an hohen Stellen mit intensivem Interesse verfolgt wurde. Eine hohe Be-hörde, so gab der Oberreichsanwalt im Verfahren an, hatte ihn zum Eingreifen gegen das gefährliche Werk aufgefordert. Und der Kaiser ließ sich ständig über das Verfahren und besonders über die Hauptverhandlung Bericht erstatten. Ständig korrespondierte der Untersuchungsrichter am Landgericht Berlin I mit dem Polizei-präsidenten. Alle Angelegenheiten deuteten darauf hin, daß unserm Ge-nossen, der sich durch seine Mitwirkung im Königsberger Hochver-ratsprozeß, im Rößensprozeß und durch seine antimilitaristische Propaganda den Herrschenden schon unangenehm gemacht hatte, ein schwerer Stand erwachsen würde. Und obgleich unter den Genossen und jenen vom Bürgertum, denen der Haß wider die Sozialdemo-kratie noch nicht jeden objektiven Maßstab zur Beurteilung der Liebknechtschen Broschüre geraubt hatte, nur eine Stimme darüber war, daß diese Schrift nichts, gar nichts enthalte, was auch nur entfernt als Hochverrat geedeut werden könnte, so gab es doch kaum einen Optimisten, der die Freisprechung zu erwarten wagte.

Vor dem Untersuchungsrichter erfuhr Liebknecht, daß sein An-wälger aus der Broschüre heraus- oder vielmehr in sie hineingelesen haben wollte, der Verfasser beabsichtige, Frankreich zu einem Angriff auf Deutschland zu hegen. Diese tolle Beschuldigung war leicht pariert — sie stand an ihrer eigenen Unstimmigkeit. Aber die An-klage starb nicht mit ihr. Sie gedachte immer neue Tat-bestandskonstruktionen, die den Hochverratsbegriff erfüllen sollten. Die Anklageschrift wies eine andere auf, als der Untersuchungs-richter zur Verfügung hatte, der Eröffnungsbeschuß wieder eine andere und nachdem der Angeklagte auch diese zerlegt hatte, wurden in der Hauptverhandlung noch einmal zwei funkelneue neue produziert und als auch die von den Argumenten Liebknechts nicht Stand hielten, da ward in die Urteilsbegründung abermals eine neue, die festste gesetzt. Die mußte der unbehagliche Angeklagte wohl stehen lassen, die konnte er — wenigstens vor deutschen Richtern — nicht mehr zerlegen. Denn gegen das Urteil des Reichsgerichts gibt es keine Berufung und keine Revision. Es ist — gefehlich — unanfechtbar.

Trotz der Eile des Oberreichsanwals konnte die Haupt-verhandlung erst am 9. Oktober zu Leipzig stattfinden. Der zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichts traten unter dem Senats-präsidenten Treplin zusammen. Oberreichsanwalt Dilschau sen vertrat seine Anklage, die Verteidigung führte Genosse Rechtsanwalt Hugo Haase sowie die Rechtsanwälte Dr. Hezel-Leipzig und Rosen-berg-Berlin.

Drei Tage währte der Kampf unter lebhafter Teilnahme der Öffentlichkeit. Sie auszuschließen hatte man nicht gewagt — die sozialdemokratische Presse hatte frühzeitig dagegen Einspruch erhoben, daß der Angeklagte hinter verschlossenen Türen ab-geurteilt werde. Aber gern wäre man summarisch verfahren — die Broschüre vollständig zu verlesen, hielt man anfänglich nicht für nötig. Indes Genosse Liebknecht wußte, von seinen Verteidigern trefflich unterstützt, seine Rechte energisch zu wahren. Sein Werk mußte verlesen werden. Dann gingen er und die Verteidigung zum rechtschleifen Angriff vor, dem die Anklage nicht standhalten konnte. Schon im Vorverfahren hatte der Oberreichsanwalt, wie erwähnt, seine Stellung zweimal wechseln müssen. Jetzt versuchte er es mit der dritten und als das nichts half, mit einer vierten Kon-struktion. Die ganze Anklage balancierte er schließlich auf einen „D r u s s e l e r“, der nur den einen Fehler hatte, daß der Angeklagte ihn absolut nicht zugeben konnte, weil er eben nicht existierte. Als der Oberreichsanwalt sich schließlich noch nachhaken lassen mußte, daß das, was er jetzt dem Angeklagten als Verbrechen vorwarf, von ihm früher selbst als rechtlich völlig zulässig hingestellt worden war, war die Anklage tot. Es blieb nichts mehr übrig als Wit-teleid mit ihrem Vertreter, von dem jeder im Saale wußte, daß er hier nur ein Ant, aber keine Meinung hatte. Freilich, als er dann am Schluß den Antrag auf zwei Jahre Zuchthaus stellte, da mischte sich diesem Gesähl noch ein anderes bei, dem der Angeklagte am Schluß seiner letzten Ausführungen trefflichen Ausdruck durch die Erklärung verlieh, daß er seine Stelle in diesem Saale nicht mit der des Oberreichsanwals tauschen möchte.

Die Anklage war tot, aber der Angeklagte wurde verurteilt.

Auf 1 1/2 Jahre Festung lautete das ungeschwerliche Urteil.

Genosse Karl Liebknecht hat der Gefahr des Zuchthaus tapfer ins Angesicht geschaut. Bis zum Schluß hat er für seine An-schauung und seine Sache gekämpft, wie es des Mannes und des Sozialdemokraten würdig ist. Die Partei durfte stolz sein auf den Kämpfer, der seinen Fußbreit juristisch und vor den Richtern des Klassenstaates stand als einer, dem die Pflicht gegen die Partei über die Sorge um seine Person geht.

Am 12. Oktober, mittags 12 1/2 Uhr wurde das Urteil, das von tatsächlichen Unrichtigkeiten und Mißverständnissen wimmelt, ver-fündet. Bereits am 18. Oktober ging „dem Liebknecht“ die Festung zu, bis zum 24. Oktober die Strafe in der Festung Glauch anzutreten, die verlängert durch einige notwendige Wochen Ur-laubunterbrechungen, jetzt am 1. Juni, vormittags 9,20 Uhr, ihr Ende erreicht.

Genau ein Jahr nach dem Reichsgerichtspruch, am 10. Oktober 1908, erfolgte in Leipzig vor dem Ehrengerichtshof der deutschen Rechtsanwältinnen der glänzende Freispruch im Ehrengerichtshofverfahren, das auf Ausschließung aus dem Anwaltsstande ging. Der Ehrengerichtshof schloß sich dem Spruch der ersten Instanz, des Ehrengerichtshofes zu Weimar, an, der die Zurechnung der Staatsanwaltschaft glatt abwies, den wegen einer ehrenhaften politischen Handlung Beurteilten für unwürdig zu erklären, die Robe des Anwalts zu tragen.

So blieb der Reaktion ein sehr magerer, zweifelhafter Erfolg. Auf 1 1/2 Jahre hat sie allerdings einen Kämpfer der Sozialdemokratie der Freiheit beraubt. Aber nur um den Preis einer ungeheuren Verschlechterung der deutschen Justiz, und in dem sie dem Angeklagten Gelegenheit gab, vor ganz Deutschland die Ideen der Sozialdemokratie darzulegen — eine Gelegenheit, die nicht ungenützt verstrich.

Wie das deutsche Proletariat über den Urteilspruch denkt, das hat es unzweideutig zu erkennen gegeben. Wenige Wochen nachdem er die Festung verlassen, wird Karl Liebknecht in die Feste des Dreiklassenwahlrechts eingeleitet als Erwählter der Berliner Arbeiterschaft!

Willkommen der tapfere Kämpfer! Willkommen zu neuem Kampf!

Die Radbod-Kolonie vor Gericht.

Darmstadt, 28. Mai. (Fig. Ver.)

In der heutigen Verhandlung gelangten noch etwa 15 Zeugen zur Vernehmung, die ausschließlich von der Sache geladen waren. Der Reigen wurde eröffnet durch einen Voller Kagalier der bei der Besichtigung der Kolonie durch das Gericht ein Gespräch zwischen Genossen Rottebohm und seinem Verteidiger Rechtsanwalt Frank erhört hat. Rechtsanwalt Frank soll nach seiner Befragung gesagt haben: „Es sind doch einige schöne Häuschen dabei!“ Rottebohm habe darauf ihm seine Äußerung gezeigt und gesagt: „Was schadet das!“ Der Verteidiger erwiderte, wenn es schon etwas Ungehörliches sei, zu forschen und das Erhörte in solcher Weise zu verwenden, wie es hier geschehen, so komme doch noch hinzu, daß der Zeuge falsch gehört habe. Rottebohm habe nicht so gesprochen, wie der Zeuge ausgesagt, sondern: „Was hat das zu bedeuten, die Mehrzahl der Häuser ist doch unter aller Kritik gemauert.“

Damit war der geschmackvolle Vorstoß der Radboder Herren zurückgewiesen. Sofort holten sie zu einem zweiten aus, der sich gegen den Sachverständigen Dr. Dittmer richtete. Er richtete während der vorigen Verhandlungstage einige recht geschickte Fragen an die Zeugen und scheint dabei den Herren von Radbod recht unbehaglich geworden zu sein. Ihr Vertreter, Rechtsanwalt Dr. Röttgen, stellte plötzlich den Antrag, es solle Beweis darüber erhoben werden, daß Dr. Dittmer vom Ehrengericht der Ärztekammer disziplinarisch bestraft worden sei wegen Vertretens gegen die Berufslehre. Dr. Dittmer habe bei Vernehmung der Zeugen die Sachlichkeit vermissen lassen und sei zu temperamentvoll gewesen. Sogar der Staatsanwalt wendete sich gegen diesen Antrag, der nur dann zulässig sei, wenn sich das Urteil gegen die wissenschaftliche Fähigkeit Dr. Dittmers richte. Das Gericht lehnte den Antrag glatt ab. Das „Vergehen“ des Herrn Dr. Dittmer besteht darin, daß er einmal einem Kollegen — sagen wir mal: groß gekommen ist, was als Beleidigung angesehen wurde. . . .

Alle guten Dinge sind drei — also versuchten nun die Herren von Radbod noch einen Handstreich gegen den Amtmann a. D. Stamm, dessen Aussagen den Herren sehr quer zu liegen schienen. Es ist ja gelungen, Herrn Stamm noch rechtzeitig am Reden zu hindern. Aber was er gesagt, soll widerlegt werden durch Verlesung eines Briefes, den Herr Stamm angeblich vor einigen Jahren an die Bechenverwaltung gerichtet hat. Der Verleider forderte mit Recht, wenn der Brief verlesen werde, dann müsse auch Herr Stamm als Zeuge gehört werden. Man wisse ja gar nicht, ob der Brief auch echt sei!

Das Gericht lehnte die Verlesung des Briefes ab, weil sie prozessual unzulässig.

Die weitere Zeugenvernehmung drehte sich hauptsächlich um die Frage, wie lange die Häuser im Rohbau standen, ehe sie bewohnt wurden. Die Zeuge hatte mit ihren Zeugen unterschieden Wech. Zwar sagten ein Bauherr und noch ein weiterer Zeuge aus, daß die Häuser „etwa“ 6 Wochen im Rohbau gestanden hätten. Weitere Zeugen bezeugten, einzelne Häuser möchten wohl 3 bis 4 Wochen gestanden haben, andere Häuser aber auch kürzere Zeit. Ein Zeuge sagt, es habe manchmal 8 bis 14 Tage gedauert, und schließlich kommt ein Zeuge, der sagt, es hätten Häuser nur 2 bis 3 Tage im Rohbau gestanden. Mehrere Zeugen der Sache wissen gar nichts zur Sache auszuliegen.

Bauunternehmer Martini hält das verwendete Material für tadellos, muß aber auf Verlangen des Sachverständigen Schäfer angeben, daß nordisches Holz verwendet wurde, das 9—10 Mark der Kubikmeter billiger ist als rheinisches Holz. Waurat fragt, ob eine Vorschrift besteht, daß bei Anlage von Kolonien ein Kreisarzt gehört werden muß. Und Waurat sagt, daß bei Uebergabe der Häuser eine systematische Untersuchung der Brunnen nicht erfolgt ist.

Damit ist die Vernehmung der Zeugen in der Hauptsache beendet.

Es erhält das Wort Waurat Siebold, der die Kolonie erbaut hat. Herr Siebold ist zugelassen als Sachverständiger trotz Ablehnungsantrag der Verteidigung, die rügte, daß Siebold interessiert sei. Das Gutachten Siebolds ist also gewissermaßen ein Urteil in eigener Sache. Der Gutachter erzählt, daß er schon manche Kolonie gebaut hat. Als er nach Radbod gekommen, habe er sofort gesagt, daß das Gelände für die Anlage einer Kolonie „ganz hervorragend gut“ sei. Eine Straße von der Radbod-Kolonie sei eine Sommerfrische gegen eine Appellstraße in Weimar. Herr Siebold hält das Gelände für sehr trocken. Nur aus besonderer Vorsicht habe er die Jollerpoppe legen lassen. Wenn die Pappe auch wirklich Löcher erhalten haben sollte, dann lege er dem keinen Wert bei. Die Wässer rühre daher, daß nicht gelüftet worden sei. Es komme vor, daß trockene Häuser feucht würden, wenn nicht genügend gelüftet werde. Es komme auch vielfach auf die Sauberkeit der Frauen an. Die Brunnen seien der Vorschrift gemäß weit genug von den Aborten angelegt worden. Er halte es für ausgeschlossen, daß das Grundwasser in den Wänden hochgezogen sei. Jegendeine Kleinigkeit sei ja immerhin möglich. Die Sache mit dem angeforderten Schnurband halte er für einen Scherz.

Zum Schluß wird dann noch das Gutachten des Professors Dr. Sommerfeld entgegengenommen, das im schroffen Gegensatz steht zu dem des Herrn Siebold.

Der Herr Gutachter sagt, man müsse beachten, daß die Verfertigung der Kolonie durch das Gericht und das Erscheinen des unter Anklage stehenden Urteils zeitlich weit auseinander liegen. Zudem sei die Verfertigung erfolgt bei schönem Wetter und relativ hoher Temperatur. Man müsse dann unterscheiden die Häuser die oben, die am Hang und die in der Walde stehen. Je nach der Lage seien die Mengen des Grundwassers verschieden. Der Typus der Häuser sei als zweckmäßig anzuerkennen, wenn gewisse Vorbedingungen erfüllt seien. Das sei hier aber nicht der Fall. Die Däcke der Mauern sei ein halber Stein. Die Wände seien zu dünn und böten nicht genügend Schutz gegen die Kälte. Das ganze Haus sei von der Luft umspült und allen atmosphärischen Einflüssen ausgesetzt. Eine stabile Wand sei es nicht, wenn die Lärffüllungen mit der Hand weggerissen werden könnten, wie er es selbst getan habe. Die Dachrinnen sind so gehalten, daß das Regenwasser die Wände peitscht und die Luftfeuchtigkeit vermehrt. Beim Bau der Fenster ist nicht genügend Rücksicht genommen auf das Querschnitt, das Holz war nicht genügend trocken. Die Zimmer böten nicht genügend Luftinhalt. Er halte es für verfehlt, daß die Bekörderung gestattete habe, daß statt der Lichter Höhe von 8 Meter nur 2 1/2 Meter zur Anwendung gelangten. Der Sachverständige kann es nicht fassen, daß durch Kaminen, Kochen usw. sich soviel Feuchtigkeit in den Mauern ansammeln kann, daß Wasser die Wände herunterfließt und über die Dielen läuft. Die Ursache ist vielmehr, daß die Häuser zu früh bezogen wurden und nicht Zeit zum Austrocknen hatten. So sind die Wände mit Wasserdampf erfüllt und können die Feuchtigkeit, die durch Kaminen und Kochen entsteht, nicht aufnehmen. Dadurch entstehen Zustände, deren Folgen rheumatische Leiden und Nierenkrankheiten sind.

Die Wasserversorgung ist bei einer Kolonie das wichtigste und daran hat es gefehlt. Selbst wenn das Gesetz es nicht vorschreibt, daß bei Anlage einer Kolonie der Kreisarzt gehört werden muß, so ist es doch ein grober Fehler, eine Nachlässigkeit, wenn es nicht geschieht. Es ist beschworen worden, daß das Wasser in den Brunnen unklar war und roch; ein solches Wasser ist gesundheitsschädlich. Bei der Anlage der Kolonie ist den grundlegenden Forderungen der Gesundheitspflege nicht Rechnung getragen worden.

Bei der Anlage einer Kolonie genügt es nicht, den Arbeitern ein Unterkommen zu schaffen. Die Wohnungen brauchen keine Villen zu sein, müssen aber angenehm und wohnlich sein. Es müssen Einrichtungen geschaffen werden, um der Trunksucht entgegenzuwirken. Auf Radbod habe er nicht die Spur von Anfängen einer Wohlfahrtseinrichtung getroffen. Dazu rechne er Badeanstalt, Bibliothek, Pflanzungen usw. Die Errichtung einer Kolonie, wie die auf Radbod, ist keine soziale Tat, da kommt nur das finanzielle Interesse in Betracht.

So das Urteil des Professors Dr. Sommerfeld über die Radbod-Kolonie, das bei der Gegenpartei einschließlich Verlesung und Aufregung hervorrief. Der gegnerische Sachverständige Kraft rebete fortwährend in sehr eigenartiger Weise auf den Herrn Professor ein, um sein Urteil, dessen Wirkung und Bedeutung er wohl konnte, zu beeinflussen und einzuschränken. Er übte Kritik an verschiedenen Stellen des Gutachtens, mußte sich aber sagen lassen, daß er die Stellen falsch verstanden und ein ander Mal falsch zitiert hatte.

Am Sonnabend findet eine Sitzung statt, in der nur der Arzt Dr. Jakobs-Uma vernommen wird. Nächsten Mittwoch sollen dann die noch übrigen Sachverständigen gehört werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Mai 1909.

Militärische „Ersparnisse“.

Oberst a. D. Gädte weist im „Berliner Tageblatt“ nach, daß auch der Koloch Landmilitarismus wiederum Appetit verspürt, sofern wenigstens die Meldungen der militärpolitischen Korrespondenz zutreffen. Nach einem Beschluß der Budgetkommission sollte der Aggregiertenfonds um 100 000 Mark gekürzt werden. Nun soll aber eine Novelle zum Etat der Verwaltung des Reichsheeres in Aussicht stehen, die zwar den Aggregiertenfonds auf 50 000 M. herabsetzt, dafür aber für 50 Stabsoffiziere und 50 Hauptleute erster Klasse einen Betrag von 557 000 M. anfordert, d. h. den Aggregiertenfonds in Wirklichkeit um mehr als 50 Proz. erhöhen wird. Oberst Gädte fährt dann fort:

„Ebenso aber scheint es immer vorausgesetzt, daß die Angaben der „Militärpolitischen Korrespondenz“ richtig sind um die Verringerung der Etats für die höheren Adjutanturposten und Pinzenadjutanten zu sehen.“

Angedacht sollen zehn preussische und ein sächsischer Adjutant in Zukunft an „anderer Stelle“ erscheinen, was dem Steuerzahler ausnehmend gleichgültig sein wird.

Ferner aber sollen die Dienstgrade innerhalb dieser Adjutantur derart verteilt werden, daß in Zukunft auf Preußen:

- 74 Stabsoffiziere,
- 200 Hauptleute,
- 80 Oberleutnants

entfallen. Das bedeutet, soweit man aus einem Vergleich mit dem bisherigen Etat ersehen kann, eine ganz beträchtliche Vermehrung der höheren und also höher bezahlten Dienststellen. Davon ganz abgesehen fehlen in dieser Aufstellung noch die für Generale in Aussicht genommenen Adjutanturposten. Es ist doch aber über jeden Zweifel erhaben, daß im Hauptquartier des Kaisers und der Könige sich noch wie vor Generale befinden werden.

Wenn man zu diesen Erhöhungen nun noch die entsprechende Erhöhung des Etats für die für Wohnungsgeld rechno, die sich mit jeder Vermehrung der Zahl und des Ranges der Offiziersstellen automatisch ergibt, so wird hier im Wege eines möglichst verkleinerten Nachtrags Etats eine ganz hübsche Erhöhung des Heereshaushalts versucht.

Und inzwischen denkt Fürst Bülow über Ersparnisse im Heereswesen nach.“

Da man ja einmal bei der Geschwindfabrikation neuer Steuern ist, braucht man nur eine oder zwei neue Steuern mehr auszumodeln, um Molochs Bedürfnisse zu befriedigen. Für diesmal wenigstens!

Der Kampf um den Papst.

Bekanntlich haben vor kurzem die M.-Gladbacher eine Deputation an den Papst geschickt und nachher der Welt verkündet, daß Pius X. voll und ganz gebilligt habe, was die Christlichen Gewerkschaften getan hätten. Das Vatikanblatt, der „Differatore Romano“ hat nachher bestritten, daß der Papst sich so ausgedrückt habe. Darauf erfolgte eine Erklärung der Teilnehmer der Deputation, darunter des Abg.

Giesberts, daß ihre Mitteilungen über die Audienz genau dem Text der Uebersetzung entsprächen, die ihnen während der Audienz von der „Differatore Romano“, dem die M.-Gladbacher diese Erklärung zugeschickt hatten mit folgender Mitteilung:

„Wir bedauern, dem Ersuchen der genannten Herren, diese ihre Erklärung zu veröffentlichen, nicht nachkommen zu können. Denn obgleich sie darin tun, als wäre es ihnen unbekannt oder als wüßten sie nicht genau, von welcher Seite die von uns veröffentlichten Erklärungen und zugegangen sein könnten, so müssen sie doch begreifen, daß dieselben aus autoritativer Quelle stammen, ja sogar aus der einzigen, aus der wir sie überhaupt erhalten konnten. . . . Wir bitten aus diesem Falle die Anwendung zu ziehen, wie wenig lang es ist und wie leicht es unabweisbaren Widerspruch hervorgerufen müß, wenn man den Anspruch erhebt, wirklich die Äußerungen eines anderen, namentlich in einer fremden Sprache, wiederzugeben, ohne sich vorher darüber vergewissert zu haben, daß der gebotene Text genau und treu dem Gedanken dessen entspricht, der die Äußerungen getan hat.“

Der Papst ist es also selber, der durch den „Differatore Romano“ bestreitet, daß er sich mit der Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften einverstanden erklärt habe. Die M.-Gladbacher sind also einem unglücklichen Uebersetzer zum Opfer gefallen, oder sie haben gefunkt. Der Reinsfall ist den Herren Giesberts, Weber usw., die sich ihre Anweisungen als Führer deutscher Arbeiterorganisationen aus Rom holen, zu gönnen.

Zentrum und Fahrradstempelsteuer.

Die „Königliche Zeitung“ nennt die vom preussischen Abgeordnetenhaus beschlossene Fahrradstempelsteuer die „unpopulärste Steuer, die im Reich und in Preußen je eingeführt worden ist“, der neue Stempel arbeitete einem sozial- und verkehrspolitisch wichtigen Fortschritt, der massenhaften Einführung der Fahrräder in Arbeiterkreisen, entgegen. Das nationalliberale Blatt richtet seine Kritik besonders gegen das Zentrum. Die „Königliche Volkszeitung“ meint demgegenüber, für die Verteilung der gesamten Steuerpolitik des Zentrums habe dieser „nebensächliche Zwischenfall“ keine Bedeutung. Im übrigen bedauert das Zentrumblatt, daß man dem Gegner eine solche bequeme Handhabe geboten habe und meint:

„Die Steuer ist an sich geringfügig; aber trotzdem verstehen wir nicht recht, wie man dazu hat kommen können, eine derartige Summe zu beschließen. Die Steuer ist lästig und unvollständig und sie wird als lästig und unvollständig noch mehr ausgeführt werden, als sie es ist. . . . Die Herren, welche diese Steuer erlassen und beschlossen, waren u. U. in ihrem Steuereifer nicht gut beraten. Sie werden ihren Beschluß vor der Deffenlichkeit und insbesondere vor ihren Wählern zu verteidigen haben.“

Blodbrüder gegen einander.

Wie anderorts sind auch in Lübeck die Liberalen, Nationalliberalen, Landhändler usw. vereinigt zum gemeinsamen Sturm gegen die Sozialdemokratie. Dieser Mischaß, der seit der letzten Reichstagswahl besteht, geht anscheinend jetzt seinem Verfall entgegen, wie aus verschiedenen Vorkommnissen in der jüngsten Zeit zu ersehen ist. Die offenen Reaktionen, die im Wahlkampf die sogenannten Liberalen als Sturmbrüder benutzten, zeigen jetzt dem Möhren, nachdem er seine Schuldbigkeit, wenn auch ohne Erfolg, getan hat, die Lär. Den Anlaß dazu geben die im Herbst dieses Jahres stattfindenden Lübecker Bürgerchaftswahlen. Die sogenannten Liberalen glauben nämlich durch ihre Mitarbeit beim „Niederreiten“ der Sozialdemokraten ein paar Mandate verdienen zu haben und Beschäftigten deshalb, einige von ihren Leuten mit in die Bürgerchaft hineinzubringen. Dazu sind aber die offenen Reaktionen, die bisher die Wähler in der ersten Klasse, in der der Wohlstand maßgebend ist, machen nicht erdichtig, und so verachten sie zunächst allen Liberalen, die weniger als 2000 M. Einkommen haben (die Grenze zwischen der ersten und zweiten Klasse), das Mitbestimmungsrecht bei der Aufstellung der Kandidaten zu nehmen. Da aber die Liberalen in der zweiten Wählerklasse, die von den Sozialdemokraten beherrscht wird, keine Aussicht haben, ihre Kandidaten bei der Wahl durchzuführen, so wären sie, wenn der Streich der Nationalliberalen und Landhändler gelungen wäre, schließlich die betrogenen Betrüger gewesen. Es glückte ihnen aber noch einmal, den Streich ihrer Blodbrüder abzuwenden. Jetzt haben die reaktionären Bürgerchaftsmitglieder, achtzig an der Zahl, eine Vereinigung gegründet, die wie zum Lohn als „Wahrscheinliche Vereinigung“ betitelt worden. Durch diese hofft man die Liberalen einflußlos zu machen, da die Gruppe genau die Zweidrittelmehrheit im Vierklassenparlament besitzt. Wegen dieses neuesten Vorgehens ihrer Blodbrüder haben sich die Liberalen bisher noch nicht zu wehren vermocht. Die Sozialdemokratie ist der lachende Dritte bei diesem Weidwettbewerb im Blodhaus, der mit als Beweis dafür dienen kann, daß die sogenannten Liberalen nur solange bei ihren Blodfreunden wohlgesitten sind, als sie helfen die Sozialdemokratie zu verurteilen und den Volkverrat zu fördern. Wenn sie ihren Lohnanteil verlangen, erhalten sie den verdienten Tritt. —

Umsatzsteuerpech.

In Dresden haben sich der Stadtrat und die antisemitisch-konserverbische Stadtverordnetenmehrheit schon seit Jahren abgemacht, eine Umsatzsteuer einzuführen, um die Arbeiter-Konsumvereine und die Warenhäuser so zu schröpfen, daß sie den Kleinrentnern keine Konkurrenz mehr bereiten können. Dabei sind die Konsumvereinstöter aber von einem seltsamen Pech verfolgt worden. Seit einem Jahrzehnt schon wird der Umsatzsteuerplan betrieben; es vorzogen aber einige Jahre resultatlos, weil der Rat nicht recht wollte. Da nahmen vor sechs Jahren die Antisemiten und Konserverbischen im Dresdener Stadtparlament die Sache selbst in die Hand. Ein Entwurf für eine solche Anhebungssteuer wurde ausgearbeitet, beschlossen und der Rat zum Beitritt und zur Ausführung aufgefordert. Das tat er auch, wie er geschahen wurde. Die Anhebung der Arbeiterkonsumvereine in Dresden schien ausgemachte Sache, da verlagte aber die Kreis-Konsumvereinstöter dem Entwurf die Genehmigung, offenbar deshalb, weil er den Charakter einer Erbschaftsteuer zu deutlich trug. Einige Jahre hörte man nichts wieder. Vor einigen Monaten aber beschloß der Rat und Stadtverordnetenmehrheit den Anhebungssteuertarif in etwas abgeänderte Weise von neuem. Nun läuten man der Sache sicher zu sein. Die auf einige Hunderttausend Mark berechneten Erträge, die man Konsumvereinen und Warenhäusern abschöpfen wollte, wurden schon in den Finanzplan mit eingestellt. Die Rechnung war aber wieder ohne die Kreis-Konsumvereinstöter gemacht, die den Entwurf abermals ablehnte.

Nun ist Dresden-Holland in Rot. Jetzt will man den Rat der Kreis-Konsumvereinstöter befolgen und eine Umsatzsteuer nach Chemnitzer Muster einführen. Danach wird eine Umsatzsteuer nach dem von

Konsumvereinen und Warenhäuser erhoben, wenn sie nicht 10 Proz. des Umsatzes als Einkommen versteuern. Von dieser Steuer werden die Konsumvereine nur wenig berührt, dagegen trifft sie die Warenhäuser auch noch empfindlich. Auch diese Sondersteuer ist indes noch nicht über alle Klippen hinaus.

Schweiz.

Ein neuer Feldzug für den Proporz.

St. Gallen, 24. Mai. (Fig. Ber.) Wie zu erwarten war, haben im großen Rat des Kantons St. Gallen die Sozialdemokraten, Demokraten und Konserverativen gleich in der ersten Sitzung des neugewählten Parlaments den Antrag gestellt, die Regierung solle bis zur nächsten ordentlichen Sitzung Bericht und Antrag vorlegen betreffend Einführung des bezirksweisen proportionalen Wahlsystems für die Wahlen zum großen Rat. In der Abstimmung standen sich 82 Liberale und 82 Stimmen der vereinigten Parteien gegenüber, worauf der Präsident den Stichtagscheid zugunsten des Antrages gab. Damit ist der neue Kampf um den Proporz im Kanton St. Gallen eröffnet.

Frankreich.

Der Streit der Seeleute.

Paris, 20. Mai. Wie aus St. Nazaire gemeldet wird, hat sich die Mannschaft des gestern aus Veracruz eingetroffenen Postdampfers „Campagne“ der Compagnie Transatlantique den streikenden Seeleuten angeschlossen. Die Zahl der von dem Ausstand betroffenen Schiffe der Gesellschaft beträgt bereits vierzehn. — Aus Marseille wird gemeldet, daß ein Teil der durch den Streit dort zurückgehaltenen Reisenden morgen mit einem spanischen Dampfer nach Algier befördert werden soll.

Marseille, 20. Mai. Die eingeschriebenen Seeleute hatten der Compagnie transatlantique angeboten, vier Schiffe zu bemannen um Passagiere zu befördern. Da aber die Compagnie auch Post, Postkontos und Waren befördern wollte, zogen die Seeleute ihr Angebot zurück und beschlossen die Fortsetzung des Streiks.

Das Streikrecht.

Marseille, 20. Mai. Die eingeschriebenen Seeleute haben dem Syndikat der Reeder der Handelsmarine schriftlich mitgeteilt, daß sie mit jeder einzelnen Gesellschaft direkt und nicht mit dem Syndikatsausschuß der Reedereien verhandeln wollten. In einer Versammlung der Seeleute machte heute der Sekretär des Reeder-Syndikats bekannt, daß der Marineminister einer Abordnung des Zentralkomitees der Reeder Frankreichs auf deren Anfrage geantwortet habe, er bliebe in Ansehung des Gesetzes von 1884 dabei, den eingeschriebenen Seeleuten das Recht, in den Ausstand zu treten, zugestehen zu müssen, und er könne sie in keiner Hinsicht als Fahnenflüchtige betrachten.

Soldaten als Streikbrecher.

Paris, 20. Mai. Der Ministerrat beschloß zur Sicherstellung des Post- und Passagierverkehrs zwischen Frankreich, Alger, Korsika und Tunis den Reedern für die Bemannung einer bestimmten Anzahl von Dampfern bis auf weiteres 2000 Marine-Soldaten zur Verfügung zu stellen.

Türkei.

Zu den Meutereien in Kleinasien.

Aus Genf wird uns geschrieben: Als die türkische Regierung über die Massaker in Kleinasien interpelliert worden war, schob der Vertreter des Ministeriums des Innern, Abil Bey, wieder einmal die Schuld auf die Armenier. Stolz erklärte er, alles getan zu haben, um die Sicherheit der Ausländer in Cilicien zu garantieren, und in diesem Sinne dem Wali von Adana telegraphiert zu haben. Trotzdem die Armenier nicht die Schuld an den Massakern haben und das erwähnte Telegramm Abil Bey an den Wali nichts anderes als eine indirekte Verordnung enthielt, die Armenier nicht zu schonen, hat die Kammer Abil Bey, diesem „konstitutionellen“ Verteidiger der Armeniermörder, ihr Vertrauen ausgesprochen.

Diese Haltung der türkischen Kammer hat das Zentralorgan der armenischen sozial-revolutionären Partei „Dschakozjun“ veranlaßt, folgendes Telegramm an die Kammer zu senden: „Mit Entsetzten erfahren wir, daß in der Sitzung des Parlaments die Regierung auf Grund der lügenhaften Berichte der lokalen Behörden die letzte Truppe von Adana den armenischen Revolutionären zugeschieben und die Armenier als Anstifter angeklagt hat. Wir protestieren gegen diese böshafte Insinuation, deren Zweck die Verhängung der Verdrehen ist. Wir behaupten, daß die armenischen Revolutionäre nichts gemein haben mit den gräßlichen Orgien, die von dem fanatischen Böbel unter Mitwirkung der lokalen Truppen und Behörden veranstaltet worden sind. Wir appellieren an die Vernunft und die Gerechtigkeitliebe der Kammer, damit sie alle notwendigen Mittel zur Bestrafung der Schuldigen ergreift. Die Verletzung der hamidischen Beamten in ihren bisherigen Stellungen ist eine beständige Quelle der Verdrehen, durch die die Ruhe und die Sicherheit des Reiches schwer leidet.“

Alle Berichte, die die Redaktion des „Droschal“, des Zentralorgans des „Dschakozjun“, bekommt, zeigen, daß die Meutereien von den Agenten Abdul-Hamid und der Reaktionen inszeniert worden waren. Am ersten Tage haben die Armenier den wilden Horden in verschiedenen Stadtteilen energischen Widerstand geleistet. Die Augenzeugen sind über diese heroische Selbstverteidigung voll Bewunderung. Es waren bloß hundert gutbewaffnete Armenier, die länger als 24 Stunden gegen ungeheure Scharen des Böbels, und später auch gegen die Truppen kämpften. Aber die Ungleichheit der Kräfte und der Mangel an Patronen haben schließlich die Macht der Armenier gebrochen, und am nächsten Tage wurde der blutige Böbel Herr der Situation. Nach annähernder Berechnung beträgt die Zahl der in Adana getöteten Armenier etwa 2000; die der getöteten Türken mehr als 1000. Gleichzeitig wurden die Armenier auch in Merzina und in der ganzen Provinz angegriffen. Hier war die Selbstverteidigung nicht so gut organisiert, deshalb sind hier mehrere Tausende von Armeniern massakriert worden.

Grenzkämpfe.

Frankfurt a. M., 20. Mai. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Belgrad: An der serbisch-türkischen Grenze nächst Branjan kam es wieder zu einem Zusammenstoß, diesmal zwischen der serbischen und der türkischen Grenztruppe. Auf serbischer Seite fiel ein Grenzwächter. Eine gemischte Kommission ist mit der Untersuchung beauftragt worden.

Gewerkschaftliches.

Eine Wandlung.

Seit dem internationalen Bergarbeiterkongreß, der 1894 in Berlin stattfand, hat sich in der englischen Bergarbeiter-Gewerkschaft eine bedeutungsvolle Wandlung vollzogen. Aus dem damaligen Kongreß traten von den Engländern hauptsächlich die Trade-Unionisten der alten Schule, Thomas Vurt, Ben Rickard und John Wilson, hervor. Vurt und Wilson insbesondere, die Vertreter der Durham- und Northumberlander, propagierten die Gewerkschaft als Allheilmittel, neben der die Beeinflussung der Gesetzgebung durch politische Aktionen nur sekundär in Betracht komme. Auch der vor einigen Jahren verstorbene Ben Rickard repräsentierte noch vielfach den alten Typus der Trade-Unionisten, wenn er auch nicht wie Vurt die gesellschaftliche Hervortreten dieser alten Richtung trug auf dem 1894er Bergarbeiter-Kongreß mit dazu bei, eine Verständigung zwischen der Mehrheit der Briten und den auch für politische Aktionen inclinierenden kontinentalen Delegierten zu erwirken. Die kapitalistischen Soldschreiber tustelten deswegen einen „unüberbrückbaren Gegensatz“ zwischen den „nüchternen Engländern“ und der Sozialdemokratie heraus, wollten das sogar aus der Erwidern Rickards auf die im Namen der sozial. Fraktion von Singer gehaltene Ansprache heraus hören. Dabei war die Ansprache Singers mit dem Kongreßkomitee vereinbart und auf die im Namen der Gewerkschaften von Legien gehaltene Begrüßungsrede, die mehr sozialistisch gefärbt war wie die Ansprache Singers, antwortete Rickard auch mit besonderer Anerkennung. Aber auch weil einige mit der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung und ihren führenden Personen zu wenig vertraute deutsche Delegierte den deutschen Ratstab an die Reden und Anträge der Briten legten, kam es zu für die Gegner der Internationale erfreulichen Zusammenstößen. Die Engländer hätten den Sozialdemokraten „die kalte Schulter gezeigt“, schrieben nach dem Kongreß die deutschen Kapitalistenblätter, wogegen die englische Unternehmerpresse schrieb, die britischen Delegierten hätten „zu sehr mit den kontinentalen Sozialisten geliebäugelt“. Bei alledem darf nicht vergessen werden, daß es die Engländer waren, die 1890 den ersten internationalen Bergarbeiterkongreß anregten.

Heute sind (seit Anfang 1906) sämtliche bergmännischen Distriktsverbände Englands in der Miners Federation of Great Britain, der Vorkämpferin für gesetzliche Bergarbeitergewerkschaft, vereinigt. Durch eine Urabstimmung haben auch die Northumberlander und Durham sich gegen die Ansichten ihrer alten nurgewerkschaftlichen Vorkämpfer für den Anschluß an die Miners Federation of Great Britain entschieden und eine Urabstimmung sämtlicher Federationisten beschloß den Beitritt der bergmännischen Parlamentsvertreter zur sozialistischen Arbeiterfraktion im Unterhaus. Statt der alten nurgewerkschaftler treten heute auf den nationalen und internationalen Bergarbeiterkongressen jüngere, mehr oder weniger sozialistisch gesinnte Führer hervor. Heute protestiert keine britische Bergarbeiterdelegation mehr gegen die Erörterung sozialistischer Probleme, erklärt sich kein namhafter Führer mehr für die nurgewerkschaftliche Aktion der Bergarbeiter. Vielmehr waren es auf den letzten Kongressen oft britische Delegierte, vornehmlich schottische und südwalisische, die in pronoziert sozialdemokratischen Reden für Grubenbesatzung, Produktionsregelung, Minimallohn und — für die Bekämpfung des Krieges, für militärische Ausrüstung eintraten! Wenn auch noch nicht von den britischen Bergarbeitern schlechthin als einer sozialistisch gesinnten Arbeitermasse geredet werden kann, so sind doch schon unter ihren tüchtigsten Führern heute zahlreiche gutgeschulte Anhänger und Agitatoren der Sozialdemokratie. 1894 erregten einige sozialdemokratische Redewendungen kontinentaler Bergarbeiterdelegierten noch Anstoß bei der Mehrzahl der Briten, heute klatschen sie lebhaften Beifall, wenn ein Redner die Notwendigkeit sozialistischer Umgestaltung unserer Wirtschaftsordnung betont. Es sind wesentlich fortgeschrittene britische Bergarbeitervertreter, die dieses Jahr zum internationalen Kongreß nach Berlin kommen! Dessen hat sich die gesamte Arbeitererschaft zu freuen, denn es ist ihr sicher nicht gleichgültig, auf welcher Seite die 600 000 streng organisierten Bergarbeiter Englands stehen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Töpfer! Wegen Nichtzahlung des Tarifes verhängen wir hiermit über den Töpfermeister Herrn Klinkert, Rankwitz, Pietenstraße 24, die Sperre. In Betracht kommt der Bau Steglitz, Südbende- und Adnerstraße-Ecke. Die Hirsche haben diesen Bau besetzt und arbeiten für den Veltener 10 Proz., für Altdeutsch 15 Proz. unter dem bestehenden Tarife. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Auch eine Kongresserinnerung.

Der internationale Bergarbeiterkongreß, der 1894 in Berlin stattfand und den wir an anderer Stelle würdigten, hat für die deutsche Gewerkschaftsbewegung eine spezielle Bedeutung erlangt. Er mußte nämlich den Kerikalen Parteigängern die an den Haaren herbeigezerrte Gelegenheit bieten, den ersten „internationalen“ Zentrums-gewerksverein zu gründen. Geschickt arrangierte der Effener Zentrumsführer Pfarrer Driessen eine „Protestbewegung gegen die sozialdemokratischen Annahmen der deutschen Delegierten zum internationalen Bergarbeiterkongreß“. Ausgerechnet ein Pfarrer ist es gewesen, der „namens der christlich und patriotisch gesinnten Vergleute“ dagegen protestierte, richtiger gesagt, von ihm ergebenden Bergarbeitervertretern a la Drusi dagegen protestieren ließ; daß in Berlin die Bergarbeiterdelegierten sich als Vertreter ihrer deutschen Kameraden geriert und sich als Revolutionäre aufgeführt hätten. Schon im August desselben Jahres fand die den „Gewerksverein christlicher Vergleute“ vorbereitende Versammlung in Essen statt, im Oktober seine Gründung. Ihm folgten die Gründungen der anderen arbeiterspezifischen Zentrums-gewerksvereine. Auch ihre Väter haben sich verpekelt. Der alte Bergarbeiterverband hat heute mit über 112 000 Mitglieder den Zentrums-gewerksverein, der nur halb so viel Beitrags-einnahmen hat, weit überflügelt und soeben hat die Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes bewiesen, daß er vorwärts schreitet, seine Leitung, insbesondere der erste Vorsitzende Genosse Sachs trotz infamster Kerikaler Geze das volle Vertrauen der Verbändler besitzt. Im allgemeinen ist heute die Mitgliederzahl der freien deutschen Gewerkschaften den Zentrums-gewerksvereinen mehr als sechsmal überlegen. Also auch die Kerikale Spekulation auf Ueberwindung der modernen Gewerkschaftsbewegung ist eine verfehlte gewesen.

Der Verband der Portefeuller vollzieht nun mit Ende des Monats Juni die Verschmelzung mit dem Verbande der Sattler. Damit stellt auch die „Portefeuller-Zeitung“ ihr Erscheinen ein. Das am 2. Juli neuerscheinende gemeinsame Organ betitelt sich dann: „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“. Der bisherige Vorsitzende des Portefeullerverbandes, Genosse Weinkind, wird zweiter Vorsitzender des neuen Verbandes; erster Vorsitzender bleibt der bisherige Vorsitzende des Sattlerverbandes, Genosse Blum. Das Bureau des Verbandes befindet sich ab Ende Juni: Berlin SO., Brückenstraße 10 b.

Der „Verband der Hausangestellten Deutschlands“ hat sein Zentralbureau in Berlin SO. 16, Michaelkirchplatz 1 born 2 Treppen eröffnet. Dasselbe befindet sich auch die Redaktion und Expedition des „Zentralorgans“. — Alle Zuschriften sind zu richten an die Verbandsvorsitzende Fel. Ida Baar, Berlin SO. 16, Michaelkirchplatz 1, born 2 Treppen.

In der Stahlwarenfabrik Ernst Mandewirth in Solingen ist es zur Arbeitseinstellung gekommen. Die Firma hat schon seit langer Zeit versucht, die im Verufe der Taschen- und Federmesserbranche üblichen Preisverhältnisse (Tarife) zu umgehen und dies auch teilweise fertig gebracht. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband und der Industriearbeiter-Verband (Solinger Fachverein der Stahlwaren-Industrie) haben eine gemeinsame Aktion gegen die Firma eingeleitet und den Streik über dieselbe verhängt.

Ausland.

Der Konflikt im südwalisischen Kohlenbistritz.

London, 20. Mai. (Fig. Ber.) Die Minenbesitzer von Südwales erließen gestern einen Aufruf, in dem sie die von ihnen gestellten Bedingungen zu revidieren suchten. Ihr Hauptargument besteht darin, daß das Achtstundengesetz für Vergleute, das am 1. Juli in Kraft tritt, auf Verträge stößt, die zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern bis zum 31. Dezember 1900 abgeschlossen wurden und eine 54stündige Arbeitswoche vorsieht. Die Minenbesitzer sagen: „Das Achtstundengesetz ist das Ergebnis eines Drucks, den die parlamentarischen Vertreter der Arbeiter auf das Parlament ausgeübt haben. Die Minenbesitzer wurden vor Einbringung der Vorlage über die Wirkung einer derartigen Maßregel auf die Kohlenproduktion nicht befragt. Erst in den letzten Beratungen dieser Vorlage wiesen die Besitzer auf die Ungerechtigkeit hin, die ihnen dadurch zugefügt wurde, daß das Gesetz in Kraft treten sollte noch vor dem Ablauf der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossenen Verträge.“ Sie sagen weiter, daß in diesen Kohlengruben von Südwales die wirkliche Arbeit nur 6½ Stunden dauern werde; es lohne sich deshalb nicht, für 24 Stunden eine Verwahrung zu halten, Kumpen, Maschinen und Pferde in Gang zu setzen. Sie verlangen deshalb Doppelschichten. Das Gesetz gestattet ferner 60 Ueberstunden jährlich. Die Arbeiter sagen, von dieser Erlaubnis sei nur von Zeit zu Zeit, je nach Bedarf, Gebrauch zu machen. Die Arbeitgeber aber behaupten, es stehe ganz in ihrer Macht, die Ueberstundenzahl zu verteilen. Sie schlagen deshalb vor, je einen Tag der Woche — Donnerstag oder Freitag — eine Stunde länger zu arbeiten, d. h. 52 Stunden regelmäßig auf die 52 Wochen des Jahres zu verteilen, während die noch übrigbleibenden acht Stunden auf die Hochsaison kommen sollen. Schließlich kommt die Lohnfrage in Betracht. Die südwalisischen Besitzer behaupten, ihre Minen ertragen keine neuen Lasten. Sie beantragen deshalb eine Lohnreduktion entsprechend der Herabsetzung der Arbeitszeit. Kommt es bis zum 1. Juli zu keinem Ausgleich, so werden etwa 150 000 Vergleute ausgeperrt.

Straßenbahnerstreik und Aussperrung.

Aus Philadelphia wird unter dem 20. Mai telegraphiert: Die Straßenbahnfahrer und Schaffner der „Philadelphia Rapid Transit Line“ sind in den Ausstand getreten, worauf 3800 Mann von der Union ausgesperrt wurden. Die Leute verlangen höhere Löhne. Aufsperrungen sind nicht vorgekommen, da die Straßenbahnenwagen von der Polizei bewacht werden.

Versammlungen.

Der Zentralverband der Töpfer, Ortsverwaltung Berlin, hatte am Mittwoch eine Vertrauensmännerung einberufen, die sich mit den Zuständen auf den Bauten beschäftigte. Insbesondere handelte es sich um die strenge Einhaltung der tariflich festgelegten Bedingungen. In dieser Frage war es auf einzelnen Bauten bei bestimmten Arbeiten zu Differenzen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern gekommen. Auch brachte der Vorsitzende dokumentarisch belegte Fälle zur Sprache, wo die gelb organisierten Töpfer mit den Unternehmern Sonderverträge vereinbart haben, in denen sie erheblich unter die im Töpfergewerbe für Großberlin festgelegten Preise heruntergegangen sind. Ein Vertreter der Töpferträger, der anwesend war, wies noch auf die Notwendigkeit hin, seitens der Töpfer auf die unorganisierten Töpferträger in auslässendem Sinne einzuwirken. Beide Verbände müßten in dieser Hinsicht Hand in Hand arbeiten.

Zentralverband der Maurer. In der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung des Zweigvereins Berlin erstattete der Kassierer Bartenberg die Abrechnung vom ersten Quartal. In den Jahrestellen und Sektionen betragen die Einnahmen 152 470 M., die Ausgaben 82 006 M. Der Zweigverein hatte eine Einnahme von 83 006 M., eine Ausgabe von 29 157 M. Der gesamte Kassenbestand im Zweigverein, den Jahrestellen und Sektionen beträgt 54 448 M. — Für Unterstützungszwecke wurden ausgegeben: an Kranke 12 614 M., in besonderen Notfällen 19 281 M., Sterbegeld 3027 M., an Reisende 240 M., für Rechtschutz 1316 M., bei Streiks, Maßregelungen und Waußperren 3423 M. — Am Schluß des Quartals hatte der Zweigverein 8523 Mitglieder und zwar 5593 Maurer, 1705 Puffer, 1225 Gips- und Zementarbeiter. — Unter anderem teilte der Vorsitzende mit, daß nach Pfingsten eine rege Bauagitation veranstaltet wird, um die Kollegen wiederzugewinnen, die in der Zeit der Krise ihre Organisationspflicht vernachlässigt haben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Ende der Casablanca-Affaire.

Berlin, 20. Mai. Heute nachmittag ist im Auswärtigen Amt von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherrn von Schoen, und dem französischen Geschäftsträger, Baron von Verdheim, das Protokoll unterzeichnet worden, worin die beiden Regierungen ihr Bedauern über die durch ihre Beamten in Casablanca begangenen Mißgriffe erklären.

Der todfranke Eulenburg.

Salzburg, 20. Mai. (B. S.) Fürst Eulenburg wohnt mit Gemahlin und Dienerschaft im Hotel Girth in Bad Gastein unter dem Namen eines Grafen von Hamm. Er unternimmt mit Hilfe zweier Südde Spaziergänge.

Arbeiteranstände.

Brüssel, 20. Mai. (B. L. V.) In Scauxaines sind heute vormittag etwa 1000 Arbeiter der Steinbrüche wegen Lohnunterschieden in Ausstand getreten.

Grenoble, 20. Mai. (B. S.) Die Arbeiter der Anthrazit-Kohlengruben von Grand Ronse sind in den Ausstand getreten. Die Direktion der Gesellschaft gibt bekannt, daß sich sämtliche Arbeiter als entlassen zu betrachten hätten, wenn sie bis morgen die Arbeit nicht wieder aufnahmen.

Die Internationale der Grubenarbeiter.

„Willkommen in Berlin! Willkommen Ihr Genossen und Brüder aus Frankreich, Belgien, Oesterreich und Deutschland!“

Mit diesen Worten begrüßte der „Vorwärts“ am 13. Mai 1894 den in den Konfordia-Sälen (Andreasstraße) Berlins zusammentretenden 5. internationalen Kongreß der Grubenarbeiter. Der Leitartikel, dessen charakteristischer Stil den Genossen Liebknecht als Verfasser verrät, feierte die Bergarbeiter in ihrer Bedeutung als Hervorbringer der unentbehrlichen Rohprodukte und wies hin auf die entscheidende Rolle des Grubenproletariats im Befreiungskampfe der Arbeiterschaft überhaupt.

In der Tat bot ja auch der äußere Verlauf des 5. internationalen Bergarbeiterkongresses den Gegnern der internationalen Arbeiterverständigung mancherlei Stoff zu hämischer Kritik. Wäre es den Arbeiterfeinden um eine sachliche Würdigung zu tun gewesen, dann hätten sie allerdings betonen müssen, daß die Irrungen und Wirrungen der jungen Bergarbeiterinternationale nicht schlimmere seien wie die oft turbulenten Szenen sogar auf internationalen Kongressen von Wissenschaftlern.

führer bewiesen wurde. Daß die wiederholten erregten Geschäftsordnungsdebatten schließlich doch befriedigenden Abschluß fanden, dazu trug das öftere schlichtende Eingreifen unseres Sprachkundigen, mit dem englischen Parlamentarismus genau vertrauten Wilhelm Liebknecht wesentlich bei.

Wenn nun am zweiten Pfingsttag 1909 abermals die Internationale der Bergarbeiter in Berlin zusammentritt, so wird sich zeigen, daß wieder mal die Arbeiterfeinde falsch spekuliert haben. Inzwischen sind 15 Lehrjahre verfloßen, nicht ungenutzt von den Grubenproletariern. Sie haben gelernt, sich zu verständigen. Geschäftsordnungsdebatten wie die von 1894 sind schon seit Jahren auf keinem internationalen Bergarbeiterkongreß mehr vorgekommen.

Auf dem internationalen Kongreß 1894 erschienen 86 Delegierte aus Belgien, Frankreich, England, Oesterreich und Deutschland als Vertreter von circa 600 000 organisierten Bergarbeitern. Ein belgischer Delegierter, der inzwischen auch verstorbenen Genosse Dussieux, wurde von der Berliner Polizei ausgewiesen, bevor er nur ein Wort sagen konnte.

Kleines feuilleton.

Napoleon I. und die Arbeiterorganisationen. Als Napoleon erster Konsul wurde und als er sich dann die Kaiserkrone aufs Haupt setzte, waren die Arbeiter seine begeistertsten und treuesten Anhänger. Und doch ist Bonaparte niemals ihr Freund gewesen. In Lyon hatte Napoleon als Unterthanen einen Streik durch Waffengewalt unterdrückt; seit damals suchte er jeder Arbeiterorganisation Hindernisse in den Weg zu legen.

Opernhaus: „Tannhäuser.“ Es war kein Festspielabend, der uns am Freitag in die königliche Oper zu Richard Wagner's „Tannhäuser“ im Wagner-Zyklus führte. Zur Beurteilung dessen, was eine Bühne bedeuten, dienen solche Alltagsvorstellungen besser als die Paraden der Premierenabende.

Künstler kennen, der wenig tut und viel wirkt; seiner Darstellung des Wolfram von Eschenbach ist es nicht würdig, daß sie in einer Opernausgabe des „Tannhäuser“ hineingepreßt wird.

Verständlicher war die zumeist als „neu“ bezeichnete Ausstattung. Ramentisch das festliche Bild in der Sängerkirche läßt uns das Alltagsbild vergessen und erinnert an das, was uns Wagners Werk überhaupt bedeutet.

Humor und Satire. Der verkaufte Heine: „10 000 Mark hat man für mich gezahlt! Nun, dann kann man wenigstens diesmal nicht sagen, daß ich die Hohenzollern geschädigt habe!“

Der Abschied vom Sängerstreit in Frankfurt. (Wilhelm zu Bernbard:) „Sie wollen schon gehen, lieber Bernbard? Bleiben Sie doch noch! Sie können hier was lernen! Sie haben ja in Berlin gleichfalls einen sehr schwierigen „gemischten Chor“ zu dirigieren!“

Der neueste preussische Regierungserlaß verlangt vom 1. Juli 1909 ab von jedem in Preußen geborenen Untertanen einen Existenzberechtigungschein. Zu widerhandelnde werden ausgewiesen.

Königl. preussische Pädagogen. „Es geht nicht, meine Herren, Söhne der besseren Stände und Handwerkerkinder in einer Abteilung zu unterrichten! Denken Sie bloß an den Fall, daß etwa die Handwerkerkinder intelligenter sein sollten! Wo bliebe da der Respekt!“

Kindermund. Ein kleiner Junge hat sich von seinem Fräulein die Leidensgeschichte Christi erzählen lassen. Er erzählt davon seiner Schwester und schließt mit den Worten: „Weißt Du, daß der Heiland für mich gestorben ist, ist mir wirklich sehr peinlich!“

Abschied. (Kaplan zur Wirtshauserin:) „Ich entlasse Sie aus meinem Dienste nur schweren Herzens, Veronika! Der liebe Gott beschirme Sie auf Ihren ferneren Wegen, — und sollte uns der

Wir wissen uns einig mit der Berliner Arbeiterschaft und mit dem Proletariat ganz Deutschlands, wenn wir der Bergarbeiterinternationale zu ihrer Tagung ein brüderliches Willkommen! entbieten. Willkommen in Berlin, Ihr Genossen und Brüder! Glück auf zu Euren Beratungen! Mögen sie dazu beitragen, die Arbeiterschaft aller Länder weiter zu vereinigen zum Kulturkampfe gegen das internationale Ausbeutertum und gegen die militaristische Verhegung der Völker!“

5. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Dresden, 27. Mai 1909.

Vierter Verhandlungstag.

In der Abend Sitzung gab Sedemann-Mannheim den Bericht vom Gewerkschaftskongreß.

Er verweist besonders bei dem Punkt Grenzstreitigkeiten. Für die Organisation kommt nicht die äußere Form in Betracht, diese müsse sich vielmehr den Verhältnissen anpassen. Für unsere Kollegen ist ohne Zweifel die allgemeine Betriebsorganisation praktisch, weil unsere Laktik gegenüber den Stadtverwaltungen eine andere sein muß, als wie gegen andere Arbeitgeber.

Der fünfte Verbandstag beauftragt den Verbandsvorstand, auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß die Aufhebung des Absatzes 4 und 5 der Resolution betreffend Grenzstreitigkeiten zu beantragen.

Zum nächsten Gewerkschaftskongreß ist die volle, dem Verband zustehende Zahl von Delegierten zu entsenden.

Nachdem ein Schlußantrag angenommen wurde, kommt Genosse Bauer, Vertreter der Generalkommission, zum Wort. Er führte im wesentlichen aus: Neue Gesichtspunkte sind in der Frage wider

Allmächtige nochmals im Leben zusammenzuführen, so dürfen Sie niemals „Du“ zu mir sagen!“

Familiäres, allzu familiäres! (Wahres Geschickliches.) Auf der letzten Landwirtschaftlichen Ausstellung in Rüttich hatte man für den Besuch des Königs Leopold musikalische Ueberraschungen vorgesehen. In jeder der untereinander getrennten Abteilungen der Ausstellung, bei den Pferden, den Maschinen usw. war ein Musikkorps postiert worden, das den König bei seinem Eintritt mit dem jedesmal vorher festgesetzten Musikstück zu empfangen hatte.

Ob tout-on être „mieux qu'au sein de sa famille... So kann man sich wohl fühlen, als im Kreise seiner Familie?“

Notizen.

„Staatsbürgerlicher“ Jbidismus. Durch die Presse ging kürzlich die Meldung, eine melancholische Schwedin habe sich in New York erhängt, weil die Vektüre der Werke Henrik Ibsens, zumal der „Baumeister Solness“, ihr das geistige Gleichgewicht geraubt hätten! Die meisten Blätter haben von diesem welterschütternden Ereignis überhaupt nicht oder nur kurz referierend Notiz genommen.

Eine neue Radiumquelle, die den Preis des kostbaren Elements erheblich verbilligen würde, soll jetzt in Portugal aufgefunden worden sein. Ein englischer Ingenieur, Thomas G. W. Bower, erfuhr von der „Beilbringenden Kraft“, die einem kleinen Flusse zugeschrieben wurde. Er folgte dem Wasser bis zu der Höhe eines Hügel, wo die Wellen über gelbliche Quarzsteine hinfloßen.

Im Referat noch in der Debatte herbeigekreten. Es ist durchaus falsch, anzunehmen, die Generalkommission, wie die in Betracht kommenden Gewerkschaften seien über die Gründe der Gemeindegewerkschaften nicht unterrichtet. Den Gewerkschaften, die seit einem Menschenalter in der Bewegung stehen, dürfen Sie doch zutrauen, daß sie das nötige Verständnis besitzen. (Zuruf: Sie wollen's nur nicht verstehen!) Das ist eine Unterstellung, die auf den ein bezeichnendes Licht wirft, der sie gemacht hat. Die Generalkommission und der Gewerkschaftsverband seien als Gemeindegewerkschaften an, die in spezifischen Gemeindebetrieben tätig sind. Berufsarbeiter, die einmal in einem Gemeindebetrieb arbeiten, bleiben doch immerhin Angehörige ihres Berufes. Die Organisation nach Betrieben ist undurchführbar. Keine Organisation hat ein Interesse an der Aufteilung Ihrer Organisation. Man verwechselt ganz die Sachlage. Sie sind diejenigen, die in die berechtigten Interessen der anderen Gewerkschaften eingreifen, Sie wollen die anderen Gewerkschaften zerstückeln. (Zurufe.) Solange wir in der Hauptsache Privatbetriebe haben, solange müssen wir an der Berufsorganisation festhalten. Die Stimmung in Ihrem Verbands ist nicht dazu angetan, friedliche Zustände zu erzielen. Die Konsequenz Ihres Auftretens dürfte sein, daß Ihre Organisation von der Generalkommission losgelöst werden müßte. Das wäre eine erhebliche Schädigung für Sie. — Es ist der Vorwurf erhoben worden, auf dem Gewerkschaftsverband seien Schiedsungen vorgekommen. Das ist unrichtig. Es war eine Vorschlagsliste eingereicht worden und über die konnte der Vorsitzende nur abstimmen lassen. Von Ihnen ist es verfahren worden, dann noch den Genossen Moß vorzuschlagen, der wäre dann vielleicht noch gewählt worden. Die Genossin Heer ist nicht als Vertreterin der Blumenarbeiter gewählt worden, sondern weil man sie als einseitige Arbeiterin in den Gewerkschaften schätzte. Im Falle Haffel hat man der Generalkommission vorgeworfen, sie habe gegen ihre Prinzipien verstoßen, als sie empfahl, Haffel, der selbst nicht Gemeindegewerkschaftler ist, wieder aufzunehmen. Haffel hat doch, wie so viele, die nicht Gemeindegewerkschaftler sind, in Ihrem Verbands gearbeitet. In solchen Fällen kommt es eben darauf an, solche Leute, die ihren Fehler einsehen, wieder in die Gewerkschaften zurückzuführen, damit die Lokalorganisation nicht durch ihre Abweisung gefördert wird.

Da der Vorstand angegriffen wurde, verlangt der Vorsitzende das Wort, das selbe wird ihm nach längerer Geschäftsordnungsdebatte gegeben. Er führt aus: Die Interessen des Verbandes sind von mir in den Vorstandskonferenzen und Gewerkschaftsausschüssen stets vertreten worden. Ebenso beim Abschluß von Kartellverträgen. Nicht auf die Schärfe der Ausführungen, sondern auf entsprechende Wahrung unserer Grundsätze kommt es an. Auf dem Gewerkschaftskongress in Hamburg habe ich in gleicher Weise operiert. Gegen die Zurücksetzung bei der Kommissionsberatung der Grenzstreitigkeiten habe ich in angemessener Weise protestiert, wie dies das Kongressprotokoll beweist. Aus diesem Grunde weise ich alle Vorwürfe gegen den Verbandsvorstand zurück.

Knoll, Vertreter des Steinseherverbandes, verlangt ebenfalls das Wort zu einer Erklärung. Er stellt zuerst richtig, was er auf dem Gewerkschaftskongress zu Punkt 4 der Grenzstreitigkeitenresolution gesagt habe. — Die Steinseher in den Gemeindebetrieben müßten sich unbedingt ihrer Berufsorganisation anschließen, um bei Lohnbewegungen geschlossen dazustehen. Bei den Ausführungen Bauers wurde der Zuruf „Streikbrecher“ gemacht. Ich nehme nicht an, daß damit gesagt sein soll, daß die Steinseher als Streikbrecher in Betracht kämen, wo es sich um Lohnbewegung der Gemeindegewerkschaft handelt. Dafür kann kein Beweis erbracht werden. Gerade hier sind seit 21 Jahren die Regierarbeiter Mann für Mann in unserem Verbands. Auf uns trifft das nicht zu, daß wir erst die Steinseher verlangt hätten, als sie von den Gemeindegewerkschaften organisiert waren. Man sollte uns doch nicht die kleinlichsten Beweggründe unterstellen. Für uns handelt es sich hier nicht um eine Form, sondern um eine Lebensfrage. Mehrfach liegen Fälle vor, wo Regierarbeiter Streikarbeit für andere gemacht haben. Daraus ergibt sich mit Notwendigkeit, daß beide Gruppen zusammenarbeiten müssen. Sie müssen die Gründe der anderen Organisationen achten.

Heemann erwidert Knoll, daß er ausdrücklich gesagt habe, dort wo die Interessen der Regierarbeiter in anderen Verbänden besser vertreten werden können, sollten sie sich in diesen organisieren. Diesen Verbänden solle der Lebensfaden nicht abgekürzt werden. Im allgemeinen aber müsse der Gemeindegewerkschaftsverband maßgebend sein. Wir haben Moß nicht vorgeworfen, daß er auf dem Kongress nicht richtig gehandelt habe. Ich habe nur die Haltung gegenüber der Generalkommission namentlich im Falle Haffel mißbilligt. Die Ausführungen Bauers beweisen, daß die Generalkommission noch immer auf ihrem alten Standpunkte steht. Sehr bezeichnend ist der Machtpokerstandpunkt, den sie einnimmt: Wenn Ihre Sache nicht läßt, dann werdet Ihr ausgeschlossen! Wir wollen ja nur die Anerkennung unserer Gleichberechtigung gesichert haben. Nun ist gesagt worden, auf dem Gewerkschaftskongress seien wir nicht benachteiligt worden. Es war gut, daß Bauer Wert darauf legte, zu sagen, Moß wäre vielleicht gewählt worden, wenn wir ihn noch vorgeschlagen hätten. Ich habe die Ueberzeugung, daß das nicht der Fall gewesen wäre. Wir hatten zuerst Moß mit vorgeschlagen. Dann wurde gesagt, man solle sich unter den verschiedenen Gewerkschaften über die Vorschläge verständigen. Man verständigte sich dann so, daß man uns ausschloß. Als dann die Verständigung erzielt war, war es unmöglich, in dieser Liste noch eine Veränderung zu treffen. Wäre man uns gegenüber nicht voreingenommen, dann hätte man Moß immer noch hören können. Moß hat, wenn ich nicht irre, an den Vorsitzenden der Kommission das Ansehen gestellt, wenigstens den Standpunkt des Verbandes zur Geltung bringen zu können und das ist sogar abgelehnt worden. Wie man uns unterstützen kann, wir wollten gegen die Beschlüsse des Kongresses verstoßen, ist uns unerfindlich, und die Drohung mit dem Hinauswerfen ist durchaus nicht im Interesse der Gewerkschaften. Die moralische Einbuße wäre dann noch größer als der Nutzen, den einige Organisationen durch den Mitgliederzuwachs erhalten können. Wir verstoßen nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit. Der Inhalt der Organisation geht über die Form. Die Handlamer und Arbeitgeberverbände haben das besser herausgefunden als die Generalkommission. Sie fürchten, daß wenn die Forderungen des Gemeindegewerkschaftsverbandes durchgesetzt würden, die Privatunternehmer auch gezwungen würden, Konzessionen zu machen. Man muß dem Verband seine Existenzmöglichkeit nicht untergraben, man darf ihn nicht unterdrücken, sondern sollte ihn unterstützen, nicht nur im Interesse der städtischen Arbeiter, sondern im Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Bürger erstattet Bericht über die Arbeiten der Kommission zur Agitation und Organisation des Pflegerpersonals.

Er begründet eine längere Resolution und empfiehlt deren Annahme. Die Debatte gestaltete sich recht lebhaft. Namentlich wird über die Höhe der Beiträge gestritten, wo einige Redner besonders für niedrige Beiträge eintreten. Unter Hinweis auf die christliche und sozialistische Organisation empfiehlt Moß die Gleichstellung dieser Berufsgruppe mit den übrigen Mitgliedern in der Beitragshöhe.

Die folgende von Moß vorgeschlagene Resolution gelangt dann zur Annahme:

Der Verbandsrat erklärt, daß zur Durchführung der Organisationsarbeit unterer Krankenpflege, Bade- und Massagepersonal weitgehende Maßnahmen erforderlich sind. Der Verbandsvorstand wird daher beauftragt:

1. Wenn irgend möglich, soll der Hauptvorstand dafür Sorge tragen, daß sich ein eventuell zwei Verbandsbeamte vorzugsweise dieser Organisationsarbeit im Reich widmen.

2. Zur Förderung und Unterstützung der Werksarbeiter empfiehlt sich die besondere Kennzeichnung der Mitgliedsbücher des Anstaltspersonals usw. durch Stempel oder Wuchdruck:

Selbstn. Krankenpflege, Bade- und Massagepersonal . . . (Ordnung.)

3. Die Sanitätswärter soll mehr fachwissenschaftliche Artikel bringen.

4. Der Stellennachweis ist weiter auszugestaltet. Insbesondere soll der Stellenstellennachweis mit den örtlichen Verbändenstellen in engere Verbindung treten.

Ferner gelangt ein Passus der Kommissionsresolution zur Annahme, der den Filialen das Recht einräumt, in besonders gelagerten Fällen die nächstniedrigen Beitragssätze, das heißt 35 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder einzuführen. In der Freitagssitzung wurde der Bericht der Statutenberatskommission gegeben. Da die Beitragserhöhung abgelehnt wird, muß die Kommission nochmals arbeiten.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlag von J. G. B. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Vorkäuser des neueren Sozialismus, von Karl Kautsky.** Zweite, durchgesehene Auflage.

Erster Band: **Kommunistische Bewegungen im Mittelalter.** Preis broschiert 2,50 M., geb. 3 M.

Zweiter Band: **Der Kommunismus in der deutschen Reformationszeit.** Preis broschiert 2,50 M., geb. 3 M.

Diese beiden Bände bildeten früher den ersten Teil der von Kautsky, Mehring und anderen herausgegebenen Geschichte des Sozialismus in Einzeldarstellungen. Eine Neuauflage des Gesamtwerkes wurde fallen gelassen; aus praktischen Gründen ist es in einzelne Bände zerlegt worden, die in selbständiger Form erscheinen, wie es bereits mit Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und Vernsteins Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution geschehen ist.

In den oben angezeigten beiden Bänden werden den Lesern eines der bedeutendsten Werke Kautskys dargeboten, die sich in unmittelbarer Folge an den Ende 1908 erschienenen Ursprung des Christentums anschließen. Diese Arbeit steht im engsten Zusammenhang mit der vorliegenden, wie Kautsky in seiner Vorrede bemerkt. „Die geschichtlichen Zusammenhänge, die ich in dieser entdeckt, haben mir auch als Leitstern in jener gedient. Beide Arbeiten stützen einander. Wer die eine kritischer will, muß auch die andere in Betracht ziehen.“

Sozialisten im türkischen Parlament.

In der Sitzung vom 26. Mai verhandelte (wie schon im Auslandsbeil. telegraphisch gemeldet wurde) die türkische Kammer das Streikgesetz. Während der Minister des Innern die Kammer warnte, sozialistische Bahnen zu betreten, hörte man zum ersten Male im türkischen Parlament sozialistische Reden. Es waren unsere armenischen Genossen von der Partei „Dschunalzujum“, die die Grundzüge des Sozialismus verteidigten. „Dschunalzujum“ ist die stärkste Partei in Armenien. Der größere Teil der armenischen Deputierten im Konstantinopeler Parlament besteht entweder aus Mitgliedern dieser Partei oder aus Personen, die mit ihr sympathisieren.

Aus Industrie und Handel.

Zur Wirtschaftslage.

Wenig hoffnungsfroh wird die Wirtschaftslage in Kreisen des Baugewerbes beurteilt. Die „Baugewerkszeitung“ schreibt in ihrer Nummer vom 29. Mai:

„Wir haben seit Monaten die Ansicht vertreten, daß eine schnelle Belebung des Baumarktes nicht zu erwarten sei und hieran festgehalten, wiewohl aus Kreisen, die hieran interessiert sind, für eine andere Auffassung Stimmung gemacht wurde. Unter dem 15. Mai haben wir die Aussichten des Baugewerbes an der Hand der Tatsachen nochmals näher darlegen lassen. Eine Besserung der Verhältnisse wird sich nur allmählich einstellen. Sie wird vor allem von dem Aufschwung der führenden Industrien und der Stärkung des Geldmarktes für langfristige Anlagen abhängen, der durch den Kapitalbedarf der letzten Jahre und die Anleihenwirtschaft des Reiches und Preußens noch immer geschwächt ist. Ueber die Auffassungen, welche bei ruhigen Beurteilern der Börse herrschen, wird uns das folgende geschrieben:

Die lebhaften Hoffnungen auf eine Belebung der allgemeinen Wirtschaftslage, die sich bei Beginn dieses Jahres überall geltend gemacht hatten, sind bis jetzt bedauerlicherweise nur zu einem kleinen Teil in Erfüllung gegangen, trotzdem das Frühjahr, das doch stets die günstigste Zeit für ein Wiedererwachen der geschäftlichen Regsamkeit bedeutet, bereits so gut wie vorüber ist.

Nur in einzelnen Industriezweigen, wie zum Beispiel in der Webstoffbranche, ist der Geschäftsgang lebhafter geworden. Auch die Elektrizitätsindustrie ist weiter gut beschäftigt. Schnell verschwinden sind dagegen die Anzeichen einer Belebung in der Eisenschmelz- und Kohlenindustrie, die den stärksten Bestandteil der deutschen Volkswirtschaft darstellt. Hier stehen neuerdings — im Gegensatz zu dem Optimismus der Börse — die Klagen über unzulängliche Beschäftigung und besonders auch über schlechte Preise wieder auf der Tagesordnung, und auch die Kohlenbergwerke leiden weiter unter Absatzmangel, besonders in Köln, als Folge der anhaltend ungünstigen Lage der Eisenindustrie.

Die Ursache dieser unerfreulichen Erscheinung liegt zum großen Teil an dem Ausbleiben der sehnlich erwarteten Belebung des Baumarktes. Wohl ist hier und dort das Terrain und besonders auch das Baugeschäft in den letzten Monaten etwas lebhafter geworden, indessen bleibt das Maß dieser Belebung, besonders in den großen deutschen Städten, ganz erheblich hinter den Erwartungen und namentlich auch hinter dem zurück, was man wirklich als einen nachhaltigen Wiederaufschwung der Bautätigkeit bezeichnen könnte. . . .

Ganz anders beurteilt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ — Nummer vom 29. Mai — die Verhältnisse. Sie schreibt also:

„Daß die Bautätigkeit nach der besonders intensiven Winterpause sich um so kräftiger entfalten würde, das war wohl erhofft und zum Teil auch erwartet worden; die tatsächliche Besserung aber, die im Frühjahr eingetreten ist, übertrifft doch auch die berechtigten Erwartungen. Ein Blick auf das Gepräge des Arbeitsmarktes im Baugewerbe während des Monats April zeigt, daß in diesem Monat ein Umschwung einsetzte, wie ihn nur selten ein Monat gebracht hat. kamen im März auf je 100 offene Stellen für Bauarbeiter 235 Arbeitsjünger, was für den Monat März allerdings als ausnahmsweise hoher Andrang gelten muß, so verminderte sich der Andrang im April auf 128,4, so daß das Angebot noch um 26 Proz. über die Nachfrage hinausgeht. Erwähnenswert ist dabei vor allem, daß der Andrang auch schon wieder erheblich geringer ist als im Vorjahr, während in den Vormonaten wie überhaupt das ganze Jahr 1908 hindurch eine beträchtliche Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr bestanden hatte. Im April 1908 hatte der Andrang stellenfressender Bauarbeiter nämlich 180 betragen. Auch die Arbeitslosenzahlungen des Bauarbeiterverbandes bestätigen einen bemerkenswerten Umschwung. Die Arbeitslosigkeit der organisierten Bauarbeiter ging von 16,8 Proz. im März auf 3,3 Proz. im April zurück. In allen Gegenden war die Belebung zwar nicht gleichmäßig stark, aber jedenfalls macht von der Besserung kein einziger Landesteil eine Ausnahme. Es gibt sogar wieder eine ganze Reihe von Gegenden, in denen das Angebot von Bauarbeitern hinter der Nachfrage zurückbleibt, und zwar sind dies hauptsächlich Pommern, Provinz Sachsen, Hannover, die Stadt Bremen und Elb-Lothringen. In letzterem Landesteil ist diese Erscheinung um so auffälliger, als im März noch ein Andrang von 228,7 bestand. Niedriger als im Vorjahr war der Andrang im Baugewerbe vornehmlich in den Provinzen Westpreußen, Pommern, Posen,

Schlesien, Sachsen, Hannover, Hessen-Nassau, ferner in Bayern, dem Königreich Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Bremen, Hamburg und Elb-Lothringen.“

Gegen das Agrarierkartell.

Die Organe, die das Agrarierkartell mit seinen Steuerplänen feiert, hat nun auch die Industriellen und Kaufleute auf den Plan gerufen. Sie wollen verbündet die Politik der absoluten Schonung der agrarischen Schultern bei der Aufbühung neuer Steuern bekämpfen. Allerdings, die junkerlichen Attentate auf die breite Masse des Volkes haben die Herrschaften getreulich mitgemacht, nur weil es ihnen jetzt selbst etwas stark an den Krügen gehen soll, mühen sie auf. Man hatte wohl auf den Dank der Agrarier gerechnet für die Mithilfe bei der Bemüherung des Volkes, aber die Liebesgabenempfänger sind mit Gefühlsballast nicht beschwert, sie wollen nicht zahlen, darum müssen andere bluten. Und da man dem arbeitenden Volke nicht alles aufspaden kann, sollen Industrie und Handel den Rest tragen. Daher die Empörung! Die Industriellen haben ein gemeinsames Vorgehen mit der Kaufmannschaft angeregt. Dazu nahm der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller Stellung und beschloß folgende Resolution:

„Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller begrüßt auf das wärmste die bevorstehende Bildung einer Interessengemeinschaft zur Wahrung und zum Schutze der Interessen für Handel und Industrie. Er erklärt seine Bereitwilligkeit zur tatkräftigsten Unterstützung aller in dieser Richtung gehenden Bestrebungen, in der Erkenntnis, daß die immer stärker zutage tretende Wirtschaft der Existenzbedingungen des heimischen Gewerbestandes allmählich zu einer derart eminenten Gefahr für die Grundlagen unserer Volkswirtschaft und Volkswohlfahrt geworden ist, daß die Bildung einer geschlossenen und entschlossenen Abwehrphalanx zur dringenden Notwendigkeit wird.“

Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller erwartet von dem deutschen Bürger und Gewerbetreibenden die regste Unterstützung dieser zur Schaffung einer einheitlichen Kampf- und Abwehrorganisation eingeleiteten Bewegung.“

Der von dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller geleitete und gegenwärtig 106 Verbände umfassende Zentralausschuß Berliner Kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine ist auf den 2. Juni d. J. zu einer Plenarsitzung einberufen, um ebenfalls zu der durch die Beschlüsse der Finanzkommission des Reichstages geschaffenen Situation Stellung zu nehmen.

Auch der Ausschuß des deutschen Handelstages, der am 4. und 5. Juni in Magdeburg eine Sitzung abhält, will sich mit der Materie beschäftigen.

Um es gleich zu sagen: Ziel erwarten wir von der Kampf- bewegung nicht. Mit den Agrariern und Ultramontanen ernsthaft anzubinden, dazu rafft sich das Specker-, Bürger- und Scharf- machertum nicht auf. Gern werden wir uns rektifizieren, befrüchten aber: es wird nicht nötig sein.

Der Deutsche Verband Kaufmännischer Vereine hielt am 28. und 29. Mai zu Eisenach seine Hauptversammlung ab. Er sprach sich erneut aus für reichsgesetzliche Festsetzung völliger Sonntagsruhe, Adultralschlus, neunstündige Höchstarbeitszeit in den Kontoren, Handelsinspektoren, staatliche Rentenversicherung der Privatangestellten, gründliche Ausbildung der Lehrlinge, Förderung des Fortbildungsschulwesens usw. und befristeter Erhöhung des nicht pfändbaren Gehalts von 1500 M. auf 1800 M. als den heutigen Verhältnissen entsprechendes Existenzminimum.

Steinkohlen an der holländischen Grenze. Das Steinkohlenflöz, auf dem der Ruhrkohlenbergbau entstanden ist, nimmt nach den Vermutungen einiger Geologen seine Fortsetzung nach Westen, nach dem Wacener Revier und nach Holland. Insbesondere die letzten Jahre haben am Rhein, hauptsächlich auf dessen linkem Ufer, große Kohlenauflüsse gebracht. Auch in der Wacener Gegend sind die Bohrungen von Erfolg begleitet gewesen. Das hatte zu Bohrversuchen in Holland Veranlassung gegeben, an denen sich auch die dortige Regierung beteiligte. Wie jetzt aus Amsterdam gemeldet wird, ist bei den stollischen Bohrversuchen in Winterswol das Steinkohlenflöz in einer Tiefe von circa 600 Meter angetroffen worden.

Blei- und Zinkhubikat. In der Generalversammlung der Stolberger Zinkhütte wurden Mitteilungen über das internationale Zinkhubikat gemacht. Der Beitritt der Bergwerksgesellschaft Georg v. Giesch's Erben zum internationalen Verband wurde bestätigt. Eine fernere Erweiterung hat das Syndikat noch durch den Hinzutritt der Merionischen Interessen in England erfahren. Ein Verband der Bleiproduzenten sei offiziell noch nicht in der Schmelze; jedenfalls hätten die großen rheinischen Bleihütten bisher noch keine Aufforderungen zu einem Beitritt erhalten.

Soziales.

Arbeiterkrankheiten in Kunstseidefabriken.

Zu den vielen Betrieben der chemischen Industrie ist in den letzten Jahren eine neue Gruppe hinzugekommen und hat rasch eine große Ausdehnung erlangt, die der Kunstseide- und Glasstofffabriken. Sie stellen Gewerbe von stark seidenartigem Glanz und Griff aus reiner oder nitrierter Zellulose her, die aus Lösungen im Zustande feinsten Fäden gewonnen wird. Man schätzt die hauptsächlich in Deutschland, Frankreich und Belgien entstandene Kunstseideproduktion auf 8000—9000 Kilogramm pro Tag. Sie wirkt für die Unternehmer eine glänzende Dividende von meist 25—30 Proz. ab. Aber den Arbeitern bringt die Beschäftigung in diesen Betrieben neben dem geringen Lohn sehr oft schwere, langwierige oder nie weidende Zerrüttung ihrer Gesundheit. Die Erkrankungen sind nicht so akuter Art wie die, von denen die Arbeiter in Thomashüttenmahlen, Zementfabriken, Chloralkali-, Schwefelsäure-, Salpetersäure- und Dynamitfabriken betroffen werden. Es sind vielmehr hauptsächlich Leiden des Zentralnervensystems, die unter sehr verschiedenen Symptomen als Neurosen, Lähmungen, Hysterie usw. auftreten und oft zu unheilbaren Schäden führen, ähnliche Erscheinungen, wie sie auch zuweilen bei Arbeitern in den Kullanhüttenräumen der Gummifabriken vorkommen. Riemlich gleiche Ursachen rufen in beiden Betriebsarten diese Erscheinungen hervor: die Dämpfe von Schwefelkohlenstoff und ähnlichen Lösungsmitteln, denen diese Arbeiter ausgesetzt sind. Namentlich die an den sogenannten Mutterfässern in der Sulfidierung der Kunstseidefabriken beschäftigten Arbeiter haben unter der Giftwirkung dieser Stoffe zu leiden, weil die Dämpfe des beim Öffnen und Entleeren der Trommeln aus denselben verdampfenden überschüssigen Schwefelkohlenstoffes wegen ungenügender Absaugung in den Arbeitsraum dringen können. Denn die maschinellen Einrichtungen sind meist ungenügend, um beim Öffnen der Trommel eine sicher automatische wirkende, kräftige Absaugung des überschüssigen Schwefelkohlenstoffes aus der Trommel durch einen Trichter nach unten zu bewirken und so ein Eindringen der Dämpfe in den Arbeitsraum zu verhindern und in diesen eine vollständige Ventilation herzustellen. Neben dieser maschinellen Vervollständigung hat hier die Hygiene unbedingt noch zwei Forderungen zum Schutz der Arbeiter zu stellen: 1. die Beschränkung der Arbeitszeit in diesen Räumen auf 6, höchstens 8 Stunden pro Tag, und 2. häufigen Schichtwechsel in denselben, so daß jeder Arbeiter, der in der Sulfidierung acht Tage gearbeitet hat, die nächsten acht Tage in einer anderen Betriebsabteilung oder im Freien beschäftigt wird. Da ohne besondere Bundesratsverordnung eine Beschränkung der Arbeitszeit nicht angeordnet werden kann, ist auf baldigsten Erlass einer solchen zu drängen. Es wäre mit einer Aufgabe für die zu Pfingsten nach Frankfurt a. M. einberufene Konferenz der in den chemischen Fabriken beschäftigten Arbeiter, auch diese Forderung, von deren Notwendigkeit man sich in den bei Frankfurt a. M. selbst in Betrieb stehenden Kunstseidefabriken eingehend überzeugen kann, zu stellen.

Vermischtes.

Der Raubmord auf dem Brocken.

Am Ort der Tat wurde vorgestern Herloher Meldung zufolge ein gerichtlicher Lokaltermin abgehalten. Dann begab sich die Gerichtskommission mit der Begleitung und dem Vater des Ermordeten zum Brockenhotel, wo der Wirt und das Personal vernommen wurden. Es wurde festgestellt, daß ein Gast, der das Besitzen eines Tausendmarktscheines des Ermordeten mitangegeben hatte und sich dann rasch aus dem Hotel entfernte, ein Mann mit Namen Engelhardt ist, der vor kurzer Zeit aus dem Zuchthaus entlassen wurde und in Schierke in Arbeit stand. Engelhardt war vor einigen Tagen aus Schierke verschwunden und logierte die Nacht vor dem Morde im Brockenhotel.

Die Polizei steht auf dem Standpunkt, daß er der Täter ist. Vorgestern wurde während des ganzen Tages der Brocken unter Zuhilfenahme von Polizeihunden abgesucht. Die Arbeit wurde aber sehr erschwert, da durch den heftigen Regen der letzten Tage der Boden vollständig durchweicht war und die Spuren verwischt sind. Gestern nachmittag traf auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Halberstadt eine Gerichtskommission in Begleitung eines medizinischen Sachverständigen ein, der die Obduktion der Leiche vornahm.

Die Wahnsinnstat eines Amerikaners in Paris. Aus Paris wird gemeldet: Im Restaurant zum „Vere Tranquille“, einer kleinen Weinstube in der Nähe der Hallen, hat gestern nacht der reiche Amerikaner David Henderson aus New-York in Gegenwart seiner Familie nach einem fröhlichen Gelage seine älteste Tochter erschossen

und dann sich selbst getötet. Als die Polizei ins Zimmer drang, fand sie die beiden Leichen zwischen Scherben und Champagnerflaschen und Resten eines reichen Mahles am Boden liegen. Es wird angenommen, daß Henderson im Wahnsinn gehandelt hat.

Amflicher Marktbericht der kaiserlichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Warklage:** Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise unverändert. **Wild:** Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise auf. **Geflügel:** Zufuhr genügend, in Gänzen reichlich, Geschäft noch lebhaft, Preise jedoch teilweise nachgebend. **Fische:** Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, tote Flussfische und Seefische schwer absetzbar. Preise für lebende Fische niedriger, für tote Fische und Seefische höher. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise nachgebend. **Gemüse, Obst und Süßwaren:** Zufuhr reichlich, Geschäft still, doch Bestände nicht geräumt. Preise wenig verändert.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den **4. Berliner Reichstagswahlkreis** Köpenicker Viertel **Bezirk Nr. 202 Teil II.** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Pastoral **Oskar Sprenger** Oberbaumstr. 6 gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Dienstag, den 1. Juni, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Zentralfriedhofe in Friedrichsfelde statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 218/5

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlreiche Berlin. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege **Oskar Sprenger** Oberbaumstr. 6, Bezirk 4, verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Dienstag, den 1. Juni, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Zentralfriedhofe in Friedrichsfelde statt. Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.** 74/17

Allgemeiner deutscher Gärtner-Verein Bezirk Berlin Westen. Am Donnerstag, den 27. Mai, verstarb unser Mitglied, der Kollege **G. Neubauer** an Luftröhrenentzündung. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Wilmersdorfer Friedhofes, Berliner Straße aus statt. **Die Ortsverwaltung.**

Am Freitagabend starb unser lieber Mitarbeiter, der Faktor **Karl Hochheim** im 60. Lebensjahre. Seinem aufrichtigen Charakter werden wir ein treues Andenken bewahren. **Das Personal der Druckerei Otto v. Holten.** Die Beerdigung findet am 1. Juni, um 1 1/2 Uhr, auf dem Zentralfriedhofe in Friedrichsfelde statt. 285/6

Am Donnerstagabend verstarb nach langen Leiden mein lieber Freund, der Schriftsetzer **Paul Haase** im 42. Lebensjahre. Beerdigung: Freitag, nachm. 2 Uhr, auf dem Andreas-Nirchhofe in Wilhelmshagen. 287/15 **Rudolf Schenk.**

Dankagung. Für die herzliche Teilnahme und Blumenpenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, Bruders und Schwagers **Richard Häusler** sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank. 285/4 **August Häusler** nebst Familie.

Dankagung. Für die vielen Kranzpenden und innige Teilnahme meines vielgeliebten Mannes **Richard Häusler** sage ich allen, besonders den Genossen des Bezirks 723c, dem Transportarbeiterverband, den Chefs und Kollegen der Firma Pfeilspiegel meinen herzlichsten Dank. 285/35 **Witwe Helene Häusler.**

Empfehle den Genossen mein **Sargmagazin** Liefere nach allen Stadtteilen. **Otto Löwenstein** vorm. Schlitz, Fruchtstraße 39. Gde. St. Frankfurter Straße.

Für die Beweise herzlichster Teilnahme und die Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters **Stephan Krollkowsky** sage ich allen Beteiligten meinen innigsten Dank. 285/75 **Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Martha Krollkowsky.**

Dr. Simmel Spezial-Arzt 62/9* für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Die Harnleiden Ihre Gefahren, Verhütung und Beseitigung von **Dr. med. Schaper, BERLIN - Preis 1 Mark.** 1000 Tausend **Verlag Max Richter, Frankfurt (Oder) Bismarck-Platz**

Von der Reise zurück **Freischmidt, prakt. Arzt, Mundarzt u. Geburtshelfer** Charitè-Berlinerstr. 98, C. Lohmeyerstr. Sprechstunden 9-10, 5-7.

Hygienische Bedarfsartikel, Neuest. Katalog **Dr. med. v. A. Unger, Gummiwarenfabrik** Berlin NW., Friedrichstr. 91/92

Billigste Bezugsquelle gedieg. Trauergarderobe **Westmanns** Trauer-Magazin Berlin W., Mohrenstr. 37a NO., Gr. Frankf. Str. 115. Genauste Beachtung meiner Firma u. Hausnummer geboten!

Frack Verleih-Institut: Friedrichstr. 115/1, a. Draßg. Lor. Eleg. Frack, Gehrock 1.50, Dose 1.00, Bette 50 Pf.

Heber **100 Morgen** neu erschlossenes Gelände, 5 Minuten vom Bahnhof **Kaulsdorf** in nächster Nähe d. Bundes-Schützenaufsch. **20 Pfennig - Tour.** R. von 12 M. an. Vertreter auf dem Gelände. **Nieschalke & Nitsche** Berlin, Neue Königstr. 16.

Reise- & Inventur-Ausverkauf unter ganz besonders günstigen Bedingungen!!! Sie müssen sich das ansehen, meine Damen!!! Die modernsten, schicksten u. gediegensten Fassons in den neuesten Stoffen **bedeutend unter Herstellungswert!** Nur Einzelverkauf an Private! **Das Neueste der Saison!!!** Der Ausverkauf beginnt **Dienstag, den 1. Juni**, und kann nur wenige Tage dauern! **Kostüme** □ **Mäntel** □ **Jackets** □ **Waschkleider** **Miederz.** □ **Prinzeßz.** □ **entre-deux-Röcke** □ **Paletots** **Blusen** □ **Kimonos** □ **Fichus** **Leinen-, Bast-, Batist-, Rips-Konfektion** □ **Reise-Konfektion** **Wetterfeste Regenmäntel** □ **Gummimäntel** □ **Lodencapes** **Kostüme für Gebirge, Strand, Promenade, Reunion.** Wert bis M. 18.-, M. 25.-, M. 40.-, M. 53.-, M. 78.-, M. 120.-, usw. bis M. 600.- für kurze Zeit nur M. 4.-, M. 6 1/2, M. 9.-, M. 12.-, M. 18.-, M. 25.- usw. bis M. 120.- **2. Feiertag geöffnet 8-10, 12-2 Uhr.** **Spezial-Konfektionshaus Westmann** Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a { kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemstraße, und Berlin NO., Große Frankfurter Straße 115 { kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße, Man beachte genau meine Firma und Hausnummer!

J. Baer Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung. Eleg. Palotots u. Pelorin. Großes Stofflager zur Anfertigung n. Maß **Allerbilligste, streng feste Preise.**

S. Hammerstein, Berlin N. 54, Brunnenstraße 181, -Gründet 1892- **Rohtabak x Utensilien** hält sein reichl. Lager von allen Sorten Tabak in jeder gemäßigten Preislage bestens empfohlen.

Heinrich Franck Tel.: Amt III 4832. Brunnenstraße 185. 8-7 Uhr geöffnet. **Außerordentlich preiswerte Rohtabake:**

Java leicht, blattig	Carmen leicht, blattig	Domingo leicht, blattig	Uckermärker leicht, fein
80 Pl.	80 Pl.	80 Pl.	85 Pl.

Zusendung in Berlin kostenfrei und schnellstens. **Besichtigen Sie bitte im eigenen Interesse! meine anerkannt große Auswahl**

S. Kaliski frühere Firma Baby **1. Kleiderstr. 21, am Wittenbergplatz** **2. Brunnenstr. 173, 4te Zwischentr.** **3. Chausseestr. 50, an der Köpenick** **4. Brunnenstr. 92, an der Köpenick** **5. Frankfurterstr. 115, Köpenick** **6. Oranienstr. 2a, an der Köpenick** **7. Belle-Alliancestr. 107, a. Hell E.** **8. Bismarckstr. 18, an der Köpenick** **9. Rixdorf, Rixdorfstr. 66.** **Brennabor etc. 13.50, 18-20.** **Teilzahlung gestattet bei 2 Raten Kassapreise Nähmaschinen auch ohne Anzahlung 1.00 wöchentl. an. Fik. u. Rückversicherung gratis. Vertreter kommt auf Wunsch.** **Naumann, Brennabor etc.**

W. Hermann Müller, Berlin, Magazinstr. 14. **Sumatra Decke Nr. 6198** a 1,70 R. verzollt. **Java-Sumatra Nr. 6195** a 2,50 R. verzollt. **Goldblätter mit guten Farben und feinem Brande.** **Schöne Vordermohnungen:** 4 Stuben, Balkon, Küche, Bad, groß, billig, sofort, 2 Stuben, Küche usw., billig, groß, sofort. **Freundliche Hintermohnungen:** 1 und 2 Stuben, Küche, billig, sofort Rixdorf, Kaiser-Friedrich-Str. 63.

W. Hermann Müller, Berlin, Magazinstr. 14. **Sumatra Decke Nr. 6198** a 1,70 R. verzollt. **Java-Sumatra Nr. 6195** a 2,50 R. verzollt. **Goldblätter mit guten Farben und feinem Brande.**

Teppdecken **Teppiche** **getrene echter Perser** Kopien von wunderbarer Farbenpracht auf beiden Seiten benutzbar. **Ungedrehte Größe**

90x185 cm M.	3,75 (bisch. 6,00)
120x200 "	5,50 (" 8,25)
160x230 "	8,75 (" 12,75)
200x300 "	12,75 (" 18,50)
250x350 "	21,50 (" 28,50)
300x400 "	28,75 (" 39,00)

Passende Bett- u. Pult-Teppiche Stück 75 Pf., 1,00 und 1,50 M. **Nachauswärts per Nachnahme.**

Teilzahlung monatlich 10 R. **vieler Herren-Garderober nach Maß (billigste Preise).** **J. Tomporowski, Lindenstr. 110, 2. Etage.** Nähe Belle-Allianceplatz. **Raffe 10%, billiger.**

Edison-Goldphonos statt 1 R. nur 75 Pf. **in Doppelstahlplatten** statt 3 R. nur 1,60 R.; **10 St. a 1,50 R.** **Umlauf-Plattenspieler** v. alten oder zerbr. **Grammophon** a. and. Marken u. Marken. **Katalog gratis.** **Fabrik und Versand** **Sigmund Schindler,** Berlin C. 2, Stralauer Straße 56.

Schönste Hochwald- und Landparzellen am Bahnhof **Gadowa** an der Straße nach Steedorf, 7 Minuten ab Bahnhof beginnend, **R. von 10 Mk. an.** **Günstigste Zahlungsbedingungen.** **Gas- und Wasserleitung.** **Kaufl. i. Rest.** **Döring in Neu-Zadowa u. Rest Grundmann, Kaulsdorf.** **Nieschalke & Nitsche** **BERLIN NO.,** **Neue Königstraße 16.**

Beste Bezugsquelle! **Auf Teilzahlung** wöchentlich nur 1 Mark **Uhren jeder Art** und **Goldwaren** **Zithern, Sprechmaschinen und Musikinstrumente.** **Jahre & König,** Warshauer Str. 68. Reinickendorfer Str. 101. Götterstr. 19.

Perser **Teppiche** **getrene echter Perser** Kopien von wunderbarer Farbenpracht auf beiden Seiten benutzbar. **Ungedrehte Größe**

90x185 cm M.	3,75 (bisch. 6,00)
120x200 "	5,50 (" 8,25)
160x230 "	8,75 (" 12,75)
200x300 "	12,75 (" 18,50)
250x350 "	21,50 (" 28,50)
300x400 "	28,75 (" 39,00)

Passende Bett- u. Pult-Teppiche Stück 75 Pf., 1,00 und 1,50 M. **Nachauswärts per Nachnahme.**

Teppich-Spezial-Haus **Emil Lefèvre** Berlin Süd. Seit 1882 **nur Oranienstr. 158.** **Habe nirgends Filialen!** **Soeben erschienen** **Mein neuer Pracht-Katalog** mit ca. 600 Abbildungen für **Innen-Dekoration.** **Zusendung gratis und franko.**

Herren-Konfektion. **Wohlfagen u. Stoffe** räumungshalber mit **50 % billiger**, kauft man nur im **Verkaufshaus** **Berlin C., Kaiser-Wilhelm-Straße 47 I,** **an der Burgstraße.** **Selten vorteilhafte Kaufgelegentheit, weil Alles von einer Konturmaschine herrührt.** **Verkaufszeit:** von 9-7, **Sonntags v. 12-2**

Preßkohlen billig! 200 Zentner **M. 80,-** **Offerten unter S. 1. Expedition des "Nordwärts".** 28065*

Deutschlands Spezialgeschäft **Bestfedern** **Erste Bettfedernfab. u. elektr. Betriebe** **Gustav Lustig** **BERLIN S., 300 Prinzenstr. 46** **erfindet gen. Nachnahme garantiert** **neue und gut enthaltene, gut gefüllte** **Bettfedern p. Stb. M. 0,35-1,00-1,25;** **prima Halbbaunen M. 1,75; Halb-** **prima Halbbaunen M. 2,00; prima weiche** **Halbbaunen M. 2,50-3,00-3,50** **echt chine. Monopolbaunen M. 3,-** **vor. Halbbaunen M. 2,50** **von den Baunen gemessen 2-1/2 Stb.** **zum groß. Oberbett - Ganzfedern** **(1 Reihen) M. 0,80 per Stb.; Ganz-** **schichtfedern, wie sie von der Welt** **fallen, mit allen Baunen M. 1,50.** **Proben und Preisliste gratis.** **Um-** **sonst über Briefsendung gestattet.** **Bestellungen sofort.** **Bestfähriger Umsatz über 2000** **Zentner Bettfedern, von feinsten** **gürtel Baunen u. Bett-** **federngefäße zuverl.**

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Sowelt Vorrat

Bedeutend herabgesetzt

Sowelt Vorrat

sind bei Beendigung der Saison die Preise vieler Artikel der Abteilungen für

Wasch-, Woll- und Seidenstoffe

Waschstoffe

Wasch-Mousseline Serie I
Batist, Perkal früherer Wert bis
Chiffon bedruckt 50 Pf.
Zephir gestreift 50 Pf.

jetzt durchweg **30** Pf.

Zephir für Blusen und Kleider, Serie II
Kleiderleinen gestreift früherer Wert bis
Wasch-Mousseline 75 Pf.
Weisse à jour Stoffe 75 Pf.

jetzt durchweg **45** Pf.

Kleiderstoffe

Reinwollene Blusenflanelle früherer Wert bis
Reinwollene Voiles 110 cm breit 150
Doppeltbreite Blusenstoffe 150

Serie I durchweg **95** Pf.

Einfarbige Wollbatiste doppeltbr. mod. Farb. früherer Wert bis
Reinwollene Blusenflanelle 175
Reinwollene Blusenstoffe doppeltbreit 175

Serie II durchweg **115**

Seidenstoffe

Shantung naturfarbig, Serie I
Blusenstoffe karliert u. gestr. reins. durchweg **95** Pf.
Taffets reinselene und Louisine

Shantung in modernen Farben, Serie II
Blusenstoffe gestreift und karliert durchweg **145**
Messaline in vielen Farben

Shantung naturfarbig, 65 cm breit, Serie III
Seide für Blusen u. Kleider durchweg **195**
Taffets schwarz, schwere Qualität, 80 cm breit

Im Lichthof Extra-Verkauf
der angesammelten
Reste und Coupons
zu Einheits-Preisen ohne Rücksicht auf frühere Werte.

Waschstoff Reste und Coupons Meter **25, 40, 55, 75** Pf.
Wollstoff Reste und Coupons Meter **75** Pf. **100** **125**
Seidenstoff Reste und Coupons Meter **90** Pf. **135** **185**

Staatlich konzessioniert

H. Strahlendorffs
Schreib- und Handelsakademie
Größtes und ältestes Institut Berlins. Gegr. 1830.
Berlin SW, Beuthstr. 11, 1., 2., 3. Etg., Spittelm.

Die neuen Schulkurse zur Ausbildung für den kaufm. Beruf, vormittags 9-1 oder 2 Uhr, beginnen am 5. Juli. (Damen u. Herren getrennt.)
Ausführliche, reich illustrierte Lehrpläne mit Angabe der Einteilung, Preise, Dauer und Unterrichtsverteilung der einzelnen Kurse unentgeltlich und postfrei. Der Unterricht in unserer Anstalt wird von 25 Herren, praktisch erfahrenen Kaufleuten, akademisch gebildeten und staatlich geprüften Lehrern, und 11 Lehrerinnen erteilt. Es stehen 25 Klassenzimmer und 90 erstklassige Schreibmaschinen zur Verfügung.

Ausverkauf

der auf der **S. Hoffmanschen** 14142
Konkursmasse
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 12, Ecke Schulstraße,
stammenden gute
Herren- und Knaben-Garderoben
fertig und nach Maß
findet täglich von 8-12 und 3-8 Uhr statt.
Die enorm billigen Preise sind aus den 5 Schaufenstern ersichtlich.

Eisen-Moorbad Bahnstation, Postbezirk: Halle a. S.
Sehr billiger, angenehmer Kurort. Gesunde Waldgegend.
Licht, Luft, Sand, Dampf- etc. Bäder.
Vorzüglich für Gicht, Rheumatismus, Nerven- und Frauenleiden.
Eröffnung 1. Mai.
Prezsch, Elbe.
Progn. u. Auskunft d. d. Verwaltung.

29

Gardinenhand
Bernhard Schwarz

Berlin
Wallstr. 29
Haupt-Eingang.

Drahtadresse: Gardinenhand.

Gardinen, Storen,
Tüfeldecken, Rouleaux
Portieren etc.

Groß und Detail.

Reste
u. Restenmuster
weit unter Preis.

Haltbarkeit garantiert.

Feste Preise.
Umtausch gestattet.
Apparat für Selbstbedienung.

Direkt anschließend an den
Bahnhof

Seegefäße

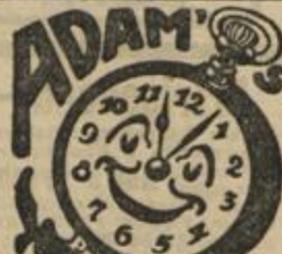
1. Station hinter Spandan,
Hochwald u. Landparzellen,
Gasanst. u. Güterbhf. nordw.
Ab Stat. Jungfernheide
20 Pf.-Tour.
Umwelt Döberitzer Meerstraße.

R. von 15 M. an.
Verkaufst. bis-a-bis Bfj.

Nieschalke & Nitsche
Berlin, Neue Königstr. 16.

Bilz Nährsalz.

Kranke wie Gesunde sollten dies täglich genießen. Es bildet gesundes Blut u. Säfte. Mangel an Nährsalz bringt Krankh. u. Siechtum. Aufkl. Broschüre über die hohe Bedeutung des Nährsalzes in allen Drogengesch. etc. und Bilz, Dresden-Radebeul, zu haben. **Bilz Sanatorium, 3 Aerzte. Prosp. frei. Bilz Naturheilbuch 2 Millionen verkauft.**



ADAM'S
Präzisions-
uhr die beste
der Welt!
Reich illustrierte
Kataloge über
Hand- u. Taschen-
uhren, Gold- und
Silberwaren,
Ketten, Ringe,
Brillanten, etc.
Gratis!
Soliden Personen
überall hin gehen
bequemste
Monats
Raten
ohne Preis-
schlag!

otto Jacob
senior,
Friedrichstr.
Berlin 505

Reste

Damenstuche, schwarz und
farbig, Costumes-Stoffe, neueste
Muster, Trikot-Stoffe, Seiden-
Pflüsch, Sammete,
Seide etc.

Confection
Paletots,
Jacketts, Stan-
mäntel, Costumes und Costum-
röcke in grosser Auswahl.

C. Pelz,
Kottbuserstr. 5.

Kassenhänder jeder Art **Angusta-Bad**, Radebeulstr. 60
Pianino alter Hoflieferanten-Piano weit unter Wert sofort ver-
käuflich **Französischestr. 15, I r.**

Anerkannt sehr leistungsfähig ist die Weltfirma
Gebrüder Rauh Gräfrath
bei Solingen
Stahlwaren-Fabrik und Versandhaus I. Ranges
Versand direkt an Private.

30 Tage
zur Probe!
No. 7200

Portemonnaie
mit Kautschukstempel

unter
Extra-Verschluss
im Schloß.
Elegant!
Praktisch!
Billig!
Preis pro Stück
nur Mk. 2.-
franko.



Außergewöhnlich billiges, aber doch gutes und dauerhaftes Stempel-Portemonnaie mit herausnehmbarem Kautschukstempel u. Farbkissen im Schloß. Der Stempel wird mit beliebiger Inschrift nach Angabe extra angefertigt und kann die volle Adresse des Bestellers enthalten und ist so stets zur Hand, um Briefe, Kuverts, Karten, Bücher etc. stempeln zu können. Havannafarbig saffianartiges Leder, aus einem Stück gearbeitet mit Adlerprägung auf der Klappe, 4 Fächer und Zahltasche, Bügel und Schloß fein vernickelt, 7 cm hoch, 9 cm breit, einschließlich fertigem Stempel, Farbkissen, Farbe und Pinsel.

Umsonst und portofrei ohne Kaufzwang, versenden wir auf Wunsch an jedermann unseren großen, illustrierten ca. 9000 Gegenstände enthaltend und zwar: Beste Solinger Stahlwaren aller Art, Rasierutensilien, Haarschermaschinen, Haus- und Küchengeräte, Gartengeräte, Werkzeuge aller Art, Waffen und Jagdartikel, Fahrräder, Fahrradzubehör und Sportartikel, optische Waren, Luxus- und Geschenkartikel, Uhren, Gold- und Silberwaren, Uhren, Portemonnaies und andere Lederwaren, Bürstenwaren, Haarschmuck, Seifen und Parfüms, nützliche Bücher, Pfeifen, Zigarren, Musikinstrumente, Kinderspielwaren aller Art und viele andere Artikel in größter Auswahl. 295/7



Der Welt Ruf unserer Firma bürgt dafür, daß nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware zum Versand kommt.
Tausende Anerkennungs-
schreiben loben die Güte und
Qualität unserer Waren.
Bei Sammelaufträgen Extraverzinstigungen.

Metzner
BERLIN
Andreasstr. 23 — Brunnenstr. 95
Leipzigerstr. 54-55 — Bauselstr. 67 — Rixdorf, Bergstr. 133
Kinderwagen Eisen-Bettstellen
Kindermöbel Korbwaren etc.
1000 Mk. Belohnung zahle ich jedem, der mir in Berlin ein großes Spezial-Geschäft in der Branche als das meiste nachweist. **KATALOG GRATIS.**

Soziales.

Gesundheitliche Verhältnisse der Schulen.

Die preussischen Kreisärzte sollen zunächst mit den vorgeschriebenen fünfjährigen Ortsbesichtigungen auch Schulbesichtigungen verbinden. Dabei kommen die letzteren natürlich zu knapp weg und namentlich kann eine eingehende Untersuchung der Schulkinder nicht stattfinden.

Die notwendig öftere und in kürzeren Zwischenräumen zu wiederholende Untersuchungen und Besichtigungen der Schulen sind, das lehrt eindringlich der amtliche Bericht über das Gesundheitswesen im preussischen Staate 1907. Infolge der verschiedenen Anschauungen und Anforderungen der Medizinalpersonen erscheint es nach dem Bericht sehr schwierig, wenn nicht unmöglich, auf dem Gebiete der Schulbesichtigungen eine einheitliche Beurteilung zu erzielen.

Ein Ministerialerlaß vom 9. Juli 1907 gibt Anweisung zur Verhütung der Verbreitung ansteckender Krankheiten durch die Schulen. Danach sind die Lehrer verpflichtet, ihren Auswurf bakteriologisch untersuchen zu lassen. Hierdurch war es möglich, festzustellen, daß die Zahl der Lehrer, die kurz nach Ablegung des ersten Examins an Tuberkulose erkrankten, im Regierungsbezirk Oppeln eine sehr große ist und ernstester Aufmerksamkeit bedarf.

Bei den Schulkindern kommt die offene Tuberkulose verhältnismäßig selten vor. Die Kreisärzte sind sich wenigstens darüber einig, soweit sie sich darüber geäußert haben. Leider sind das die wenigsten. Im Kreise Ostpreignitz sind unter 2274 Kindern 23 an Tuberkulose leidend gefunden. Diese Zahl ist im Verhältnis zu anderen ziemlich hoch.

nach verhältnismäßig kurzer Zeit ebenfalls an Tuberkulose erkranken.

Solche Vorläufe erfordern natürlich eine fortgesetzte sorgfältige Ueberwachung der Schulkinder. In vielen Städten geschieht dies durch angestellte Schulärzte für sämtliche Kinder. Vielfach aber beschränkt sich die schulärztliche Tätigkeit auch nur auf eine ein- oder zweimalige flüchtige Besichtigung, der eine große Wirkung selbstverständlich nicht beigelegt werden kann. In Berlin ist die Zahl der Schulärzte 1907 auf 47 gegen 36 im Jahre 1906 gestiegen, denen 227 750 Gemeindefschüler anvertraut gewesen sind, so daß auf jeden durchschnittlich 5176 Kinder entfielen, gegen 6267 im vorhergehenden Jahre.

Dieses trübe Bild wird in allen Großstädten festgestellt werden können. Wo solche elenden häuslichen Verhältnisse die Gesundheit der Schulkinder ruinieren, trägt oft auch noch die Schule ihr Teil auferdem bei. So mußten in Gifhorn siebenjährige Kinder fünf Stunden ohne Unterbrechung in der Schule zubringen. Der Kreisarzt hat eine Teilung der Unterrichtsstunden in Vor- und Nachmittagsunterricht angeregt. Es heißt in dem Bericht hierüber: „Nicht richtig erscheint es auch, daß in ländlichen Schulen vielfach der Unterricht im Sommer schon um 6 Uhr morgens beginnt.“

Wenn im übrigen sonst die Beschaffenheit der Schulhäuser den Anforderungen, die zu stellen sind, genügt, wäre ein längerer un-

unterbrochener Aufenthalt der Kinder in den Schulräumen nicht so sehr zu beklagen. Aber daran mangelt es außerordentlich. Wenn auch die Neubauten in dieser Beziehung weniger zu beanstanden sind, so kommt aber auch da noch manche Klage zum Ausdruck. Man vermeidet auf dem Lande gern, die Baupläne den Medizinalbeamten zur Begutachtung vorzulegen. Einzelheiten über den Zustand der Gebäude werden zahlreich mitgeteilt. Im Kreise Jöhannsburg, Regierungsbezirk Allenstein, fanden sich noch 9 völlig ungenügende Schulen und 13 Klassen, die in Mietshäusern untergebracht sind. Ähnliche Beschwerden kommen aus den Landkreisen des Regierungsbezirks Stettin, wo vielfach die Gebäude so klein sind, daß auf ein Kind nur 1,3 bis 1,85 Kubikmeter Luftraum entfallen. Auch läßt die Reinigung sehr viel zu wünschen übrig. Viele ländliche Schulen werden nur ein- oder zweimal wöchentlich trocken ausgefegt und ein- bis zweimal jährlich gescheuert!

So zurückhaltend auch der Bericht über die Zustände im Osten sich ausläßt, so läßt er doch erkennen, daß die Zustände vieler ländlicher Schulen im Osten den allergeringsten hygienischen Anforderungen Hohn sprechen. So haben im Regierungsbezirk Breslau viele Landschulen noch Abortzellen, die nach vorn offen und nicht durch Scheidewände getrennt sind; die Bisfoirinnen befinden sich an der gegenüberliegenden Wand. Vielfach fehlen auch hier die Abortgruben gänzlich. In einer Schule zu Trier fand der Kreisarzt die Aborte sehr unsauber; die Wasserspülung war abgestellt, um — Wasser zu sparen. Eine eigenartige Methode der Fäkalienbeseitigung fand sich in einem Dorfe des Kreises Czarnikau, Regierungsbezirk Bromberg; dort wurden auf dem Schulhofe Erdlöcher ausgegraben und in diese die Fäkalien versenkt!

Das sind einige der Erfahrungen, die die Schulärzte und Kreisärzte bei den Schulbesichtigungen gemacht haben. Leider werden, wie schon eingangs erwähnt, die Schulen nicht sämtlich und nicht jährlich besichtigt, sondern alle fünf Jahre. Aber auch das ist, wie dieser Tage im Herrenhause hervorgehoben, den Agrariern noch zu viel. Eine wesentliche Verbesserung der Schulgesundheit kann und muß stets gegen den Willen der Junker erreicht werden, wenn es der Regierung ernst wäre mit der Verbesserung der Landschulen. Sie hat die Machtmittel dazu. Doch wendet sie sie lieber gegen Lehrer an, die die entsetzlichen Schulverhältnisse brandmarken, als gegen die Junker. Die Landschulen sind das Aischenbrödel der preussischen Verwaltung, obgleich oder vielmehr weil sie auch die Quelle der Aufklärung der Landjugend sind und deshalb liebevollste Pflege verdienen.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.

12 Schaufenster. Sonntags geöffnet. 2 Häuser v. Dönhofsplatz.

Enorme Preisermässigung.

Elegante Jackenkleider, Sport- und Reisekleider

mit Niederrock und langen Paletots aus prima Tuch, feinsten Kammgarn- und englischen Stoffen und imprägnierten Loden 12, 15, 21, 27, 32, 40 M.

Weisse Leinen- und Cheviot-Jackenkleider.

- Seidene Rips-Jacketts und Paletots 18, 24, 30, 36 M.
1000 moderne Paletots aus prima Covercoat und engl. Stoffen 7, 9, 12, 15 M.
Staub- und Reisemäntel, imprägniert 6, 8, 11, 14 M.
Elegante Frauenmäntel, Tuch, Rips und Seide 18, 24, 27, 33 M.
Französische Kleider, Prinzess, Empire nur eigene Kollektion 20, 30, 40, 60 M.
2000 Kostümröcke, Prima Satintuch, Alpaka, Cheviot, Disg., Tuch u. Taft 8, 10, 12, 15 M.
Fussfreie Röcke von 3 M. an. Niederröcke von 11 M. an.
Batist- und Leinenkleider 8, 12, 18, 24 M.
Tüll-Spachtelblusen 4.50 M. Batistblusen 1.00 M.
Seidene Blusen 6.00 M.



Unsere Kollektion blüht durch Verarbeitung erstklass. Stoffe u. Zutaten vollständige Garantie höchster Reueffekt.

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum, in nächster Nähe des Schillerparks und des Schillersees vorzüglich gelegene, billige 2-, 3- und 4-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Garthause, mit auch ohne Bad, Balkon pp. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Promenade, Brünzler Straße, Rühl-Strasse, Holländer- und Thuner Straße.

Phänomen Cigaretten! Devisc. Qualität ist die beste Empfehlung.

Beinkranke Dr. Strahl's Ambulatorium G.m.b.H. Operationslose Behandlung ohne Berufsstörung Sprechzeit: 10-12 und 3-5 Uhr, Sonntags nur Vorm. Prosp. gratis Berlin N 24 Friedrichstr. 105a

Baer Sohn Spezial-Haus größten Maßstabes, gegründet 1891. Chausseestraße 29-30. 11 Brückenstraße 11. Gr. Frankfurterstr. 20. 11 Schöneberg, Hauptstr. 10. Sonntag, den ersten Feiertag, geschlossen. Montag, den zweiten Feiertag, bis 2 Uhr geöffnet. Der Haupt-Katalog No. 37 und der Livree-Katalog No. 36 kostenlos und portofrei.



Hochmoderne Sacco-Anzüge

Nur eigene Erzeugnisse Höchste Leistungsfähigkeit

Viele Tausende Exemplare auserlesenster Neuheiten vorzüglichster Paßformen

60.-, 55.-, 50.-, 45.-, 40.-, 36.-, 15.00 33.-, 30.-, 27.-, 24.-, 21.-, 18.-, 15.00

Paletots u. Ulster

Nur eigene Erzeugnisse

50.-, 45.-, 40.-, 36.-, 33.-, 15.00 30.-, 27.-, 24.-, 21.-, 18.-, 15.00

Herren-Pique-Westen

in den neuesten Moden 2.25 3 Stück M. 6.50, einzeln 2 M.

Knaben-Waschanzüge

Hübsche Fassons.

6.-, 5.-, 4.-, 90 Pf. 3.-, 2.-, 1.50,

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Neuen Klubhaus“, Kommandantenstr. 72: 55/11

Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Eduard David: „Was lehrt uns die Bevölkerungsstatistik?“ Gäste willkommen. Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher zc.

Melchiorstraße 28, part. Filiale Berlin. Fernspr.: Amt 4, 4787.

Die für Donnerstag, den 3. Juni, festgelegte Versammlung findet an diesem Tage nicht statt, sondern am

Donnerstag, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Sektionsversammlung der Lackierer im Gewerkschaftshause, Engelauer 15.

Zages-Ordnung:
1. Vortrag des Arbeiterssekretärs Kollegen G. Link: Die neue Reichsversicherungsbildung. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Kollegen! Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert unbedingt das Erscheinen eines jeden einzelnen! 127/6

Die Sektionsleitung.

Wirtshaus Schloß Woltersdorf.
Am 1., 2. u. 3. Pfingstfeiertag: Extra-Dampferfahrten nach Schloß Woltersdorf bis-a-vis der Schleuse. Abf. v. Galt Wiesen, Schl. Brücke, früh 8, nachm. 2 Uhr. Außerdem am 2. u. 3. Feiertag Abf. Oberbaumbrücke, Haldesteinstr., früh 9, nachm. 2 Uhr. Rückfahrt abends 8 Uhr. Von da ab tägliche Extrafahrten.

Billigste Dampfer-Pfingst-Fahrten.
Am 1. und 2. Feiertag
früh 7, 8, 9 Uhr, mittags 2 Uhr: nach Woltersdorfer Schleuse. Hin 50 Pf. 9 1/2 Uhr, 2 nach Wernsdorfer Schleuse zurück 50 Pf.

Am 3. Feiertag
früh 9 Uhr, mittags 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse, 9 1/2 nach Wernsdorfer Schleuse, 10 Uhr nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf.

Täglich 2 Uhr mittags circa halbtündlich nach Restaurant Kyffhäuser, wochentags 20 Pf., Sonntags 30 Pf. Dampfer-Fahrtgäste zahlen kein Entree.

Abfahrtsstelle: Schillingsbrücke Berlin.

Nach den Feiertagen täglich früh 9 Uhr, mittags 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse, 9 1/2 und 2 Uhr mittags nach Wernsdorfer Schleuse; Dienstag und Freitag mittags 2 Uhr nach Neue Mühle. 2788*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.
Mittwoch, den 2. Juni 1909, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Zagesordnung:
1. Bericht des Obmanns. 2. Bericht der Werkstattvertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder sind ebenfalls verpflichtet, Vertrauensleute zu senden. Dieselben besuchen die Vertrauensmännerversammlung ihrer Branche oder die ihrer Werkstatt am nächsten liegende Bezirksvertrauensmännerversammlung.
Die Versammlungslokale sind folgende: 84/18

Tischler.

- Süd-Westen bei Habel, Bergmannstr. 5/6.
- Süden bei Glesing, Wasserlostr. 68.
- Südosten I u. II in den Naunyn-Festsälen, Naunynstr. 6.
- Osten I (zwischen Zentrum und Fruchtstraße) bei Borgmann, Andreasstr. 21.
- Osten II (zwischen Fruchtstraße und Friedrichsberg) bei Pirnau, Frankfurter Allee 106.
- Oestliche Vororte bei Wildner in Friedrichsberg, Friedrich-Karl-Str. 11.
- Nordosten bei Boeker, Weberstr. 17.

Möbelpolierer und Beizer.

- Osten bei Boeker, Weberstr. 17.
- Südosten im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. 18c.
- Norden bei Günther, Brannenstr. 96.

Magazinarbeiter

bei Wilhelm Kutzner, Schützenstr. 18/19.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche

- Norden bei Böbling, Brannenstr. 79.
- Osten bei Schneider, Friedenstr. 67.
- Südosten u. Südwesten bei Stramm, Ritterstr. 123.

Modell- und Fabrikfischler

um 8 Uhr im Verbands-hause der Gastwirtsgehilfen, Große Hamburger Straße 18/19.

Zentralverband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer.

Donnerstag, den 3. Juni 1909, abends 6 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59 (gr. Saal).

Zages-Ordnung:

1. Vortrag des Arbeiterssekretärs Genossen Link über: Bauarbeiterschutz.

2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht pünktlich zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.

Der Vorstand. J. A. C. Schulze.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1230. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1987.

Allg. Klempnerversammlung

in den „Andreas-Festsälen“, Andreasstr. 21.

Zages-Ordnung:

1. Der Stand unserer Lohnbewegung und Bericht über die mit den Arbeitgebern stattgefundenen Aussprache.

2. Diskussion.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen. [117/18*]

Treptow Keglerheim Köpenicker Landstraße 19.

Großer, helliger Garten. Saal vergrößert: 400 Personen. Gassen, 4 Regelparkplätze. Verkleinert, Vereinen, Bekannten bestens empfohlen. Franz Eschstruth.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.
Mittwoch, den 2. Juni 1909, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Zagesordnung:
1. Bericht des Obmanns. 2. Bericht der Werkstattvertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder sind ebenfalls verpflichtet, Vertrauensleute zu senden. Dieselben besuchen die Vertrauensmännerversammlung ihrer Branche oder die ihrer Werkstatt am nächsten liegende Bezirksvertrauensmännerversammlung.
Die Versammlungslokale sind folgende: 84/18

Musikinstrumenten-Arbeiter

um 8 Uhr abends im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 8.

Maschinenarbeiter

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 7.

Einsetzer

um 8 Uhr im „Gewerkschaftshause“, Engelauer 15 (Saal 10).

Kammacher

bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.

Bodenleger

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15.

Stellmacher

bei Hahn, Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthaler Straße 57.

Kistenmacher

bei Baudach, Breslauer Straße 28.

Korbmacher

bei Eichhorn, Koppenstraße 47.

Bürstenmacher

bei Preuß (Hilfsbein-Anstalt), Holzmarktstraße 65.

Vergolder

bei Kluge, Lange Straße 53.

Jalousie-Arbeiter

bei Walter, Adalbertstr. 62.

Perlmutter-, Horn- u. Steinnußarbeiter

um 7 Uhr bei Ernst Thomas, Melchiorstr. 5.

Bilderrahmenmacher

um 6 Uhr bei Natteroth, Ritterstr. 32.

Stockarbeiter

um 5 1/2 Uhr bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.

Kranken- und Begräbniskasse des Vereins der deutschen Kutscher u. verw. Berufsgenossen zu Berlin.

Eingelchr. Hiltelstraße Nr. 83.

Außerordentliche General-Versammlung

am Montag, den 5. Juli 1909, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Große Frankfurter Str. 47 I. 285/5 Ter Vorstand.

Empfehle mein Weiß- u. Bayerisch-Bierlokal Hermann Kraatz

Jerusalemmer Straße 66 neben „Vorwärts“.

Emil Hoffmann's Wirtshaus

Britz, Rudower Str. 85. bis-a-vis dem alten Rüdorfer Kirchhof. 2 verdeckte Regelparkplätze, Kaffeehaus, angenehmer Familienaufenthalt, herrlicher Naturgarten. — Jeden Sonntag: Musik-Unterhaltung. Bekannter u. Parliergesellen bestens empfohlen. 283/5

Märkischer Hof

Admiralsstr. 18c. Säle und Vereinszimmer zu Versammlungen und Festlichkeiten. Einige Sonnabende noch frei zu Sommerabendessen u. Herbstweingn. Jeden Sonntag: Großer Ball. Um geneigten Zutritt ersucht Otto Grabhoff, Fernspr. IV, 4594

Säle und Waldparzellen

nade Bahnhst. Frederdsdorf, 37 Min. von Berlin, mitten in der Kolonie. Bodenfläche nur 2 M., verkauft weil noch aus erster Hand [R. u. 4 M. an Otto Bresecke, Peierzhagen.

Sophien-Säle

Sophienstraße 17/18 Querstraße der Rosenthaler Straße — am Hackeschen Markt Inhaber: Paul Bantz empfiehlt seine von 60-2000 Personen fassenden Säle zu Versammlungen, Vorträgen, u. Kunstausstellungen. Vorzögl. Musik. Kulant. Entgegenkommen.

W. Kuhes Festsäle, Alte Jakobstr. 75, früher Feuerstein.

Empfehle meine Säle zu jeder Art Festlichkeiten und Versammlungen. Für Sommerfeste prachtvoller Garten mit Bühne und Kaffeehaus noch an einigen Sonntagen ohne Bedingungen zu vergeben. Fernspr. Amt I Nr. 807.

Mal-Kah-Cigaretten

in allen Preislagen vorzüglich.

Partei-Expeditionen:

- Zentrum: Albert Dahnisch, Auguststr. 60, Eingang KochstraÙe.
- 2. Wahlkreis, Osten: Gustav Schmidt, Kirchbacht. 14, Hochparterre. Säden und Südwesten: Hermann Berner, Gneiffenaustr. 72, Laden.
- 3. Wahlkreis: St. Pauli, Brinzenstr. 31, Hof rechts part.
- 4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Andreasstraße 17. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
- 4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Lauscherplatz 14/16 (Laden).
- 5. Wahlkreis: Leo Zucht, Hermannstr. 12 (Hof).
- 6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden.
- Wedding: Karl Weiss, Kogarethstr. 49.
- Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Kahlke, Uferstr. 36, Eingang Anklamerstraße.
- Gesundbrunnen: F. Trapp, Steffinerstr. 10.
- Schönhanser Vorstadt: Karl Mars, Uhlenerstr. 123.
- Adlershof: Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 2.
- Alt-Gliencke: Wilhelm Dörre, Rudowerstr. 83 II.
- Baumschulweg: D. Hornig, Marienholerstr. 13, I.
- Bernau-Röntgenal: Heinrich Brose, Hohenstr. 74, part.
- Bohnendorf und Falkenberg: G. Pfeifer, Bohnendorfer, Gewerkschaftshaus.
- Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Selenheimerstraße 1, Ecke Goethestraße, Laden.
- Eichwalde, Zeuthen, Hiersdorf und Hankels Ablage: Friedrich Didenburg, Gismolde, Kronprinzenstr. 81.
- Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
- Friedenau-Steglitz-Südende: D. Bernsee, Schloßstr. 119, Hof I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Rohr, Döppelstr. 22, und Fr. Schellhase, Hornstr. 15a.
- Friedrichshagen: Ernst Herrmann, Friedrichstr. 67.
- Grünau: Franz Klein, Uhnstr. 6 III.
- Hohen-Neuendorf: Wilhelm Teufel, Stolperstr. 50 I.
- Johannisthal: Friede, Kähler-Wilhelm-Weg 4.
- Karlshorst: Richard Käfer, Adolstr. 9, II.
- Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Riederlehm, Wirtelmannstr. 12.
- Köpenick: Emil Böhler, Meyerstr. 6, Laden.
- Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seidel, Kronprinzenstraße 4, I.
- Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheibe, Maßdors, Bahndorferstr. 14.
- Mariendorf: August Leip, Chaussee, 298, Hof.
- Neu-Weißensee: Kurt Fahrmann, Sedanstr. 105, partierre.
- Nieder-Schöneweide: Paul Bengels, Grünauerstr. 8.
- Nowawes: Wilhelm Kapp, Friedrichstr. 7.
- Ober-Schöneweide: August Henjes, Lauenstr. 2, I.
- Pankow-Niederschönhausen: Otto Rihmann, Tränenstr. 30.
- Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: R. Gursch, Romeistr. 12, I.
- Rixdorf: M. Heinrich, Refarstraße 2, im Laden.
- Rummelsburg, Boxhagen: W. Rosenkranz, Am-Boxhagen 56.
- Schmargendorf: Gustav Kaminski, Cunostraße 2.
- Schönberg: Wilhelm Däumler, Martin-Lutherstr. 51, im Laden.
- Spandau: Ruppen, Bagowstr. 9.
- Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Hühnerstraße 10.
- Teltow: Wilhelm Kehler, Hohensteintweg 7.
- Tempelhof: Albert Thiel, Friedrich Wilhelmstr. 20.
- Treptow: Rob. Gramenz, Melchiorstraße 412, Laden.
- Wilmerdorf-Halensee: Wittnebel, Landhamstr. 27.

Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“. Bitte ausschneiden. 245/1*

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Folgende Lokale stehen uns neu zur Verfügung: Reinickendorf-West: „Zum Broden“, Inh. Rimb. Tegel: „Gesellschaftshaus“, Inh. Kollner, Schloßstr. 7. Tegelfort: Otto Schön, Scharfenbergstr. 7. Friedrichshagen: Besser, vorm. Berche, Friedrichstr. 80.

Den Inhaber gewechselt, jedoch nach wie vor frei sind folgende Lokale: Hohenzollern: „Zum Bürgerhof“, jetziger Inhaber Gustav Stöhr. Schönheide-Schönebeck: „Waldschloß“, jetziger Inhaber Bembke.

In Schönheide ist und das einzige freie Lokal von Schirmer dortselbst entzogen worden und mithin streng zu meiden. Die Lokalkommission.

Wilhelmsruh-Niederhagenhausen-West. Die zum Dienstag, den 1. Juni, angeordnete Mitgliederversammlung findet nicht statt. Der Jahrlabend für Monat Juni wird für die fünf Bezirke gemeinsam im Lokal von Barth, Viktorstr. 7 abgehalten.

Spandau. Die organisierten Frauen Spandaus veranstalten am Dienstag, den 3. Pfingstfesttag einen Familienausflug nach Pichelswerder zum alten Freund. Es wird eine rege Beteiligung der Genossen mit Familie erwartet. Der Abmarsch erfolgt mittags 1 Uhr von Fritz Vögle, Havelstr. 20.

Berliner Nachrichten.

Pfingstblühen.

Die schlanken Äste der Kletterblühe biegen sich unter der huffenden Last klarfarbiger Blütentrauben, aus dem dunklen Laube der Kastanien leuchten zahllose weiße Kerzen herab und auf dem Blumenmarke sind die Raigblüthen Trumpf. In den Anlagen blüht, was blühen mag, gelb schimmert es über die blumigen Wiesen, und in den Wäldern haben auch die späten Eichen endlich ihr Laub entwickelt. Der norddeutsche Frühling hat seinen Höhepunkt erreicht; in der Stadt, wie in Wald und Flur.

Der ersten Phase, der Befestigung winterlicher Hemmungen, ist die zweite gefolgt, die Ausnutzung des sommerlichen Lichtes und der Wärme. Einen ungeheuren Flächenraum nehmen die Blätter ein, die die Pflanzen als Apparate für diese Ausnutzung dem Lichte entgegenwenden. Es sind Platten, in deren Zellen zahllose winzige grüne Körnchen des Blattgrüns (Chlorophylls) dem Lichte ausgesetzt werden, unter dessen Wirkung sie sich bilden, um dann, einmal vorhanden, die wichtigste Tätigkeit der Pflanze zu übernehmen. Das Blatt nimmt die Kohlenäure der Luft auf und das Chlorophyll spaltet sie in Kohlenstoff und Sauerstoff, wovon es — ungleich den Tieren — nur den ersteren verwendet. Der Kohlenstoff wird in die organischen Stoffe umgewandelt, aus denen die Pflanze sich aufbaut, und zwar in erster Linie in die Körnchen der allbekanntesten Stärke. Was für Leistungen diese chemischen Fabriken der Pflanzen vollbringen, mag die Tatsache veranschaulichen, daß in 5000 Litern Luft noch nicht zwei Liter Kohlenäure enthalten sind. Dabei besteht aber die Hälfte des getrockneten Pflanzenkörpers aus Kohlenstoff! Was sind alle menschlichen maschinellen und chemischen Anlagen gegen die Kohlenstoffproduktion der Pflanzenwelt?

Aber fort mit diesen Betrachtungen, denn es ist Pfingsten. Der scheue Acker ruft durch die Wälder und wer seinen Ainder glauben noch hat, der mag ihm lauschen und sich seine Lebensjahre vorzählen lassen. Wo der Wald Laubkrone neben den Kiefern besitzt, da herrscht vielstimmiger Vogelgesang, und Auge und Ohr kann kaum dem Durcheinander folgen, das Häher und Spechte, Meisen, Finken und Laubfänger zum Besten geben. Ueber allen hin auf hohen Wipfeln aber läßt unausgesetzt der Birol seinen kurzen melodischen Ruf erschallen. Andere dieser prächtig gelb und schwarz gezeichneten Pfingstvögel erwidern ihn in allen Ecken des Waldes, und leicht können wir den Ruf durch Nachahmung hervorrufen.

Pfingsten ist es und aus allen Kronen und Wipfeln erklingt das hohe Lied der prangenden Natur. Möchten es nur viele Menschen genießen können!

Der Berliner Magistrat und das Tempelhofer Feld.

Bekanntlich geht der Militäriskus damit um, das Tempelhofer Feld zu veräußern, um die hierfür gewonnenen Mittel zum Ankauf eines Truppenübungsplatzes bei Jernsdorf zu verwenden. Wir haben mitgeteilt, daß das Feld der Grundstückspekulation ausgeliefert werden soll und daß auch schon ein Bebauungsplan ausgearbeitet ist. Wichtig ist, daß die Militärverwaltung vor verhältnismäßig kurzer Zeit dem Berliner Magistrat auf eine Anfrage mitgeteilt haben soll, daß auf absehbare Zeiten an eine Entbehrlichkeit des Feldes nicht zu denken sei. Von dieser Verhandlung und dieser Antwort machte der Stadtrat Bohm der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 28. Januar 1904 als Vertreter des Magistrats Mitteilung. Jetzt nach kaum fünf Jahren, ist die Sache im entgegengelegten Sinne verwickelt. Daß der Entschluß des Militäriskus, das Tempelhofer Feld zu verkaufen, lange Jahre vorbereitet gewesen ist, muß schon aus der Tatsache gefolgert werden, daß die wegen Erwerbung von Grund und Boden zu einem neuen Übungsplatz bei Jernsdorf mit den Besitzern des Terrains geführten Verhandlungen natürlich jahrelang betrieben worden sind und daß vorher umfangreiche Erwägungen im Schöße der Militärbehörde stattgefunden haben müssen. Es ist nach alledem kaum begreiflich und ganz unverständlich, daß der Militäriskus im Jahre 1904 die von Herrn Stadtrat Bohm mitgeteilte Antwort erteilt haben soll. Sollte der Iktus das Feld verkaufen, so hätte er das allergrößte Interesse daran, das Tempelhofer Feld in Berlin eingemeindet zu sehen, denn es ist ein großer Unterschied, ob das zu verkaufende Terrain in Berlin oder in der Dorfgemeinde Tempelhof liegt.

Es ist nicht ganz ohne Interesse, die Verhandlungen zu rekapitulieren, die in dieser Beziehung in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gepflogen wurden. Am 7. Dezember 1899 petitionierte der freisinnige Bezirksverein „Hasenheide“ beim Magistrat wegen Eingemeindung nach Berlin und am 14. November 1900 beantragte der Stadtverordnete Wallach in der Stadtverordnetenversammlung: den Magistrat zu ersuchen, daß er mit der Gemeinde Tempelhof wegen Eingemeindung der Hasenheide in Verbindung trete. Dieser Antrag wurde von der Versammlung fast einstimmig angenommen. Nach Verlauf von zirka vier Jahren ging durch die Offenheit der Ratschicht, daß die Hasenheide nach Rixdorf eingemeindet werden sollte. Darauf interpellierte der Stadtr. Wallach den Magistrat, und zwar in der Stadt-

verordnetenversammlung am 28. Januar 1904. Auf die Ausführungen des Interpellanten antwortete der Stadtrat Bohm, „daß der Magistrat die Eingemeindung des nördlichen Teils der Hasenheide abgelehnt habe, weil der Stadt Berlin anderthalb Millionen Mark Kosten erwachsen würden. Weiter sei für den Magistrat in Betracht gekommen, daß, nachdem der eingemeindete Teil bebaut sei, wohl wünschenswert sei, wenn wenigstens der übrige Teil der Hasenheide als öffentlicher Park eingerichtet werden könnte, und wenn das Tempelhofer Feld, dessen Miteinverleibung der Oberpräsident verlangte, als späteres Baugrund in Frage kommen könnte. Verhandlungen mit dem Militäriskus hätten aber ergeben, daß auf absehbare Zeiten an eine Entbehrlichkeit des Feldes nicht zu denken sei und daß unter diesen Umständen nur Kosten entstehen würden, sei ja klar.“

Läßt diese Auffassung an Kurzsichtigkeit und Engbergigkeit nichts zu wünschen übrig, so nicht minder die geringschägige Art, wie Magistrat Bohm die Stadtverordneten behandelt. Der Interpellant beschwerte sich mit Recht darüber, daß der Magistrat vor Abgabe seiner Erklärung an den Oberpräsidenten nicht erst die Beschlußfassung der Stadtverordnetenversammlung eingeholt habe. Herr Bohm antwortet darauf: „Der Herr Vorredner hat hervorgehoben, daß es doch notwendig gewesen wäre, der Stadtverordnetenversammlung Mitteilung zu machen. Auch diese Frage ist Gegenstand der Beratung des Magistrats gewesen, und es ist beschloffen worden, keine Vorlage zu machen, da ja eine Zustimmung der Versammlung an sich nicht erforderlich war.“ Man stelle sich vor, vor vier Jahren faßt die Stadtverordnetenversammlung einen Beschluß in dieser Frage und als es zur Entscheidung kommt, hält es der Magistrat nicht einmal für nötig, derselben eine Mitteilung zugehen zu lassen, auch nicht, obwohl der Oberpräsident die Eingemeindung der Hasenheide mit der hochwichtigen Frage der gleichzeitigen Eingemeindung des Tempelhofer Feldes verknüpft.

Wird eine nette Selbstverwaltung. Was mag aber den Oberpräsidenten damals veranlaßt haben, gleichzeitig die Eingemeindung des Tempelhofer Feldes zu fordern und zwar, trotz der Ablehnung des Magistrats, mit einer gewissen Hartnäckigkeit? Ehe Rixdorf die Hasenheide überwiesen bekam, hat der Oberpräsident normalerweise die Frage an den Magistrat gerichtet: ob Berlin noch Wert auf eine Eingemeindung lege, oder ob Berlin Einwendungen zu machen habe, wenn der Streifen an der Hasenheide nach Rixdorf oder Tempelhof eingemeindet werde. Der Magistrat hat sich gesagt: „Berlin bin ich“ und hat mit einem gewissen Reiz geantwortet. Die Stadtverordnetenversammlung erhielt nur bei Gelegenheit Kenntnis von diesen wichtigen Dingen. Mit Rücksicht auf die Haltung des Oberpräsidenten aber muß doch die Frage aufgeworfen werden: Hat in der Tat zu gleicher Zeit eine Nachfrage bei dem Militäriskus seitens des Magistrats damals stattgefunden oder hat man sich nur auf frühere Äußerungen bezogen? Die Frage ist durchaus berechtigt, denn die Forderung des Oberpräsidenten läßt sich doch nur so erklären, daß eine andere Behörde ein Interesse an der Eingemeindung des Tempelhofer Feldes hatte. Diese kann aber nur der Militäriskus gewesen sein, der mit dem Plane der Veräußerung umging und wohl wußte, daß er für das Feld, wenn es in Berlin eingemeindet würde, eine viel höhere Summe heraus schlagen könnte. Die Annahme, daß die Forderung des Oberpräsidenten mit den Bestrebungen des Militäriskus in Verbindung steht, ist also gewiß nicht gewagt, umso mehr als die Haltung der betreffenden Behörden auch durchaus als einwandfrei zu erachten ist. Die Befürchtung, daß die Antwort auf eine frühere Frage erfolgt ist, ist umso weniger von der Hand zu weisen, wenn man sich die Verhandlung der ganzen Angelegenheit im Magistrat vor Augen faßt und die ihre Erklärung wieder in der unglücklichen Besetzung des Dezernats findet. Wie man auch über den Magistrat denken mag, so ist es doch ganz ausgeschlossen, daß wenn der Dezernat der Akten studiert und vom Magistrat mitgeteilt hätte, daß vor vier Jahren ein Beschluß von der Versammlung gefaßt sei, die Hasenheide einzugemeinden, der Magistrat jemals zu dem Beschluß gekommen wäre, die Eingemeindung abzulehnen, ohne die Stadtverordneten zu verständigen. Dabei wäre dann auch die hochwichtige Frage der Eingemeindung des Tempelhofer Feldes des breiteren zur Erörterung gekommen und der Bürgermeister Reide würde davon Abstand genommen haben, gelegentlich seiner Rede bei der Hundertjahrfeier der Städteordnung Klagen — wie man sieht, ganz und gar unberechtigte — über die Vorenthaltung des Tempelhofer Feldes zu erheben. Bei einem selbstigen und umsichtigen Dezernenten könnten solche Dinge nicht vorkommen. Kommen sie aber vor, so würde in jeder anderen Stadt an die Wiederwahl einer solchen „Kraft“ nicht zu denken sein. In Berlin spielt das gar keine Rolle. Wer einmal drin sitzt, der bleibt drin, auch wenn er die größten Schäden anrichtet. Dem Oberbürgermeister ist zwar der Vorwurf nicht zu ersparen, daß er ein solches Dezernat in solch wenig „glücklichen“ Händen läßt. Aber was soll er auch machen? Die Herren sind nun mal da und müssen verwendet werden.

Diese Vorgänge sollten der Stadtverordnetenversammlung endlich Veranlassung geben, der Frage näher zu treten, ob es nicht im Interesse der Stadt liege, ob es nicht heißt, Geld ersparen, wenn man solche „erfolgreichen Kräfte“ lieber mit vollem Gehalt pensioniert. Das Hauptamt des Dezernenten im Boulevardehaus würde ja damit nicht verloren gehen.

Von der Neueinteilung der Stadtverordnetenwahlbezirke hört man kein Sterbenswörtchen. Am 30. Mai 1906 beschloß die Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat zu ersuchen, eine Neueinteilung der Wahlbezirke für die dritte Abteilung vorzunehmen und zwar so, daß spätestens vor den Wahlen 1909 diese Neueinteilung durchgeführt werde. Weil der Magistrat nichts von sich hören ließ, interpellierte in der Stadtverordnetenversammlung vom 11. Februar dieses Jahres der Genosse Borgmann den Magistrat, worauf Stadtrat Bohm, der Dezernent des Wahlbureaus, erklärte, daß die mit der Sache betraute Kommission ihre Arbeiten vollendet habe und demnächst dem Magistrat Bericht erstatten werde. Wir haben in unserer Nummer vom 14. Mai öffentlich die Frage aufgeworfen, wie weit es denn mit dieser Angelegenheit ist. Eine Antwort ist noch nicht erfolgt. Muß erst wieder von neuem in der Stadtverordnetenversammlung angefochten werden?

Der Unterrichtserfolg der Berliner Gemeindefschule

wird in dem neuesten Jahrgang des „Statistischen Jahrbuchs der Stadt Berlin“ durch ein Zahlenmaterial beleuchtet, das in mancher Hinsicht interessant ist. Die Statistik über die Gemeindefschüler, die nach erfüllter Schulpflicht oder nach vor-

zeitiger Dispensierung ins Leben hinaustraten, ist seit 1905 vervollständigt worden. Auf Anregung des Statistischen Amtes wird seitdem für jedes zu entlassende Kind ein Fragebogen ausgefüllt, der Auskunft gibt über die häuslichen Verhältnisse der Kinder, über die Dauer ihres Schulbesuches, über die Dauer ihrer Zugehörigkeit zur lehrbesuchten Schule usw. Die Hauptergebnisse der Auszahlungen aus dem Fragebogen sind im Jahrbuch mitgeteilt; dem neuesten Band entnehmen wir die Zahlen für Ostern 1907.

Zu diesem Termin wurden aus den Gemeindefschulen Berlins 6310 Knaben und 5249 Mädchen entlassen, und zwar gingen ab:

Table with 2 columns: von den Knaben, von den Mädchen. Rows include classes I-VIII and Nebenklassen.

Die Oberstufe, aus den Klassen I, II, III bestehend, war erreicht worden von 88,27 Proz. der Knaben und von 89,35 Proz. der Mädchen, also von ziemlich neun Zehnteln aller abgehenden Kinder, in besonderen die Klasse I von etwas mehr als vier Zehnteln. Der Anteil der obersten Klassen an der Gesamtzahl der abgehenden Kinder hat in den letzten Jahren von Semester zu Semester zugenommen. Es ist das ein Beweis, daß das Achtklassensystem der Gemeindefschule keineswegs, wie von freisinniger Seite so oft behauptet wird, eine Verschlechterung des Unterrichtserfolges bewirkt hat. Vorgehens wollen wir bemerken, daß auch im Schuljahr 1907/08, aus dem der neueste Band des Jahrbuchs noch keine Angaben bringt, eine weitere Erhöhung des Anteiles der obersten Klassen an den Entlassungsziffern eintrat.

Bei den Mädchen sind, wie man in den oben mitgeteilten Zahlenreihen sieht, die Anteilziffern für die Klassen I und II etwas höher als bei den Knaben. Das ist eine Erscheinung, die nicht zufällig mal auftritt, sondern regelmäßig bei jedem Entlassungstermin wiederkehrt. Vielleicht haben wir uns das hauptsächlich daraus zu erklären, daß im allgemeinen für die Knaben der Wert einer besseren Bildung mehr erkannt und geschätzt wird als für die Mädchen. Es ist Tatsache, daß aus den Knaben mehr als aus den Mädchen die Begabteren ausgelesen und den besseren Schulen zugeführt werden. Namentlich die Realschulen übernehmen aus den Gemeindefschulen viele begabte Jungen, während den Mädchen keine Realschule, sondern höchstens die „höhere Mädchenschule“ zur Verfügung steht.

Beeinflusst wird der Unterrichtserfolg der Gemeindefschule durch mancherlei äußere Umstände. Das Jahrbuch sagt, von entscheidendem Einfluß sei, soweit der Erfolg sich in der Erreichung einer bestimmten Klasse ausdrückt, die Dauer der Zugehörigkeit zu einer Schule. Je länger diese Dauer sei, um so geringer sei die Aussicht, das Schulziel — die Klasse I — zu erreichen. Von den Kindern, die bei ihrer Entlassung zu Ostern 1907 erst ein einziges Jahr hindurch der betreffenden Schule angehört hatten, waren bis Klasse I nur etwa ein Viertel gelangt. Höher ist der Anteil schon bei denen, die wenigstens die letzten zwei oder drei Jahre dieser Schule angehört haben. Er steigert sich dann auch mit jedem weiteren Jahre, so daß schließlich von denjenigen Kindern, die ihre ganze Schulzeit auf derselben Schule zugebracht haben, mehr als die Hälfte aus Klasse I entlassen werden können. Diese Ergebnisse zeigen, wie sehr es den Kindern schadet, immer wieder umgeschult zu werden, weil die Eltern umziehen oder weil die Klassen überfüllt sind. Doch dürfen wir bei diesen Zahlen nicht übersehen, daß gerade den in der Schule gut vorwärts kommenden Kindern die Umschulung gern erspart wird. Eltern solcher Kinder suchen die Umschulung zu verhindern durch vorzeitige Wahl ihrer Wohnung oder durch Rücksprache mit dem Rektor. Der Lehrerschaft ist früher mal aus ihrer eigenen Mitte nachgesagt worden, daß mancher — wir wissen nicht, ob's wahr ist — froh sei, mindertüchtige Kinder durch Umschulung anderen Schulen zugewiesen zu sehen.

Welche Klasse von einem Kinde schließlich erreicht wird, das hängt selbstverständlich auch sehr ab von dem Alter, in dem das Kind eingeschult wurde. Wir sehen da, daß von den Kindern, die im Alter von noch nicht 6 Jahren oder wenig mehr als 6 Jahren eingeschult worden waren, volle vier Zehntel aus Klasse I abgehen konnten, während andererseits von denen, die bei der Einschulung schon das 7. Lebensjahr vollendet hatten, nicht viel mehr als zwei Zehntel Klasse I erreichten. Wenn es nötig ist, gestattet die Schulverwaltung den Besuch der Gemeindefschule gern noch über die Grenze der Schulpflicht hinaus. Diese Vergünstigung wird denn auch von nicht wenigen Eltern für ihre Kinder nachgesucht, die ihnen bei Vollendung des schulpflichtigen Alters noch nicht weit genug aufgerückt sind.

Ueber den Einfluß der häuslichen Verhältnisse auf den Schulerfolg sagt das Jahrbuch, der Erfolg sei am größten, wenn das Kind noch die Fürsorge beider Eltern genieße, ungünstiger sei er bei ausschließlich mütterlicher Erziehung, noch geringer bei Erziehung durch Stiefeltern, besser aber wieder bei Erziehung durch Verwandte oder durch Fremde. Ostern 1907 gingen aus Klasse I ab: von den entlassenen Knaben und Mädchen, die mit beiden Eltern zusammenwohnten, 41,07 Proz. und 43,04 Proz.; von denen, die bei der Mutter wohnten, 30,10 Proz. und 34,35 Proz.; von denen, die bei Stiefeltern wohnten, nur 27,00 Proz. und 20,59 Proz. Das „ungünstigere Ergebnis“ der ausschließlich mütterlichen Erziehung, auf das das Jahrbuch hinweist, ist vielleicht im wesentlichen eine Folge der für Witwen, Eheverlassene und Unberechtigte gegebenen Notwendigkeit, durch ihre Erwerbsarbeit sich der Familie zu entziehen.

Auch nach einem Zusammenhang des religiösen Bekenntnisses mit dem Erfolg des Schulbesuches ist geforscht worden. Ostern 1907 hatten von den entlassenen Knaben und Mädchen Klasse I erreicht: bei den Evangelischen 41,05 Proz. und 41,31 Proz., bei den Katholiken 38,05 und 40,47 Proz., bei den Juden nur 31,37 Proz. und 35,59 Proz., bei den „Andersgläubigen“ 48,89 Proz. und 43,29 Proz. Die geringen Erfolge der Juden werden im Jahrbuch daraus erklärt, daß „die jüdischen Gemeindefschüler wohl zum Teil den unteren Volksschichten angehören, vielfach auch Fremdbürtige mit nichtdeutscher Familiensprache sind“. Darüber, daß die „Andersgläubigen“ die besten Erfolge halten, wird kein Wort gesagt. In dieser Gruppe stehen, das wollen wir hier feststellen, hauptsächlich die Dissidenten, Freireligiösen usw. Da scheint ja die Gottlosigkeit dem Unterrichtserfolg nicht geschadet zu haben.

Die Berliner Stadtväter in London. Die Besuchswache geht zu Ende; sie wurde beschlossen mit einem künftigen Maß und diversen Verbrüderungsreden beim Sekt; so wie sie begonnen. Offiziell wird aus London gemeldet: London, 29. Mai. Gestern abend veranstaltete die City von London zu Ehren der Berliner Gäste in der Meyers Hotel ein Abschiedsbankett, an dem der Lordmavor Truscott und der frühere Lordmavor Treloar teilnahmen. Der Obmann des Empfangskomitees Neal sagte in einer Ansprache: Von heute an ist es gewiß, daß Deutschland und England Freunde sein müssen. Sowohl die Deutschen als auch die Engländer nahmen diese Worte mit lautem Beifall auf. Alle Anwesenden sangen die Nacht am Rhein. Oberbürgermeister Kirchner rühmte in bewegten Worten die außerordentliche Herzlichkeit des Empfangs, für den er im Namen des deutschen Volkes innigen Dank sage. Die Erinnerung daran werde nie schwinden. Auch der Lordmavor hielt eine Rede und erklärte, nie habe die Stadt London ihren Wünschen so entschieden Ausdruck gegeben wie in dieser Woche, welche die Verbrüderung von Berlin und London geschaufelt habe. Die Erinnerung daran werde in London lange Jahre lebendig bleiben. Schließlich dankte er dem Oberbürgermeister für die den Armen Londons gewidmete Spende.

Eröffnung neuer Straßenbahnverbindungen. Zwei neue Straßenbahnverbindungen eröffnet die Große Berliner Straßenbahn am nächsten Mittwoch, den 2. Juni. Einmal wird die vielbenutzte Linie 88 Rappelallee—Obernplatz—Lützowplatz—Leipzigerstraße bis zum künftigen Bahnhof Bismarck verlängert. Jeder zweite Wagen geht jetzt weiter durch die Kantstraße und die Neue Kantstraße bis zum künftigen Bahnhof. Der Betrieb gilt als ein Versuchsbetrieb bis zum 9. Juni 1910. Ebenfalls am Mittwoch wird die Linie 75 Zentralbahnhof—Alexanderplatz—Schloßplatz—Halleisches Tor—Zoologischer Garten bis zur Leipzigerstraße verlängert. Sie wird über den Kurfürstendamm und die Kantstraße bis zu dem neuen Endstelle geführt. Auch dieser Betrieb gilt als ein Versuchsbetrieb auf die Dauer von einem Jahr.

Die Sterblichkeit hat in Berlin im Jahre 1908 sich nahezu auf derselben mäßigen Höhe wie im vorhergehenden Jahre gehalten. In 1907 waren 32 353 Personen gestorben, in 1908 starben 32 408 Personen (beide Male ungerundet die Totgeborenen). Da auch der Durchschnitt der Bevölkerungszahl sich im letzten Jahr nur wenig höher als im vorletzten stellte, so ergibt sich für beide Jahre fast genau dieselbe Sterbeziffer. Auf je 1000 Personen der Bevölkerung starben 15,43 in 1907 und 15,41 in 1908. Es ist bekannt, daß die Gesamterblichkeit alljährlich stark durch die Kindersterblichkeit beeinflusst wird. So erklärt sich denn auch die Uebereinstimmung der Sterbeziffern der beiden Jahre größtenteils daraus, daß in beiden die Zahl der Sterbefälle von Kindern des ersten Lebensjahres nahezu gleich war. Von Kindern dieses Alters starben im vorletzten Jahre 8295 (= 25,6 Proz. aller Sterbefälle), im letzten Jahre 8250 (= 25,5 Proz. aller Sterbefälle).

Ganz gewaltige Mengen Pfingstmaien sind gestern in der Reichshauptstadt abgefeuert worden. Die vorgeschrittene Vegetation hat diese Massenabfuhr veranlaßt, zugleich aber auch den Preis reguliert, denn schon für 10 Pf. gab es ein Bündel der duftenden Birkenblätter, das zum Schmuck eines Zimmers vollständig genügt. Die größeren Restaurationsbetriebe haben große Birkenflammen direkt von der Forstverwaltung bezogen.

Ausstellungsmacher. Die Ständige Ausstellungskommission für die deutsche Industrie bringt zu öffentlicher Kenntnis: Unter dem Decknamen eines angeblich gemeinnützigen Jugendfürsorgevereins will im Juni dieses Jahres ein bekannter Ausstellungsmacher in einem Berliner Lokale eine Ausstellung für Kinderfärberei, Jugendberufshilfe, Wohlfahrtspflege, Berlin 1909" inszenieren, die mit einer Spezialabteilung: „Haus und Herd, Hauswirtschaft und Wohnungsweien, Nahrungs- und Genussmittel" verbunden sein soll und für die bereits bei heimischen Gewerbetreibenden — unter irreführenden Angaben bezüglich eines eventuellen hohen Protektors — erworben wird. Der Polizeipräsident von Berlin hat dem betreffenden Verein durch Erlaß vom 24. Mai a. e. mitgeteilt, daß irgendwelcher öffentlicher Nutzen der Ausstellung nicht zuerkannt werden könne und daß behördlicherseits von jeder Förderung Abstand genommen werde. Die wirtschaftliche Berechtigung der Ausstellung wie das Vorhandensein eines wirklichen öffentlichen Wettbewerbes müsse polizeilicherseits unumwunden in Frage gezogen werden, als bei dem betreffenden Verein die für ein ernsthaftes derartiges Unternehmen erforderlichen Voraussetzungen, was die Bedeutung, das Ansehen und die Leistungsfähigkeit des Vereins angehe, nicht erfüllt erscheinen. Die anlässlich dieser Ausstellung in Aussicht genommene Verleihung von Ehren diplomen zu Goldenen und Silbernen Medaillen würde eventuell als „Beihilfe zum unlauteren Wettbewerb", die Führung der so erlangten Medaillen selbst auf Firmenschildern, Geschäftspapieren usw. als „unlauterer Wettbewerb" im Sinne des Reichsgesetzes vom 27. Mai 1896 angesehen und zur Verstrafung gebracht werden.

Wegen versuchten Mordes und Mittäterschaft oder Verletzung der Anzeigepflicht sind vorgestern die Drogistenlehrlinge Emil Kurtius und Felix Wagenski festgenommen worden. Es handelt sich um einen überlegten Revolveranschlag, den Kurtius vorgestern abend auf seinen Lehrherrn, den Drogisten Albert Stieling aus der Liebigstraße 12, machte. Nachdem das Geschäft um 7 1/2 Uhr geschlossen worden war, begaben sich Stieling in seine Stube und die beiden Lehrlinge in ihr von dieser durch einen Flur getrenntes gemeinschaftliches Schlafzimmer. Eine Stunde später begab sich Kurtius in die Stube des Lehrherrn und schoß ihm drei Kugeln in den Kopf. Während Stieling zusammenbrach und hilflos auf dem Fußboden liegen blieb, ging Kurtius zu Wagenski zurück, sagte, daß er jetzt fliehen müsse, stieg durch das Fenster auf den Hof hinab und gewann auch die Straße. Hausgenossen jedoch, die Schüsse hatten fallen hören, setzten ihm nach und nahmen ihn bald fest. Stieling liegt im Krankenhaus noch schwer danieder. Vernehmungsfähig ist er noch nicht.

Für die Berliner ist alles gut. Damit hatte, wie in gerichtlicher Verhandlung festgestellt wurde, der Wirt eines Sommerlokals in Heiligensee die ungläublichen Schmeicheleien in seinem Betriebe zu beschönigen gesucht. Nun richtet der Amtsvorsteher von Zehlendorf einen längeren Erlaß an sämtliche Wirte seines Amtsbezirks, worin er sie erucht, „allen Ernstes im allgemeinen auf eine gute Bedienung zu halten und allenthalben bei der Darbietung von Speisen und Getränken und in der Haltung des Geschäftes die größte Sauberkeit zu beobachten. Das Personal wird in jedem Lokale strengstens zur Einhaltung dieses Grundgesetzes zu ermahnen und auf Befolgung zu kontrollieren sein. Speziell mache ich darauf aufmerksam, daß z. B. die in einzelnen großen Gartenlokalen beobachtete Behandlung des Kaffeegeschirrs nicht einwandfrei genannt werden kann." Der Erlaß der zahlreiche Anweisungen hygienischer Art enthält, kündigt eine allgemeine Revision der Wirtschaften und Schankstätten an. Offenbar bleibt es nicht bei der bloßen Ankündigung und läßt man die schönen Vorschriften nicht bloß auf dem Papier stehen.

Die Gemeindevertretung von Heiligensee a. S. hat sich in ihrer letzten Sitzung auf einen anderen Standpunkt gestellt als die Ernst Zielenschen Eheleute, deren Wahlpruch war: „Für die Berliner ist alles gut genug". In der zu Heiligensee gehörenden Kolonie Kronsdorferhöhe wollte ein Gastwirt einige Gerätschaften als Sommerwohnung vermieten. Trotzdem diese Schuppen ziemlich wohllich hergerichtet sind, breite Fenster besitzen und über gute Ventilation verfügen, hat die Gemeindevertretung sich doch gesagt, daß diese „Sommerwohnungen" für die Berliner nicht gut genug sind, und die nachgesuchte Zustimmung zur Vermietung der Schuppen nicht erteilt.

Die Frühjahrsparade hat gestern unter dem üblichen drum und bran, vor allem unter den erheblichen Absperungen stattgefunden.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der am Himmelfahrtstage ausgefallene Unterricht in Rationalökonomie wird am 1. Juni (dritter Feiertag) vom Genossen Vorhards nachgeholt werden.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania gelangt in dieser Woche der neue Vortrag „Rom und die Campagna", der uns durch den Palatin und die Kaiserpaläste, das Forum Romanum und den heiligsten Teil des alten Rom, das Kapitöl, die schwermütige Campagna bis hinab in die Hafenstadt Ostia an der Hand zahlreicher Lichtbilder führt, allabendlich zur Darstellung. Anlässlich der Schulferien werden am Sonntag, Montag, Dienstag und Mittwoch Nachmittagsvorträge zu kleinen Preisen gehalten werden und zwar am Sonntag und Mittwoch „Ueber den Brenner nach Venedig", am Montag „Durch Dänemark und Schweden" und am Dienstag „Von der Jugitipe zum Bagmann".

Die Dreddennerstraße von der Budowerstraße bis zum Oranienplatz wird behufs Asphaltierung vom 2. nächsten Monats ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Der „Biermandatsbrand" laukete das Thema, über das Genosse Ströbel in der am Dienstag stattgefundenen Wahlvereinsversammlung referierte. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten noch durch die Genossen Leinert und Thielecke ergänzt. Ein Herr Fromholz empfahl der Versammlung, sich nicht an der Landtagswahl zu beteiligen, da die Arbeiterchaft doch keinen Vorteil hiervon habe. Genosse Ströbel rechnete in seinem Schlusswort gründlich mit dem Herrn ab. Die Versammlung erklärte durch den reichen Beifall, daß sie mit den Ausführungen des Referenten einverstanden sei. Alsdann wurde Genosse Heinrich als erster Schriftführer an Stelle des Genossen Hierdt, welcher sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hat, gewählt. Unter Vereinsangelegenheiten teilte der Vorsitzende mit, daß die Bezirksführerschaft am Mittwoch, den 2. Juni, das Stiftungsfest am 27. Juni in den Rathausjalen stattfindet. Das Eintrittsgeld ist auf 25 Pf. festgesetzt. Zum Schluss wies der Vorsitzende auf die im November stattfindenden Stadtverordnetenwahlen hin, er ersuchte die Anwesenden, schon jetzt recht reger hierfür zu agitieren. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende mit warmen Worten der verstorbenen Genossen Scheer, Butz und Hausner, die Versammlung ehrte dieselben in üblicher Weise.

Friedenau.

Ueber Erziehungsfragen referierte in der letzten Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins Genosse Göhre-Zehlendorf. Die warmen, von großen pädagogischen Kenntnissen zeugenden Worte fanden allgemeinen Beifall. Genosse Göhre wurde gebeten, seinen Vortrag in der nächsten Zeit fortzusetzen. Hierauf gab Genosse Dietrich einen Bericht vom dem Raifest, Genosse Adam vom Stiftungsfest. Genosse Klemm berichtete, daß ein unbekannter Ueber dem Wahlverein für die Bibliothek 10 M. spendet habe. Es sei nodinalms darauf hingewiesen, daß die Ausgabe von Bibliotheksbüchern jeden zweiten und vierten Sonnabend im Monat, abends von 8 Uhr ab, bei Schönfeld, Rheinstr. 31, erfolgt. Genosse Böhmman ersucht noch besonders, bei den Pfingstausflügen die Lokalliste genau zu befragen.

Rummelsburg.

Gewerbegerichtswahlen! Folgende Geschäftsinhaber haben sich bereit erklärt, die Legitimationen für die am 8. Juni stattfindenden Weisigerwahlen zum hiesigen Gewerbegericht zu befragen. Auch liegen dort die Formulare für die am Ort beschäftigten und die am Ort wohnenden Wähler von heute ab aus: Paul Ritter, Schillerstraße 26, Alfr. Rothe, Linstr. 46, Otto John, Karlsborfer Straße 1, Ost. Blume (früher Tempel), Al-Vorhagen 56, Leop. Herwig, Grünberger Straße 10, Otto Teut, Wählschtr. 31.

Die Gewerkschaftskommission.

Trebbin (Kreis Teltow).

Der letzte Stadtverordnetenversammlung lag ein Projekt zur Erbauung einer neuen Badeanstalt vor, das die Genehmigung des Landratsamts und des Ruteschau-Vereins gefunden hat; die Anstalt wird wieder am alten Platze errichtet. Der Unterbau soll in Beton und Eisen, der Oberbau in Holz ausgeführt werden. An Kosten sind 5100 M. veranschlagt. Die Versammlung beschloß nach kurzer Debatte einstimmig die Errichtung der Anstalt und ersuchte den Magistrat, die Ausführung zu beschleunigen. Herr Bürgermeister Waudsch wies mit seltener Energie und Nachdruck den Vorwurf zurück, daß die Schuld an der Verzögerung dieser Sache den Magistrat trafe. Da Einsprüche gegen die letzten Zahlen nicht erhoben sind, wurden dieselben für gültig erklärt. Nachdem die Kommission und der Magistrat die Pläne für den Schulhausneubau bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet hatten und dieselben auch genehmigt wurden, war beschlossen worden, an den Kultusminister eine Vitzschrift betr. Staatszuschuß zu richten. Dieselbe ist jedoch von der Regierung nicht weitergegeben worden, da sie der Pläne und sachlichen Unterlagen entbehre. In dem Antwortschreiben war auch auf die Schwierigkeiten hingewiesen worden, die die obere Schulbehörde bei Gewährung solcher Zuschüsse bereite. Vor allem würde der Bau dadurch auf mindestens ein Jahr hinausgeschoben werden, da für angefangene Bauten überhaupt keine Zuschüsse gewährt werden. Weiter müssen die von der Stadt erhobenen Einkommensteuervorschläge mindestens 200 Proz. betragen. Da der Zuschuß der Regierung aber gütigenfalls nur 8000 M. betragen, außerdem auch die Regierung noch die Pläne nach ihrem Willen umarbeiten würde, so hat die Kommission wie der Magistrat beschlossen, auf jegliche Staatsbeihilfe zu verzichten. Diesem Beschluß schloß sich auch die Versammlung nach Vorlesung der Vorgänge einstimmig an. Damit dürfte der Umbau der Schule als gesichert erscheinen, sie soll noch in diesem Jahre im Rohbau fertiggestellt werden. Die Kosten sind mit 150 000 M. veranschlagt. Vorgelesen ist neben der Errichtung moderner Klassentäume die Einrichtung eines Zeichenraumes und die Anlage eines Brausebades. Diese Einrichtungen würden bei Gewährung eines Staatszuschusses unbedingt gestrichen werden.

Nieder-Schönhansen.

Eine anregende Diskussion rief in der letzten Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins ein Vortrag des Genossen Lötterer über Jugendorganisation und Arbeiterbewegung hervor. Ramentlich wurde darüber diskutiert, welches die beste Form der Jugendorganisation auf Grund des Rürberger Parteitagbeschlusses sei. Hierauf wurden noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Der Restaurateur Seig, gegen dessen Lokal die hiesigen sozialdemokratischen Arbeiter den Saalboykott ausgesprochen, hatte, als er noch Tanzmusik abhielt, von der Stadt eine elektrische Leitung nach seinem Lokal legen lassen und sich auf fünf Jahre verpflichtet, jährlich für 600 M. Elektrizität abzunehmen resp. zu garantieren. Jetzt, nachdem er den Saal nicht mehr zu Vergnügungen demüht, will er gerne von dem Vertrage loskommen, er bot daher der Stadt eine Abstandssumme von 500 M. Die Legung des Kabels hat allein 1100 M. gekostet. Der Magistrat verlangte 1000 M. Seig meldete sich an die Stadtverordneten-Versammlung und diese kam seinen Wünschen sofort entgegen. Wahrscheinlich während war es, wie man dem armen gemäßigten Seig bedauerte, der nur dadurch sich so lange gegen den Ansturm der Sozialdemokraten halten konnte, weil er demütigt genug war. Die Stadtverordneten Matthias, Köhler und Jschalig, drei ehemalige Restaurateure, traten warm für ihren Kollegen ein und die Versammlung verlangte nur 500 M., die Seig geboten hatte. — Dem Gesangsverein Hoffmannsche Liedertafel, der im nächsten Monat sein fünfzigjähriges Stiftungsfest feiert, bewilligt die Versammlung außer einem Ehrenpreise im Werte von 100 M. noch 300 M. zu einer am dem Tage zu veranstaltenden Feier auf dem Marktplatz, zu welcher auch die Stadtverordneten

und der Magistrat eingeladen sind. Den Arbeitervereinen gestattet man dagegen nicht einmal einen Umzug, der der Stadt nichts kostet. — Zu dem Orisstatut für die gewerbliche Fortbildungsschule ist auf Veranlassung der Regierung ein Nachtrag eingebracht, wonach über diejenigen jungen Leute, welche durch Geldstrafen nicht zu bändigen sind, Karzerstrafen verhängt werden können. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. Es fehlt nur noch, daß für die gewerblichen Fortbildungsschüler noch die Prügfstraße eingeführt wird; die Versammlung in ihrer heutigen Zusammenkunft würde dem sicher auch zustimmen. — Für die Gustav-Adolf-Stiftung, die am 16. und 17. Juni hier eine Versammlung abhält, fordert der Magistrat zu einer Festgabe die Summe von 600 Mark. Stadtverordneter Genosse Pieper ersucht die Vorlage abzulehnen; es würden ja ziemlich hohe Kirchensteuern erhoben, aus denen die Kosten bestritten werden könnten, das Geld der Steuerzahler sei jedenfalls nicht dazu da, für solche Zwecke verwendet zu werden. Der Koch-Arbeitervertreter Schmidt II legte sich kräftig für die Vorlage ein, weil die Gustav-Adolf-Stiftung ja auch für Schulen sorge. (Über fragt mich nur nicht wie!) Originell war die Entgegnung des Oberbürgermeisters, der da meinte, wenn die Nikolaiskirche alle die Kosten zahlen müßte, dann würden schließlich noch mehr Kirchensteuern erhoben werden. Ein Stadtverordneter, der Apotheker Herzberg, beantragte sogar, die Summe auf 1000 M. zu erhöhen. So weit ging nun die Versammlung allerdings nicht, aber die 600 M. wurden bewilligt, unbekümmert darum, daß auch das Geld derjenigen Personen dabei ist, die von Kirche und kirchlichen Vereinen nichts wissen wollen. Eine allerliebste Geschichte erfuhr die Stadtverordneten auch bei Beratung der Vorlage, Bewilligung von 273 000 M. für Erweiterung der Gasanstalt. Stadt. Genosse Pieper fragte nämlich, ob es wahr sei, daß die Kohle, welche jetzt ein hiesiger Kohlenhändler für Gasanstalten liefert, derartig schlecht sei, daß der Stadt ein Schaden von circa 36 000 M. daraus erwachse. Er habe gehört, die Kohle enthalte statt 3 Prozent 10 bis 12 Prozent Wasser und man ziehe aus 100 Kilo statt 29 Kubikmeter nur 23 Kubikmeter Gas. Zunächst ging man stillschweigend über die Frage hinweg und vielleicht hätte man dieselbe gar nicht beantwortet, wenn nicht der Stadtverordneter Genosse Piek, der Mitglied der Gasdeputation ist, befragte, daß die Sache sich so verhalte, wie Genosse Pieper ausgeführt. Der Lieferant sei sogar ein hiesiges Magistratsmitglied, der unbesoldete Stadtrat Adler. Der Dezerent der Gasanstalt, Bürgermeister Wolf, versuchte zwar, die Sache etwas beizulegen, und der Baurat Paul wollte sogar den Vorkandidaten, als Piek hervorhob, der Lieferant sei ein Magistratsmitglied, man müßte aber doch zugestehen, daß die Sache im allgemeinen richtig sei. Ein für die Arbeiterchaft wichtiger Punkt ist die Behandlung des Antrages der sozialdemokratischen Stadtverordneten Pieper und Genossen, welche beantragten, die Versammlung wolle beschließen, an dem von der Versammlung gefassten Beschluß betreffend Festsetzung der Gewerbegeichtswahlen an einem Sonntage festzuhalten. Ferner wird beantragt, für die Arbeitgeberbeiträge zum Gewerbegeicht die Verhältniswahlen einzuführen. Stadtverordneter Genosse Pieper als Referent begründete den Antrag. Er widerlegte die Gründe des Magistrats für die Ablehnung der Wahl an einem Sonntag in zutreffender Weise. Er beantragte dann ferner, daß die Wahl in drei Lokalen, statt wie bisher in einem abgehalten werde. Wenn man bedenkt, daß die Versammlung in voriger Sitzung dem Antrage auf Sonntagswahl nahezu einstimmig zugestimmt, so muß man sich über das heutige Verhalten der bürgerlichen Stadtverordneten doch wundern. Zunächst erklärte der Stadtverordnete Löpfermeister Weber, daß er gegen die Sonntagswahl nichts einwenden wolle. Die Verhältniswahl aber auch für die Arbeitgeberbeiträge einzuführen, sei nicht nötig, diese brauchten sie nicht, die Arbeitgeber stellen nur eine Liste auf. Er mußte sich dem Stadtrat Stritte fügen lassen, daß, wenn die Verhältniswahlen einmal beschlossen, diese auch für beide Teile gelten. Der Herr Stadtrat meinte dann weiter, die Wahl finde von 10—2 und 4—8 Uhr statt, da habe jeder Zeit zum Wählen. Jetzt trat der Stadtverordnete und königliche Betriebschreiber Simon, auch ein Vertreter der dritten Abteilung in die Arena und meinte, obwohl ihm als Staatsarbeiter die Gewerbegeichtswahl gar nichts angeht; Wenn die Arbeiter den 1. Mai feiern und nicht danach fragen, daß sie einen ganzen Tag Lohn verlieren, dann können sie auch die paar Stunden in der Woche für die Wahl opfern. Stadtverordneter Maurermeister Hülfesfeld will für die Wahl am Sonntag eintreten, wenn der 1. Mai nicht mehr gefeiert werde. Genosse Piek weist zunächst den Stadtverordneten Weber darauf hin, daß ja der Antrag, die Verhältniswahlen einzuführen, vom Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein eingebracht sei und die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben in lokaler Weise und weil sie auch für Verhältniswahlen sind, dafür gestimmt. Was die Wahl am Sonntage betrifft, so finden die Wahlen für das Kaufmannsgericht und auch die kirchlichen Wahlen an einem Sonntage statt. Man möge also bei dem einmal gefassten Beschlusse verharren. Dem Oberbürgermeister Bölsch schien es die Resolution angetan zu haben, welche die am Abend vorher tagende Protestversammlung angenommen hatte. Es wird darin nämlich verlangt, daß der Magistrat dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung Rechnung trage. Er meinte, der Magistrat lasse sich nichts vorschreiben und nichts abfordern. Obwohl Stadtverordneter Pieper nochmals versuchte, die Stadtverordneten zum Beharren auf ihren Beschluß zu veranlassen, wurde der Antrag gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Stadtverordneten abgelehnt. Für diesen Ausschlag gegen die Arbeiterinteressen werden die Arbeiter bei der demnächstigen Stadtverordnetenwahl die richtige Antwort geben müssen. Sie müssen dafür sorgen, daß derartige Ignorieren von Arbeiterwünschen von der Bildfläche verschwinden.

Französisch-Buchholz.

Ueber G. P. Reinders referierte in der Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins Genosse Schütte. Unter Verschiedenes kamen mehrere örtliche Angelegenheiten zur Sprache, so z. B. die Entwässerungsangelegenheiten sowie die fürchterliche Staubentwicklung in den Straßen durch den lebhaften Verkehr. Es wurde eine Resolution an die Gemeindevertretung beschlossen, in welcher um Abhilfe dieses gesundheitsgefährlichen Zustandes ersucht wird. Nachdem der Vorsitzende noch zu reger Agitation für die politische und gewerkschaftliche Agitation sowie für den „Vorwärts" ermahnt hatte, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Gerichts-Zeitung.

Widerstand?

Eine bedrohliche Szene, bei der ein Schuhmann in Gefahr geraten sein soll, war der Ausgangspunkt zu einer Anklage wegen Freiheitsberaubung und Widerstand, die den Schuhmacher Josef Rautenberg und dessen Sohn Robert vor die 3. Strafkammer des Landgerichts I führte. Am 24. März, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, wurde der Schuhmann Bedwert von einem Straßenpassanten aufgefordert, die Persönlichkeit eines Mannes festzustellen, der aus dem Rautenbergschen Schuhmachergeschäft herausgetreten sei und auf ihn Wasser ausgegossen habe. Als der Schuhmann diesem Verlangen nachkommen wollte, stieß er auf unerwarteten Widerstand: die Ladentür wurde ihm vor der Nase zugeschlossen und er mußte von draußen wiederholt Einlass fordern, ohne daß ihm aufgetan wurde. Diese Auspörrung des Schuhmanns erregte unter der schnell sich ansammelnden Menschenmenge große Heiterkeit und gab zu allerhand spöttischen Bemerkungen gegenüber dem Schuhmann Anlaß. Als endlich der Beamte durch die wiedereröffnete Tür den Laden betreten hatte, kam es zu einer erregten Szene. Der Schuhmann behauptet, daß ihm der alte Rautenberg aggressiv entgegen getreten sei und der junge R. schließlich sogar ein Messer geschwungen und drohende Bemerkungen ausgesprochen habe. Die Situation scheint für den Beamten etwas gefährlich geworden zu sein, denn nun hielten die Leute, die den Schuhmann draußen verhöhnt hatten, es für geboten, ihm zu Hilfe zu kommen. Sie hatten das Juden

des Messers durch die Scheiben hindurch und stürzten ein in den Laden, wobei sie sogar eine Scheibe eindrückten, da der Zugang zum Laden wieder verschlossen worden war. — Das Schöffengericht hatte den A. Vater zu 1 Woche, den A. Sohn zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. In der Verurteilung behaupteten die Angeklagten, daß der Schuhmann den Vater A. am Arm gepackt und gewaltsam gegen einen Arbeitstisch gedrückt habe. Der junge A. will dem Schuhmann als Legitimation seinen Militärdienstausweis vorgezeigt haben, er behauptet aber, daß der Beamte sich damit nicht zufrieden erklärt, sondern den Schein eingesehen bzw. zerrissen habe. Die Drohung mit dem Schustermesser habe nicht dem Schuhmann gegolten, sondern denjenigen, die es da wagen sollten, gewaltsam in den Laden zu dringen. — Drei Zeugen, darunter ein Sohn des alten A. bekundeten eidlich, daß der Schuhmann so vorgegangen sei, wie es die Angeklagten behaupteten. Dieser Darstellung standen die Bekundungen des Schuhmanns und eines anderen Zeugen diametral gegenüber. Das Gericht hielt die Aussagen der drei Entlastungszeugen für sehr verdächtig, da die Situation nicht dafür spreche, daß ein eben erst von der Menge verhöhrter Schuhmann vor den Augen derselben Menge, die die Vorgänge durch die Glascheiben beobachtete, sich in solcher Weise benehmen würde, wie es hier behauptet worden. Der Gerichtshof erklärte die drei Zeugen sogar durch den Mund des Vorsitzenden des Meineides dringlich verdächtig, da ihre Aussagen nach Ansicht des Gerichts auch Widersprüche in sich aufweisen. Nach den Ergebnissen der neuen Beweisaufnahme hielt das Gericht die erkannten Strafen für sehr gering und erkannte auf Verweisung der Berufung.

Verfassungen.

Die Steinarbeiter nahmen in einer kombinierten Mitglieder-Versammlung, die am Donnerstagabend in den Arminkallen stattfand, den Jahresbericht der ehemaligen Filiale II entgegen. (Weide Filiale haben sich am 1. April 1909 verschmolzen.) Der Bericht lag gedruckt vor und umfaßt die Zeit vom 1. Januar 1909 bis 28. März 1900. Diese Zeit stand im Zeichen der Krise. Kämpfe konnten nicht geführt werden. Viele Steinarbeiter hatten unter Arbeitslosigkeit zu leiden. Die Kaiserzeit 1908 konnte nicht in größerem Umfang begangen werden. Einige Arbeitgeber weigerten sich, neue Tarife abzuschließen; in einem Falle wurde sogar eine Lohnreduktion vorgenommen. Die Gesamtzahl der Mitglieder betrug 318, davon gingen ab 118, so daß zuletzt ein Bestand von 200 verblieb. Von den Mitgliedern waren arbeitslos im ersten Quartal I. J. 134, im zweiten Quartal 81, im dritten Quartal 73, im vierten Quartal 127 und im ersten Quartal d. J. 64. Die Einnahmen betragen für die Vertriebsperiode 8580,70 M., die Ausgaben 8292,81 M. Der Restbestand am 31. Dezember 1907 betrug 554,37 M., somit verbleibt am 28. März 1909 ein Bestand von 842,96 M.

Die Versammlung nahm einen Vorschlag der Ortsverwaltung an, daß jedes Mitglied, das am 1. Mai arbeitet, eine Raimark zum Betrage von 1 M. zu entnehmen habe.

Der Vorsitzende berichtete, daß es in der Grabsteinbranche besonders schwer sei, bessere Verhältnisse herzustellen. Die kurze Saison, von Ostern bis Pfingsten, läßt eine Interessengemeinschaft unter den Angehörigen dieser Branche nicht recht aufkommen. Immerhin sei es wieder gelungen, in einigen Geschäften den Tarif zur Anerkennung zu bringen. — Erwähnt wurde noch, daß die Steinarbeiter mehr wie bisher ihr Recht wahrnehmen müßten, an den Sonnabenden und vor den Festtagen um 3 Uhr Feiertag zu machen.

Ein Vortrag von Max Grünwald über den „Produktionsprozeß des Kapitals“ wurde von der Versammlung sehr beifällig aufgenommen.

Transportarbeiterverband. In der am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung der Verwaltung II erstattete U. H. es den Geschäftsbericht für das erste Quartal. Er führte unter anderem aus: Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse stehen der Ausbreitung der Organisation hemmend im Wege. Trotzdem hat sich die Verwaltung bemüht, nach Möglichkeit agitatorisch zu wirken. Die Agitation ist entfaltet worden bei einigen Branchen der Geschäftskutscher, bei den Petroleumkutschern, dem Volleschen Personal, den Speicherarbeitern, Möbeltransportarbeitern und Bierfahrern. Nicht immer hatte die Agitation den gewünschten Erfolg, doch brachte sie in manchen Fällen befriedigende Resultate. Eine für das Vollesche Personal veranstaltete Versammlung wurde von Vorgesetzten aus dem Volleschen Betriebe beobachtet und deshalb von den Kutschern nicht besucht. 13 Burschen, die an der Versammlung teilnahmen, wurden am anderen Tage entlassen. Der Verband konnte ihnen aber bald andere Arbeit nachweisen. Die Möbeltransportarbeiter hatten in zwei Betrieben kurze Abwehrtreife zu führen. — Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 15 044 männliche, 1254 weibliche und 541 jugendliche, zusammen 17 439. Der Zugang betrug 1414, der Abgang 1689, so daß sich die Mitgliederzahl am Schluß des Quartals auf 17 844 belief und zwar 15 864 männliche, 1313 weibliche und 567 jugendliche.

Der vom Kassierer Lud erstattete Kassenbericht zeigt eine Einnahme (einschließlich Bestand) von 101 338 M., eine Ausgabe von 88 620 M. und einen Bestand von 14 718 M. Für Unterstützungen wurden aus der Hauptkasse gezahlt: An Arbeitslose 34 457,80 M., an Kranke 15 779,35 M., an Streikende 790,90 M., an Gemäßregelte 2743,80 M., Extraausstattung 1095 M., Beerbigungsbeiträge 1618,40 M., Rechtschutz 277,25 M., zusammen 56 702,60 M.

In der Diskussion wurde viel darüber gesagt, daß dem Personal der Volleschen Werke der Beitritt zur Gewerkschaft unmöglich gemacht wird. Mehrere Redner wünschten lebhaft, daß die Arbeiter, die ja einen großen Teil der Volleschen Kundschaft ausmachen, nicht in solchen Geschäften kaufen müßten, wo organisierte Arbeiter nicht geduldet werden. Die gleichen Klagen wurden geführt über die Brotfabrik von Korz, welche an Konsumvereine liefern soll und über die Paketfabrik von Starke u. Co., welche die Zeitungen einiger Gewerkschaften befördert. — Aus der Versammlung wurde ein Antrag gestellt, welcher besagt, es solle bei der Gewerkschaftskommission beantragt werden, sie möge die Gewerkschaften veranlassen, ihre Zeitungen nicht mehr durch die Paketfabrik bestellen zu lassen, weil diese ihren Arbeitern das Koalitionsrecht verweigert. — U. H. es erklärte, die Ortsverwaltung stehe diesem Antrage sympathisch gegenüber, doch wäre es empfehlenswert, denselben erst der nächsten Vertrauensmännerkonferenz vorzulegen. — Hierauf wurde der Antrag zurückgezogen, um ihn der Vertrauensmännerkonferenz einzubringen.

In der außerordentlichen Generalversammlung der bau-gewerblichen Hilfsarbeiter referierte Genosse Robert Schmidt über: Der Kampf der Arbeiterklasse um ihre wirtschaftliche Stellung. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Dem Bericht vom Verbandstag erstattete dann Otto Baum. Dem Bericht folgte eine rege Diskussion, in welcher alle Redner ihrer Zufriedenheit über die Verschmelzung mit dem Verbands der Maurer Ausdruck gaben. Der Beschluß auf Beibehaltung der Arbeitslosenmarkte wurde jedoch den Delegierten sehr verüßelt. Ebenso bewunderten Röser und Oisonky den Beschluß der Preskommission. Hoppe trat allen Rednern entgegen, die da behaupten, die Kritik an den Beschlüssen des Verbandstages sei überflüssig. Die heutige Versammlung sei dazu da, Kritik zu üben. Dafür müsse aber bis zum nächsten Verbandstag das Kritisieren unterbleiben und tatkräftig für die Beschlüsse des Verbandstages einzutreten werden. Der Preskommission weinte er keine Träne nach, hieß sich als Delegierter zum Verbandstag erklärte, daß die Berliner Delegierten nicht anders als den Verhältnissen entsprechend handeln könnten. Mehrere Punkte der Tagesordnung konnten nicht erledigt werden, da sich die ohnehin schon schwach besuchte Versammlung noch mehr gelichtet hatte.

Die Sektion der Gips- und Zementbranche (Gruppe Zementherzer, Einsholer und Hilfsarbeiter) hatte am Sonntag eine Ver-

sammlung einberufen, in welcher der Bericht von der am 5. bis 8. April 1909 abgehaltenen ersten Konferenz der Zementarbeiter Deutschlands entgegengenommen wurde. Ueber die Verhandlungen ist feinerzeit im „Vorwärts“ berichtet worden. Hierauf nahm Vorsitzender H. a. e. das Wort und gab vorerst ein anschauliches Bild über die Verhältnisse des Berufes von Anfang an, wie Mißstände aller Art in schlimmster Weise vorhanden gewesen seien, wie das Unternehmertum mit allen Mitteln Korruption und Schmarotkertum unter den Arbeitern züchtete und diese Zustände erst unter dem Einfluß der inzwischen entstandenen Organisation eingedämmt bzw. ganz ausgerottet wurden.

Anschließend kamen dann die Zustände bei der Firma Czarnikow u. Co. zur Sprache. Die Arbeitszeit ist daselbst bis ins Maßlose ausgedehnt. Dem Eindringen der Organisation sucht die Firma dadurch vorzubeugen, daß sie täglich, oft sogar fründlich die nicht ganz verbandtreuen Arbeiter ausmerzt und entläßt. Ueber die Behandlung der Arbeiter durch einzelne Poliere der Firma wurden geradezu beschämende Tatsachen zutage gefördert. Stundenlöhne von 45 Pf. werden gezahlt. Nicht selten müssen die Arbeiter bis 2½ Stunden am Sonnabend bei der Auszahlung des Lohnes warten. In der sehr regen Diskussion wurde von den einzelnen Rednern auch erwähnt, daß Arbeiter bei der genannten Firma von Polieren täglich angegriffen werden.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Hohenheim. (Anfang 7 Uhr.) Montag: Margarete. Dienstag: Der Freischütz. Mittwoch: Tristan und Isolde. (Anfang 7 Uhr.) Donnerstag: Die Fledermaus. Freitag: Cardanopal. (Anfang 8 Uhr.) Sonnabend: Die Weiserfinger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Sonntag: Madame Butterfly. Montag: Die Huguenoten. (Anfang 7½ Uhr.)

Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Die Journalisten. Montag: Die Karolinger. Dienstag: Die Rabensternin. Mittwoch: Ein Erfolg. Donnerstag: Prinz Friedrich von Homburg. Freitag: Ein Erfolg. Sonnabend und Sonntag: Die Kieder des Euripides. Montag: Die Jungfrau von Orléans. (Anfang 7½ Uhr.)

Neues Königl. Opern-Theater. Sonntag: Faust. (Anfang 7 Uhr.) Montag: Wagnon. Dienstag bis Freitag geschlossen. Sonnabend: Der fliegende Holländer. Sonntag: Salome. Montag: Madame Butterfly. (Anfang 7½ Uhr.)

Deutsches Theater. Sonntag und Montag: Faust. (Anfang 7 Uhr.) Dienstag und folgende Tage: Die schide Auguste. (Anfang 7½ Uhr.)

Deutsches Theater. (Kammerstücke.) Sonntag und Montag: Der Arzt am Scheitwege. Dienstag: Unbestimmt. Mittwoch und folgende Tage: Ein Scharlach in Monte Carlo. (Anfang 8 Uhr.)

Leipziger-Theater. Bis auf weiteres täglich: Die Dollprinzessin. (Anfang 8 Uhr.)

Berliner Theater. Sonntag und Montag nachmittags 3 Uhr: Minna von Barnheim. Abends bis auf weiteres täglich: Ein Herbstmännchen. (Anfang 8 Uhr.)

Neues Schauspielhaus. Bis auf weiteres täglich: Rahé. (Anfang 8 Uhr.)

Kleines Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Jugend. Abends: Moral. Montag: Nachmittags 3 Uhr: 2 x 2 = 3. Dienstag: Der Andere. Von Mittwoch bis auf weiteres täglich: Moral. (Anfang 8 Uhr.)

Neues Theater. Bis auf weiteres täglich: Tricofe und Cacolet. (Anfang 8 Uhr.)

Residenz-Theater. Bis auf weiteres täglich: Kimmere dich um Amelie. (Anfang 8 Uhr.)

Romische Oper. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Tieleand. Abends: Tosca. Montag: Nachmittags 3 Uhr: Carmen. Abends: Tieleand. Dienstag: Hoffmanns Erzählungen. Mittwoch: Carmen. Donnerstag: Der Toreador. Dänischer Hofball. Freitag: Pierpuppen. Dänischer Hofball. Sonnabend: Der Toreador. Dänischer Hofball. Sonntag: Die verkaufte Braut. Dänischer Hofball. Montag: Der Toreador. Dänischer Hofball. (Anfang 8 Uhr.)

Pöbel-Theater. Sonntag: Hohes Spiel. Montag: Revolutionshochzeit. Dienstag: Frau Barrens Gewerbe. Mittwoch: Revolutionshochzeit. Donnerstag: Der Liebhaber. Freitag: Frau Barrens Gewerbe. Sonnabend: Revolutionshochzeit. Sonntag: Hohes Spiel. Montag: Der Liebhaber. (Anfang 8 Uhr.)

Trianon-Theater. Bis auf weiteres täglich: Liebesgemitter. (Anfang 8 Uhr.)

Neues Operetten-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Das verurteilte Schloß. Abends: Der Zigeunerbaron. Montag nachmittags 3 Uhr: Das verurteilte Schloß. Von Dienstag bis auf weiteres täglich: Der Zigeunerbaron. (Anfang 8 Uhr.)

Kabarett-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Im Klubstiel. Abends bis auf weiteres täglich: Der Hebling der Damen. Ein Freundschafsbüchlein. (Anfang 8 Uhr.)

Theater des Westens. Sonntag: Nachmittags 3½ Uhr: Ein Balzertum. Abends: Der ideale Bauer. Montag nachmittags 3½ Uhr: Die lustige Witwe. Abends: Der ideale Bauer. (Anf. 8 Uhr.) Von Dienstag ab geschlossen.

Schiller-Theater O. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Charles Lant. Abends: Doktor Klaus. Montag: Nachmittags 3 Uhr: Die Zwillingsschwester. Abends: Junger Obrigkeit. Dienstag, Mittwoch und Donnerstag: Der Herr von Willen. Freitag: Junger Obrigkeit. Sonnabend, Sonntag und Montag: Der Herr von Willen. (Anfang 8 Uhr.)

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Wilhelm Tell. Abends: Der Herr von Willen. Montag: Nachmittags 3 Uhr: Das Erb. Abends: Rargh. Dienstag: Ein Erfolg. Mittwoch: Doktor Klaus. Donnerstag: Ein Erfolg. Freitag: Der Herr von Willen. Sonnabend, Sonntag und Montag: Ein Erfolg. (Anfang 8 Uhr.)

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Dulacmeyer. Abends: Der Kilometerfresser. Montag: Nachmittags 3 Uhr: Im weißen Röhl. Abends und Dienstag: Die beiden Reonoren. Mittwoch: Der Kilometerfresser. Donnerstag und Freitag: Die beiden Reonoren. Sonnabend: Im weißen Röhl. Sonntag und Montag: Die beiden Reonoren. (Anfang 8 Uhr.)

Thalia-Theater. Sonntag und Montag: Marcel Salzer-Abend. Von Dienstag bis auf weiteres täglich: Im Galo Robesse. (Anfang 8 Uhr.)

Kaisers-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Stabale und Liebe. Abends: Krone und Fessel. Montag: Nachmittags 3 Uhr: Das Räthchen von Hellbrom. Abends: Die Grille. (Anfang 8 Uhr.) Von Dienstag ab geschlossen.

Berliner Operetten-Theater SW. Sonntag und Montag: Nachmittags 3 Uhr: Die Handlanger. Abends bis auf weiteres täglich: Das Teufelsweib. (Anfang 8½ Uhr, Sonntag 8 Uhr.)

Gastspiel-Theater. Sonntag und Montag: Nachmittags 3 Uhr: Die Frau Helmi. Abends bis auf weiteres täglich: Lord Alster, Der große Unbekannte. (Anfang 8½ Uhr, Sonntag 8 Uhr.)

Bernhard Rofe-Theater. Sonntag und Montag: Nachmittags 3 Uhr: Der Leiermann und sein Pflegekind. Abends bis auf weiteres täglich: Das Mädchen ohne Uhr. (Anfang 8 Uhr.)

Folies Caprice. Abends: Klein — endlich. Ungerade Tage. (Anfang 8½ Uhr.)

Metropol-Theater. Abends: Die oberen Reichtümer. Anfang 8 Uhr.

Reichshallen-Theater. Abends: Steifner Säger. Der Kompagnieball. (Anfang 8 Uhr.)

Wintergarten. Abends: Spezialitäten.

Apollo-Theater. Abends: Spezialitäten.

Passage-Theater. Sonntag und Montag: Nachmittags 3 Uhr und abends: Spezialitäten.

Walhalla-Theater. Abends: Spezialitäten.

Palast-Theater. Abends: Spezialitäten.

Urania-Theater. Laubstr. 44/46. Sonntag: Ueber den Brenner nach Venedig. Montag: Durch Dänemark und Südschweden. Dienstag: Von der Jagd zum Bahmann. (Anfang 4 Uhr nachmittags.) Sonntags abends bis auf weiteres täglich: Rom und die Campagna. (Anfang 8 Uhr.)

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Eingegangene Druckschriften.

Geschäftsbericht der Ortstrankenkasse der Bildhauer, Stukkateure und verwandten Gewerbe zu Berlin. Fünftägiges Versehen der Kasse. 22 Seiten. Selbstverlag.
Der Grundbesitzwechsel in Rußland 1861-1906. Von Professor Dr. B. v. Smolnitsch. 3 Bände. Höhere Arbeitslosenrat der kürzeren Arbeitszeit. Von E. Bernhard. Heft 138 der „Staat- und sozialwissenschaftlichen Forschungen“. 250 Bl. Ducker u. Humblot, Leipzig.
Herweghs Werte. 1. Band. 2 Bände. — Goldene Klassiker-Bibliothek Bong u. Co., Berlin W. 57.
Reclams Universal-Bibliothek. Nr. 5081, 5082. Sammlung von Schachaufgaben. 5. Teil. Von H. Gollzopf. Geb. 80 Pf. — Nr. 50833. Das Erblich des Tartarier. Lustspiel von R. Gollzopf. Geb. 60 Pf. — Nr. 5084. Der Pianca. Eine Geschichte aus den Schwarzen Bergen. Von R. Gollzopf. — Nr. 5085. Die Säule. Lustspiel von R. Bernheim. — Nr. 5086. Seine Frage und andere Novellen von Emma Haushofer-Mert.

— Nr. 5087. Nacht und Morgen. Schauspiel von P. Lindau. — Nr. 5088-5090. Novellen von Eichenb. Deutsch von H. Schindemann. Eingebunden geb. 20 M. H. Reclam Leipzig.

Nördliche Vororte von Berlin. Spandau, Tegel, Jungfernheide. 1 M. Jul. Straube, Berlin SW. 13.

6. Bericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftssekretariats in Harburg a. G. 1908. 20 Bl. Selbstverlag, Harburg, Band 11.

Jahresbericht 1908 der Allgemeinen Ortstrankenkasse Magdeburg. 42 Seiten. Selbstverlag.

Die Bank. Monatschrift für Finanz- und Bankwesen. Von H. Landburg. 6 Hef. 1,50 M. Bank-Verlag, Charlottenburg, Wielandstraße 13.

Erziehung und Unterricht schwachbegabter Kinder. Von D. Rickhorn. 2 Bände. T. Marhold, Halle a. S.

Bericht der Handelskammer für den Amtsbezirk Pforzheim 1908. 160 Seiten. Selbstverlag.

Das soziale Gemeinschaftsleben im Deutschen Reich. Vorkurs der Volkshilfslehre und Bürgerkunde in sozialgeschichtlichem Ausmaß für höhere Schulen und zum Selbstunterricht. Von Elisabeth Gnaud-Röhne. Geb. 1 M. Volkvereinsverlag, M. Gladbach.

Die Stellung des Värger zur Reform der Gerichtsverfassung und des Strafprozesses. Von Dr. W. Wittermaier. 60 Bl. A. Töpelmann, Gießen.

3. Jahresbericht des Arbeitersekretariats und 9. Bericht des Gewerkschaftssekretariats 1908 in Offenbach a. M. 58 Seiten. Selbstverlag.

Lebensgang eines deutsch-tschechischen Handarbeiters. Von B. Gold. Brosch. 4,50 M., geb. 5,50 M. — Die Christusmythe. Von A. Dresd. Brosch. 2 M., geb. 3 M. — Die sexuelle Krise. Von Grete Weisler. Geb. Brosch. 5,50 M., geb. 6,50 M. E. Dieckhoff Verlag, Jena.

Das Ende der Götter, Totenwacht, Der Jünger des Propheeten. Drei Einakter von E. R. Ebert. 2 M. Neues Leben, Berlin W. 90.

Die religiöse Alkoholvergiftung. Kirche und Schule. Von E. Hoeder. 1 M. D. Holtzer, Berlin W. 30.

„Per la patria!“ (Für Vaterland?) Szenen aus dem Mittelalter. Drei Akte von Pietro D'Antonio. Verlag der Tipografia Sociale in Udine.

Die sieben Wochentage und andere Erzählungen von A. Schmitt. Geb. 3,50 M., geb. 4,50 M. — Lehrszeit. Ein Bild aus einem Leben. Von August Supper. Geb. 4 M., geb. 5 M. — So seht ihr! Aphorismen von D. Behl. Zweite Folge. Geb. 3 M., geb. 4 M. (Eintığart, Deutsche Verlagsanstalt).

Die rechtliche Stellung der körperlichen Zwitter. Von Dr. E. Wilhelm. Juristisch-psychiatrische Grenzfragen VII. Heft 1. 1,50 M. C. Marhold, Halle a. S.

Beziehungen von Verhältnissen in Hamburg-Möna 1908. 85 Seiten. Hamburg-Mönaer Gewerkschaftssekretariat, Hamburg.

„Strafrecht und Sittlichkeit“ (Zur Reform des deutschen Reichsstrafgesetzbuchs) von Dr. Hans Dorn. Verlag Ernst Reinhardt, München. 83 S. 1 M.

Balzac, Menschliche Komödie. Bd. 1-6. Geb. 4,50 M., geb. 5,50 M., in Leber 7,50 M. pro Band. Inselverlag, Leipzig.

Krank am Weibe. Streifschiff von Käthe Stumpefeld. 1,50 M. R. Enfert, Dresden.

Generationsfolge und Progression in der Geschichtsbücherei von E. Kiegnan. 1 M. — Leo Tolstoi: Jüdische Legenden. Deutsch von E. Kiegnan. 1 M. — Jona Tomojahus. Roman von A. Kiegnan. 2,50 M. E. Kiegnan, Berlin und Leipzig.

Das Verbrechensproblem von Dr. E. Gittinger, I Teil. Berner Studien zur Philosophie und ihrer Geschichte. 218 Seiten. Scheitlin, Spring u. Cie., Bern.

Eintragung aus Irgendwo von Chr. Hübner. 1 M. Selbstverlag, Hamm, Westf.

12 Tage in München. Reiseberichte vom Bayerischen Hochwald von Professor R. J. Diemer. 1 M. Verlag E. Gerdner in München.

Der Kampf um die Arbeitsbedingungen. Berlin 1907. Tarifbewegung 1908 des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. 197 Seiten. Zentralverband der Maurer Deutschlands (H. Böhmeburg) Hamburg.

Deutsche Kundschaf für Geographie und Statistik. Heft 9. Herausgegeben von Prof. Dr. Fr. Umlauf. U. Hartmanns Verlag in Wien, jährlich 12 Hefte zu 1,15 M.

Neuer Führer durch Tangermünde mit Stadtplan. Herausgegeben vom Verkehrsverein. 30 Bl. R. Doelle, Tangermünde.

Das Schulzweckmäßige Gewerkschaftswesen und die modernen gewerkschaftlichen Entwicklungstendenzen von Dr. R. Jind. 7 M. G. Jischer, Jena.

Straßenkarte: Umgegend von Potsdam, Merder und Rehnin. 5 Bl. Selbstverlag, Berlin SW. 13.

Die Grundlagen des Monismus von A. Hinz. 1,50 M. E. D. Hinz, Halle a. S.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Vindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 10 Uhr abends bis 10 Uhr abends 7½ Uhr statt. Gebührt 7 Uhr Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Suchblatt und eine Karte als Vorkurs beizufügen. Briefliche Anträge werden nicht erliche. Bis zur Beantwortung in Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

B. G. Lüneburg. Verdrührung liegt nicht vor. Sie müssen die Kosten voll berichtigen. — A. 2. 7 und A. B. 125. Sie können unter Abklärung des Sachverhalts einen Strafantrag an die Staatsanwaltschaft richten. — A. R. 51. 1. Ja. 2. Nein. 3. Ja. — W. P. 68. Der Gutsbesitzer hätte nicht als solcher, sondern nur der Landbesitzer zu sein. Deshalb ist zu einer Uebernahme nicht zu raten. Die Mutter soll es mit einer Beschränkung an den Landrat versuchen. — G. R. 71. 1. Sie können noch sehr eine spezifizierete Rechnung schicken. 2. Ja. — Rixdorf 70. 1. Wenn Ueber Frau in Berlin wohnt; ja, nicht aber wenn sie in einem Vorort wohnt. 2. Die in Berlin wohnenden. 3. Die Berliner Kasse. — Streit 10. 2. In der Gemeinde keines Hofstübes. — Mar Hofmann. Falls nicht Ihr Verdrührung, wie die meisten in Berlin üblichen, eine entgegenstehende Vereinbarung enthält, hat der Wert die von Dritten zerbrosene Scheibe zu erzielen. — J. 3. 1. Nein. 2. Dem steht nichts entgegen. — Scheufendorf 99. 1. Nein. 2. Wiederholen Sie die Frage unter Ergänzung, um welche Art Unfall es sich handelt (bei der Arbeit? In einem unsichererem Geschäftsbetrieb?), dann er sich ereignet hat und wie der etwa ergangene Bescheld lautet. — A. 100. Das Staudesamt ist zur Einbehaltung der Urkunden berechtigt. — Stulpzeur. Die Antwort in Nr. 123 bezieht sich nicht auf Ihre Anfrage. Diese ist in Nr. 119 beantwortet. — W. S. 36. Ja. — G. S. 10. Ein Handlungsgeselle muß, da ihm eine sechswochenlliche Kündigungsrfrist zum Quartalsanfang zufließt, spätestens am 19. Mai, 19. August, 19. November, 17. Februar (im Schaltjahr 18. Februar) zum 1. Juli, Oktober, Januar und April kündigen. Eine Kündigung am 1. Juni zum 1. Juli ist verspätet. — P. W. 2225. 1. Ja. 2. Klagen Sie beim Amtsgericht auf Rückzahlung des Geldes. 3. Nein. 4. Senden Sie beides zu. 5. Eine 14 Pfennig-Rente. — J. P. 221. 91 b. Wo ist die Kündigung? — Mandola 22. Die Stadt ist nicht gerichtet. Ihre weiteren Fragen legen Sie wohl einem Ruchmann vor. — Werner, Paulstr. Wenden Sie sich an den Vorstand des Reichstagswahlkreises, Ravensbrück. — W. P. 64. Ueber können wir Ihnen einen solchen Nachweis nicht führen. Vielleicht ist der behandelnde Arzt dazu in der Lage. — G. S. 99. An einen realen Makler oder Kommode. — P. 27. Nein. Das geschieht auch nicht. — W. 3. 100. Verwaltung der Mobiliarsausstellung, Charlottenburg, Frauenhoferstraße. — G. Höger. Schriftliche Antworten ercheilen wir nicht. — Vertronlich. Heymanns Verlag, Rauerstraße. — 2 Wettende. Das ist ein Frage, die Ihnen eine Sportzeitung beantworten kann. — O. S. Reim. — P. 2. 8. Richten Sie die Beschränkung an den Oberbürgermeister. — R. P. M. 1. Die Kosten fallen Ihnen zur Last. Dasselben können bei der Nachhergültigkeit angeordnet werden. 2. Nein. 3. Der öffentliche Verkauf braucht nicht angeordnet zu werden. Das Gericht entscheidet, ob ein solcher zweckmäßig ist. — W. 78. 79. 1. Bei einer Klage der Firma gegen Sie können Sie die von Ihnen gemachten Klagen erheben, hätten aber wenig Aussicht auf Erfolg. 2. Gütergemeinschaft ist die Gemeinschaft der Güter (Soll und Haben) zwischen Eheleuten. Diese tritt nur ein, wenn sie vertraglich vereinbart ist. 3. Der Vater ist verpflichtet, einer Tochter im Falle ihrer Verdrührung zur Errichtung des Haushalts eine angemessene Kasse zu gewähren, soweit er bei Verdrührung seiner sonstigen Verpflichtungen ohne Gefährdung seines handw-mäßigen Unterhalts dazu instande ist und nicht die Tochter ein zur Verdrührung der Mutter andredendes Vermögen hat. — B. 39. Stistungsgeldentziehung des Magistrats, Poststraße 16. — Zwei Wettende 200. 1. Er ist dumm. 2. Er ist nicht ganz dumm. — R. R. Hier kann wohl nur praktische Uebung in Frage kommen; Schulen existieren dafür nicht. — A. 17. Haushaltungsschule des Reichshauses, W. 30, Vircaria-Landenplatz 6. — W. R. 100. Auf die Frage möcht ich der Fall richtig angewandt. — W. J. 66. Wenn ein Geschäft an Herrn Stadtrat Heller, Rathaus, Zimmer 21, erfolglos sein sollte, bleibt Ihnen nur der Weg der Annonce. — R. W. 21. Redaktionen Kleine Annoncier-Str. 8, Bureau der städtischen Straßenreinigung. — R. D. 117. Berliner Adreßbuch, 2 Teil, unter gemeinsinnige Vereine. — G. J. 9. 1. Schreiben Sie an das Handelsministerium. 2. Das dürfen Sie, ohne mit Ihrem Vord-Vordrede genommen zu haben, nicht tun. — G. W. 1. Kommen Sie doch einmal nach unserer Redaktion.

„Hoffnung“

Berliner Schneideri-Genossenschaft
E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunnenstr. 105 Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr.

Gegr. i. Februar 1908 v. organisiert. Schneidergehülfe Berlins.

Empfehlen sich allen Arbeitern, Parteigenossen und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge, 105/3* Große Auswahl in

Sommer-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fant.-Westen in allen Größen und Preislagen sowie

Arbeiter-Berufs-Kleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend, des Charlottenburger Konsum-Vereins sowie des Arbeiter-Radfahrerbundes.

Teleschneidemaschine, polnisch-sachliche Gebrauchte Nähmaschinen billig, Kleider, Gebrauchsgegenstände, Bellmann, Gellmannstraße 26, 19078*

Vorortporzellan, Rufe 638 an. Halb, Helfer. Daselbst billige Wohnungen. Haus b. Rufzeit, Beschäftigung lehrreich. Herrlicher Kistenbau. Kropfteil gratis. Brunnhofer, Berlin, Köllendammstr. 3.

Katalog gratis
Umsonst zu jed. Apparat 10 neueste Stücke
Die **Melli-Opera** spielt wie eine Militärmusik, singt u. läßt u. amüsiert alle!
Ratenzahlung
Kein Preis-aufschlag!
Vertreter gesucht!
Otto Jacob, sen.
Friedenstraße 9
Berlin 505



JOSETTI JUNO

CIGARETTEN

lassen in ihrer stets gleichbleibenden Güte die außerordentliche Sorgfalt erkennen, die bei ihrer Herstellung beobachtet wird. Es kann keine andere Marke in der Fabrikation peinlicher behandelt werden und es können bei keiner anderen Cigarette bessere Rohstoffe zur Verwendung gelangen, als wie bei Josetti-Juno-Cigaretten. Dem sachverständigen Raucher ist dies auch bekannt und deshalb wird er ihnen stets den Vorzug vor anderen Marken geben.

Josetti-Juno m. u. a. Mundstück
10 Stk. 20 Pf.



JOSETTI Cigarettes JOSETTI Cigarettes

Leihhaus Moritzplatz No. 58a.

Täglicher Verkauf von Monats-Garderobe, von Kavalieren usw. wenig gebräuchlicher Kleidung, enorm billig. Abteilung für Damen-Garderobe, Teppiche, Gardinen, Betten usw. Billigste Quelle für Gold- und Silbersachen, Uhren, Ringe, Brillanten. Nur im Leihhaus Moritzplatz 58a.

19. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 22. Mai vorabmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

57 [500] 96 122 248 400 52 75 506 622 90 961 1116	275 [500] 433 570 723 85 84 831 911 2192 359 485 561	606 623 49 229 70 3017 220 95 292 471 594 55 695 750 879	907 4083 112 90 92 [1000] 214 329 677 739 [1000] 808 65 75	966 5102 715 825 [1000] 90 [1000] 411 593 619 [500] 69	6019 433 61 606 81 [1000] 91 754 47 592 7253 546 406	871 820 932 8000 54 148 224 29 44 539 633 79 980 9100	200 472 74 929							
10079 705 45 862 70 11118 411 614 748 90 806 909	65 12195 289 207 96 425 77 714 95 13694 [1000] 959 [1000]	14093 701 244 [1000] 719 [500] 820 97 938 15144 243	62 965 [500] 16058 123 42 124 544 710 77 253 17078	35282 [500] 284 777 807 [500] 36419 61 718 943 37136	70 209 [1000] 412 59 729 38172 850 900 428 [1000] 519	28 804 45 747 921 39157 247 717 26 808	40124 202 667 701 41150 46 327 [1000] 85 491 810	638 42232 274 359 418 64 [500] 61 638 941 [500] 43342	458 44150 81 [1000] 91 244 241 [500] 761 824 455 150	203 [500] 296 743 83 69 70 858 900 46976 439 578 667	809 47290 79 443 529 87 600 810 331 48018 227 788	49284 215 127 905		
50092 80 500 612 784 968 51186 503 602 70 808 970	52211 62 328 [1000] 574 [1000] 721 88 918 26 53118	220 534 678 896 54324 85 592 [1000] 651 778 832 [500]	55146 828 68 70 85 821 56942 54 72 400 58 583 96 [1000]	57067 88 20 125 1 500 [500] 803 84 [500] 87 374 58006	[500] 11 129 234 98 658 945 79 59139 285 417 864 965	60045 [500] 265 47 45 68 61124 321 87 775 969	62304 30 298 489 63280 463 92 726 88 [1000] 937 [500]	45 64098 677 [500] 709 802 41 944 65004 45 310 55 [500]	208 608 748 66110 44 327 326 80 429 79 577 629 88	[500] 713 67106 41 50 59 57 743 813 16 49 78 [1000]	68000 214 505 334 77 891 69000 62 102 227 371 80 [500]	671 870 910		
70108 288 [500] 398 923 [500] 4707 158 255 435	583 812 72041 77 126 [1000] 223 208 404 400 730 921	73045 298 874 732 74007 8 149 82 280 [1000] 994 670	732 [500] 70 863 78 854 75987 77 857 28 918 90 76185	578 85 80 [1000] 495 [1000] 951 77068 185 80 246 82	719 78090 24 28 75 243 700 11 14 802 75 79985 258 92	897 [1000] 680 819	80084 680 84 [500] 754 96 988 81104 778 608 42	82125 80 [500] 209 541 729 [500] 63 899 83299 246 737	801 84124 80 11 226 243 479 599 730 813 25 85119 747	86102 100 [500] 72 787 804 30 989 87390 409 555 [500]	87 657 770 916 88008 42 125 212 674 [1000] 612 73 794	89154 114 82 96 205 721 901		
90288 970 [1000] 424 605 684 729 843 936 91007	89 129 205 28 429 [500] 817 737 89 92961 853 636	854 93315 100 40 402 20 [1000] 508 63 635 45 781 327 97	94093 100 343 50 797 837 95144 84 211 347 [1000] 429 684	[1000] 727 831 953 96789 808 924 62 70 79712 458	83 624 74 95900 94 129 419 69 338 84 673 99206 223	900 605 742	100082 211 300 445 65 555 644 743 875 817 101053	339 431 633 710 839 60 102244 315 489 60 520 81 [1000]	625 [1000] 210 [500] 788 822 103096 [500] 589 686 855	104217 239 307 60 471 623 [1000] 632 47 785 973 105256	61 90 281 684 858 956 [1000] 106089 47 [1000] 50 65 156	402 643 65 708 95 1000 [1000] 107007 92 97 141 63 220	691 731 828 105018 164 280 718 881 109064 [1000] 330	460 678 644 703 651
110725 90 474 645 80 878 111612 70 386 [500] 99	225 251 112109 208 622 377 113111 79 501 603 60 114053	288 504 781 666 115002 100 24 81 215 323 447 519 702	[1000] 998 804 116091 172 200 8 89 78 698 741 [1000]	917364 645 87 844 116065 78 [1000] 188 83 285 217 [500]	924 [500] 798 119058 78 [1000] 205 36 371 583 784									
120223 300 581 818 29 747 [1000] 846 121184 204	86 [500] 225 [1000] 92 455 548 748 [1000] 627 916 122074	475 729 28 808 123082 63 877 617 716 74 885 962 124274	[1000] 336 608 74 790 [1000] 823 824 125352 510 619	328 45 814 86 126218 465 813 831 79 127090 80 92 110	258 308 10 13 27 81 607 748 823 [1000] 128485 357 786	811 85 [1000] 129008 60 170 229 42 898 607 697 [1000]	130018 44 181 98 468 504 639 874 67 131059 79	140 778 827 122865 472 729 133021 60 230 [1000] 854	748 846 134070 585 622 431 [500] 674 787 82 213 135189	258 67 248 417 508 44 63 811 745 890 136214 32 111 82	481 825 205 921 137288 324 96 473 580 [1000] 58 82 809	829 64 806 25 [1000] 24 139319 98 245 99 488 750 99	886 159011 853 425 524 713	
100186 218 37 758 [1000] 68 73 626 141160 252	[1000] 81 583 142092 123 828 700 14 213 13 31345 81	911 482 681 703 9 87 [1000] 664 984 74 62 24408 128												

19. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 22. Mai nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

327 515 44 616 869 927 145092 317 81 419 670 92 718 854	74 146122 223 371 647 924 69 83 65 147109 70 249 54	329 550 [500] 671 90 545 148067 428 210 70 86 149293	69 77 202 550 [1000] 75 [500] 85 702 50	150110 14 88 [1000] 238 401 287 643 [500] 708 43	52 841 151287 455 152025 72 [500] 96 [500] 378 238	64 820 78 403 523 78 [1000] 656 788 921 153074 124 979	202 790 822 154411 [1000] 40 513 [500] 716 699 155612	51 672 787 813 820 156108 297 157063 111 27 263 71 849	158272 [500] 298 771 821 159010 172 278 443 65 81	607 [1000] 9 721 845	160425 244 60 638 784 161088 68 83 394 [500] 403	824 84 162176 443 890 718 863 163067 78 141 456 87 841	56 164002 159 432 710 24 807 165914 796 [500] 910 [500]	168078 283 295 497 504 535 523 63 167108 247 [500] 708	40 62 [1000] 168048 78 [1000] 88 297 630 37 806 169017	435 681 21 297 79 849 94 [500]	170114 225 300 [500] 633 63 87 808 171078 [500]	176 95 213 [500] 448 97 539 890 172330 412 799 828 85	[1000] 173348 489 585 28 745 84 977 74 174043 121	70 202 [500] 474 643 888 175244 72 423 78 90 534 68 79	972 176142 828 618 [1000] 94 [1000] 917 177086 123	24 219 40 [500] 381 624 713 50 81 885 848 178206 408	21 81 574 688 [1000] 648 179256 221 49 493 656 838 529	180196 74 201 337 455 725 90 181194 235 203	88 695 182041 129 441 735 848 [500] 317 [1000]	183731 96 269 184006 29 226 721 71 809 13 964 78	185004 [500] 11 107 235 468 696 732 635 974 186094	482 724 187017 23 254 787 188000 285 420 [500] 687	[500] 888 189027 738 43 [1000]	190050 187 [1000] 227 515 778 824 927 191846	[500] 40 80 272 734 950 [1000] 192197 728 [1000] 208	[500] 648 81 156 193125 439 26 [1000] 46 88 [500]	194118 90 717 907 195125 200 26 [1000] 283 [500]	74 453 506 749 822 960 196015 129 260 250 641 749	991 197049 44 282 632 34 44 724 80 818 [1000] 48 72	198124 [500] 46 88 75 207 81 205 [1000] 516 818 88	960 [500] 199054 80 117 370 390 631 [1000] 710 817	63 954	200822 624 97 201024 280 [500] 465 85 651 914	17 64 [1000] 82 202185 410 329 [1000] 693 766 810 229	[500] 63 203120 873 [500] 790 [500] 631 95 204223	90 107 287 824 205947 157 67 300 89 437 541 [500]	621 23 861 907 206094 725 36 428 538 678 [500] 728	808 13 207097 172 [1000] 84 [1000] 263 [500] 704 509	907 208140 208 604 20 587 209723 419 219 872	210121 464 705 213 296 211176 210 200 [500] 72	824 781 523 970 212104 21 20 221 35 61 682 272 70 945	213198 227 423 701 214230 210 749 28 72 215212	22 320 68 407 643 655 67 216137 429 754 [500]	217918 56 [1000] 124 21 60 [1000] 69 94 207 83 80	210 60 219 706 209 812 22 43 218035 60 208 238 425 290	220 621 710 [500] 57 21947 423 252 802	220088 108 21 81 347 569 815 95 754 221047 75 113	[1000] 92 257 76 220076 126 50 235 222488 508 736 47 [500]	50 [1000] 95 223078 126 50 235 222488 508 736 47 [500]	225049 [500] 213 374 740 [500] 58 226009 24 180	[500] 216 45 90 308 625 848 227280 292 849 63 212 48	81 228212 [1000] 261 77 307 31 653 730 914 64 229029	70 144 207 406 678 809 01 950	230180 480 326 63 91 200 60 22 90 754 972 231148	64 349 380 221 232025 20 81 361 424 566 74 233106	83 87 215 67 307 479 380 67 678 702 825 85 71 964 234094	190 344 422 [1000] 28 75 [1000] 235725 90 321 236130	37 [500] 547 372 428 499 [500] 791 918 237078 120 223	329 501 238001 24 152 506 25 239144 971	240164 99 301 508 674 86 948 241124 26 287 689	846 904 242068 110 628 721 [500] 34 828 30 68 934	243321 244124 267 427 623 718 [1000] 245027 [500]	258 67 409 540 [1000] 528 867 690 [1000] 246128 [400]	381 441 [1000] 648 732 389 247107 23 299 99 378 447	[500] 85 [1000] 581 248295 537 924 23 61 86 [1000]	249281 276 719	250087 85 135 218 [1000] 90 904 31 251125 89	[500] 99 301 439 921 252141 212 88 078 615 931 73	253007 34 70 213 [500] 27 54 254181 88 325 604 78	255121 [1000] 351 642 50 256700 293 96 684 70 8 28	823 69 62 257174 231 326 56 525 722 99 258066	112 84 [500] 237 403 58 616 633 259 280 153 [500] 230	[1000] 214 16 53 84 [500] 500 974	260388 480 [1000] 781 [1000] 897 261008 [500]	58 [500] 60 70 278 503 402 857 262019 264 557 694	263211 429 96 [1000] 515 [1000] 700 398 264011 [500]	212 678 812 26 265500 640 741 677 266034 197 [1000]	497 267183 [500] 77 218 400 [1000] 731 268120 202	12 46 26 74 263 300 98 916 269121 587 013 92	270109 232 304 730 821 271100 342 [1000] 42	284 [1000] 427 [1000] 743 272027 200 [1000] 99 230 710	292 273046 129 456 323 27 274136 [1000] 93 84 293	[1000] 648 49 650 63 967 275094 [1000] 811 [1000] 26	[1000] 38 624 [1000] 79 730 85 83 34 811 [500] 923	276008 7 124 205 600 721 968 32 277038 330 234	[500] 544 648 787 634 [500] 277883 [1000] 410 44 74	711 809 26 279136 224 23 485 50 70 843 707 [1000] 821	923 76 [500]	280099 47 229 454 268 307 [1000] 21 281097 [500]	112 241 [1000] 48 [500] 97 587 425 21 60 901 23 613 823	80 67 282090 120 543 635 50 283711 71 420 911 914	284334 96 220 437 67 874 67 741 60 811 82 285618 708	844 824 286099 685 717 60 981 287013 112 989 82
---	---	--	---	--	--	--	---	--	---	----------------------	--	--	---	--	--	--------------------------------	---	---	---	--	--	--	--	---	--	--	--	--	--------------------------------	--	--	---	--	---	---	--	--	--------	---	---	---	---	--	--	--	--	---	--	---	---	--	--	---	--	--	---	--	--	-------------------------------	--	---	--	--	---	---	--	---	---	---	---	--	----------------	--	---	---	--	---	---	-----------------------------------	---	---	--	---	---	--	---	--	---	--	--	--	---	---	--------------	--	---	---	--	---

19. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 22. Mai nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

629 297 505 97 1087 208 91 328 428 [500] 549 2084	207 13 208 [1000] 418 67 [500] 378 783 3127 215 759 83	914 75 4044 422 702 69 43 820 5117 929 757 890 936 38	8605 294 [500] 517 [500] 988 7291 494 502 687 [500]	252 61 81 633 642 [1000] 8005 86 109 92 322 688 739 69	984 925 9129 213 383 87 408 733 846 92 99 [1000] 304	[1000] 65	10041 [500] 66 161 251 347 502 944 11077 383 539	796 [1000] 12047 [1000] 243 328 492 667 706 13305 71	585 94 [500] 14001 92 197 212 24 [500] 68 279 337 15043	159 280 571 334 [1000] 699 33 16170 230 577 95 681 618	78 17138 298 306 437 [500] 64 317 733 846 18300 115	96 274 092 66 700 984 80 [1000] 19074 209 269 70 [500]	445 80 87	20120 290 487 992 [1000] 801 21197 347 63 430 679 672	22014 97 244 94 475 534 615 723 907 829
---	--	---	---	--	--	-----------	--	--	---	--	---	--	-----------	---	---

Die geschichtliche Stellung der Frau.

Genossin Klara Zellin beendete am Freitag ihren Vortrag...

eine äußere Befreiung der Ehe, dafür aber eine innere Festigung...

Damit war die Vortragsfolge beendet, die die Zuhörer einen tiefen...

Aus der Frauenbewegung.

Zur Praxis des Kinderschutzes.

Die Frage des Kinderschutzes, mit der sich die Mannheimer...

zur Ausbildung von Mitarbeitern im Kinderschutz eine Reihe von...

Der Frankfurter Jugendrichter will die Jugendlichen, die zu...

Witterungsübersicht vom 29. Mai 1909, morgens 8 Uhr.

Table with columns for Stations, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, and other weather-related data.

Wetterprognose für Sonntag, den 30. Mai 1909. Günstig mild und vielfach heiter...

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with columns for Wasserstand, am 28. 5., seit 27. 5., and other water level data.

+) + bedeutet Hoch, - Fall, -) Unterpegel.

Salem-Aleikum Cigaretten. Keine Ausstattung nur Qualität! Preis: 3 1/2 - 3 3/4 Pfg. p. Stk.

Gartenstadt Biesdorf. Stadtbahn 10 Pfennig ab Warschauer Straße. Vorzügliches Obst und Gartenland.

10 Minuten vom Bahnhof Fredersdorf-Ostbahn. Gartenstadt Stienitzburg. Beliebteste Kolonie des kleinen Mittelstandes.

Bildschön macht ein zartes, reines Gesicht, rosiges jugendfrisches Aussehen, weiße sammetweiche Haut...

Verlangen Sie bei Ihrem Zigarrenhändler Senkester-Zigaretten. Berlin - New York. 1416L*

Herrn-Stoff-Reste Wer - Stoff - hat zu Herrenanzügen sportlich, feinste Fabrikate...

Vorzügliche, frische Spargelsuppe für 5 Pfennig. Die Abkochung des Stangenspargels und ein Kronen-Würfel genügen für einen Teller feinsten Suppe.

Verkäufe.

Teppiche (schöne) Gelegenheitskauf. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts.

Wandbilderverkauf. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts.

Restaurations- und Verkauf wegen Krankheit der Frau für jeden Preis. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts.

Groß-Berlin billigste Fahrrad-Verkauf. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts.

Der Stoff hat 7 fertige Herren-Anzüge. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts.

Möblierte Schlafstelle, separat. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts.

Vermietungen.

Wohnungen. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts.

Zimmer.

Große Berliner Stube an Alter. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts.

Stellenangebote.

Büchsenmacher, Holzarbeiter. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts.

Musik.

Nußbaum-Flauto, Gelegenheit. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts.

Verschiedenes.

Sommerfrische, herrlich gelegen. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle vermietet. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts.

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streit und Differenzen. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts. ... Kleiderwagen, nagelneu, Gummiräder, vorn II rechts.